

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Freitag, den 9. September 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
Gebührt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste Zeitungsblatt 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Stichwahltaktik.

In der vorausgegangenen Betrachtung haben wir gesehen, daß die Verhältnisse zur Demokratisierung des gesamten Staatswesens in Deutschland drängen, daß das unfähige, vermorste und gemeinschädliche Regiment der verjüngerten Bürokratie abgelöst werden muß durch weitgehendste Selbstverwaltung in Reich und Staat und Gemeinde, und daß schließlich die Bürgerklasse annähernd das nämliche Interesse hat, wie das Proletariat an dem Bruch mit der völkerverwundenden agrarischen Interessenspolitik.

Zur Durchführung aller dieser großen und bedeutsamen Ziele wäre ein Zusammenwirken der Parteien des liberalen Bürgertums mit der Sozialdemokratie also durchaus geboten. Um an einer solchen großzügigen Politik in Reich und Staat aber ihren gebührenden Anteil zu nehmen, hat die Sozialdemokratie nicht um Haarsbreite ihre Taktik zu ändern. Sie hat sich von jeher den Kampf für alle die hier skizzierten Forderungen angelegen sein lassen; höchstens schärfer, noch wichtiger und leidenschaftlicher als bisher konnte sie sich in den Kampf stürzen, um die Entscheidung früher herbeizuführen.

Also nicht die Sozialdemokratie, der Liberalismus ist es, der umzulernen, der eine Revision seiner Taktik vorzunehmen, der Sünden der Vergangenheit auszulöschen hat, wenn es zu einem wirklich erfolgreichen gemeinsamen Vorstoß von Bürgertum und Sozialdemokratie gegen Junkertum, Klerikalität und Bürokratie kommen soll.

Trotzdem erleben wir das erbärmliche Schauspiel, daß die Großblöckfreunde in den liberalen Reihen unablässig der Sozialdemokratie zureden, mit ihrer bisherigen Taktik zu brechen und sie auf das Niveau der bescheidenen Untertänigkeit der bisherigen liberalen Opposition herabzudrücken, um den Liberalen ohne Bruch mit ihrer bisherigen Taktik ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zu ermöglichen.

Der Widerstand dieser Zumutung wird noch dadurch verstärkt, daß außer jenen Fragen, in denen ein Zusammengehen zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie möglich wäre, noch andere wichtige Fragen bestehen bleiben, in denen Liberalismus und Sozialdemokratie sich nach wie vor bekämpfen müssen. Denn auf die Bewilligung der Forderungen für Heer, Marine und Kolonien sind die Liberalen aller Schattierungen heute genau so eingeschworen wie Konservative und Zentrumsleute. Es gibt allerdings auch in unseren Reihen Revisionisten, die die deutsche Sozialdemokratie auch in bezug auf die Bewilligung der imperialistischen Forderungen auf das nationalliberale Niveau herunterrevidieren möchten. Indes finden diese Vuhprediger glücklicherweise keinen Anklang bei der großen Masse der Parteigenossen.

Wie also die Dinge einmal liegen, würden auch bei einem Zusammengehen zwischen Sozialdemokraten und Liberalen in Verfassungsfragen und in der Bekämpfung agrarischer Volksausbeutung imperialistische Fragen stets wieder eine Trennung der Verbündeten bewirken. Denn daß das Bürgertum auf seine imperialistischen Illusionen Verzicht leisten sollte, um sich auch da der Sozialdemokratie anzupassen, kann nicht ernsthaft in Rechnung gestellt werden.

Im Hintergrunde der revisionistischen Mahnungen, die aus den Spalten liberaler Blätter der Sozialdemokratie entgegenhallen, wird nun aber noch eine andere Forderung bald schlichtern, bald zudringlich laut. Sie wird ermahnt, „falsche Stichwahlen“ zu vermeiden. Es handelt sich dabei nicht etwa um die Forderung, überhaupt einen Liberalen, der in die Stichwahl mit einem Konservativen oder Zentrumsmann geraten sollte, in der Stichwahl herauszuheben. Das hat die Sozialdemokratie wiederholt getan, selbst noch bei den Blockwahlen des Jahres 1907. Das kann bei den kommenden Wahlen in noch höherem Maße der Fall sein, sofern die Liberalen nur halbwegs sich als Oppositionspartei gegenüber dem bestehenden Regierungssystem betätigen.

Bei der Mahnung, falsche Stichwahlen zu vermeiden, handelt es sich vielmehr um folgendes:

Es ist wiederholt vorgekommen, daß Wahlkreise, in denen früher Liberale, die mit einem Konservativen in die Stichwahl geraten waren und dann durch sozialdemokratische Unterstützung den Sieg errangen, an die Konservativen verloren gingen, weil der Sozialdemokrat schließlich den Liberalen aus der Stichwahl verdrängte und dann die Liberalen insgesamt für den Konservativen stimmten, oder doch den Sozialdemokraten nur teilweise unterstützten.

Da sagen nun die Revisionstheoretiker: das war eine „falsche“ Stichwahl. Die Stimmung des Wahlkreises ist offenbar antikonservativ. Wäre der Liberale, wie früher, in die Stichwahl gekommen, so wäre er sicher durch die vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten auch gewählt worden. Für einen Sozialdemokraten zu stimmen, dazu sind nun einmal die liberalen Wähler nicht zu bringen. Will also die Sozialdemokratie nicht die Schuld auf sich laden, daß schließlich ein Reaktionsär gewählt wird, so muß sie auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten, oder muß doch etwa durch die Aufstellung je eines Kandidaten in zwei verschiedenen Teilen des Wahlkreises dafür sorgen, daß keiner ihrer Kandidaten in die Stichwahl kommt.

Man brauchte sich mit einer Verharmlosung dieser schnurrigen Zumutung kaum zu befassen, wenn nicht selbst solches Zeug in

einigen für liberale Insinuationen besonders empfänglichen Revisionistenkreisen wohlwollende Zustimmung ausgelöst hätte. So muß die Sache immerhin erörtert werden.

Zunächst haben wir an die Liberalen die Forderung zu stellen, daß sie für den Fall, daß sie überhaupt auf sozialdemokratische Stichwahlhilfe rechnen, dann auch ihre Wähler so weit erziehen, daß sie ihrerseits einen Sozialdemokraten in der Stichwahl gegen einen Konservativen oder Zentrumsmann unterstützen. Sind sie nicht dazu zu bringen, so beweist das, daß die Liberalen überhaupt keine zuverlässigen Bundesgenossen für die Sozialdemokratie sind. Im Interesse solcher Leute noch obendrein auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu verzichten, das ist eine Zumutung, die bei Leuten von proletarischem Selbstgefühl glücklicherweise wirkungslos abprallen wird.

Sollten die Sozialdemokraten irgend eines Wahlkreises aber wirklich eine solche gräuliche Torheit begehen, so würden sie obendrein die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung schwer schädigen. Das läßt sich an einem praktischen Beispiel trefflich zeigen.

Der Wahlkreis Ujedom-Bollin in Pommern war ein solcher, in dem nach liberaler Auffassung die Gefahr einer „falschen“ Stichwahl bevorstand. Bei den Hauptwahlen 1907 hatten dort sich die Stimmen so verteilt: Konservative 8106, Freisinn 6353, Sozialdemokratie 6113. In der Stichwahl siegte dann der Freisinnige mit 11011 Stimmen über den Konservativen mit 9415 Stimmen. Die Sozialdemokratie hatte also zugunsten des Freisinns den Ausschlag gegeben. Als der Abgeordnete Delbrück durch einen bedauerlichen Unglücksfall zu Tode kam, war es angehtig, daß auch bei anderen Nachwahlen zutage getretenen starken Anwachsens der Sozialdemokratie höchstwahrscheinlich, daß der Sozialdemokrat den Fortschrittler aus der Stichwahl verdrängen würde. Damals wurde in freisinnigen Kreisen das als ein solcher Fall angesehen, in dem eine falsche Stichwahl voraussichtlich zur Wahl eines Konservativen führen mußte. Hätte nun, den freisinnigen Ratschlägen folgend, die Sozialdemokratie die Selbstverleugnung geübt, durch Aufstellung zweier Kandidaten es zu bewirken, daß keiner von ihnen, sondern der Liberale in die Stichwahl kam, so wäre dieser vielleicht gewählt worden. Sicher war das auch noch nicht einmal. Unter allen Umständen hätte damit die Sozialdemokratie nicht nur diesmal den Wahlkreis preisgegeben, sondern wahrscheinlich dauernd damit auf dessen Eroberung verzichtet.

Die Sozialdemokratie trock natürlich nicht auf den Leim der falschen Stichwahl, sondern stellte unbekümmert ihren Kandidaten auf. Und was war das Resultat? In der Hauptwahl gewann der Sozialdemokrat gegen 1907 über 2000 Stimmen und wurde dann in der Stichwahl mit einer Mehrheit von mehr als 1000 Stimmen trotz ungenügender Stichwahlhilfe der Liberalen gewählt. Es lohnte sich, einmal an der Hand dieses Beispiels die völlige Abgeschmacktheit der Zumutung, wir müßten „falsche Stichwahlen“ vermeiden, unseren Revisionisten klar zu machen. Öffentlich bleiben wir nun künftig damit verschont.

Die Sozialdemokratie kann sich bei Wahlen stets nur von dem Bestreben leiten lassen, in jedem Wahlkreise Kandidaten aufzustellen, um den Kreis entweder sofort zu erobern oder für künftige Eroberungen vorzubereiten. Kommen wir nicht in die Stichwahl, dann haben wir zu entscheiden, welchem der Stichwahlkandidaten wir als dem kleineren Uebel unsere Stimme geben wollen. Das wird, wie jetzt die Verhältnisse liegen, voraussichtlich in den meisten Fällen ein Liberale sein. Mit solcher Hilfe können die Liberalen zufrieden sein. Wir vertrauen überhaupt nicht auf die Hilfe anderer Parteien, sondern setzen die Hoffnung auf den endgültigen Sieg unserer Sache in die eigene Kraft.

Die Fleischnot im Roten Hause.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte sich gestern Abend in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien mit einem dringlichen Antrage der sozialdemokratischen Fraktion zu beschäftigen, der Maßnahmen gegen die Fleischteuerung verlangt. Zu gleicher Zeit wurde auch ein später eingegangener ähnlicher Antrag der bürgerlichen Fraktionen behandelt. Zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages führte Genosse Borgmann folgendes aus:

Weiße Kreise unserer Bürgerschaft befinden sich in Erregung wegen der eingetretenen Fleischteuerung. Nicht bloß in Berlin, sondern in allen Städten im ganzen Reiche ist diese Fleischnot eingetreten, die Fleischpreise steigen dauernd und ununterbrochen. Die Ursache davon ist ja bekannt. Der Magistrat muß aufs dringendste ersucht werden, alle möglichen Schritte zur Milderung dieses Notstandes zu tun. Die jetzigen Fleischpreise gehen erheblich über diejenigen hinaus, welche 1906 in diesem Maße zu den Klagen über die Fleischnot Veranlassung gaben. (Redner gibt eine spezialisierte Tabelle der Preise für die verschiedenen Fleischsorten.) Gegenüber der Steigerung von 10-12 Proz., selbst gegenüber den Konsumpreisen von 1906 ist nur bei Schweinefleisch eine kleine Ermäßigung zu konstatieren, die aber, absolut genommen, nicht ins Gewicht fallen kann.

Schon 1906 hat die Berliner Fleischereinnung eine sehr scharfe Eingabe an den Landwirtschaftsminister über die Fleischteuerung abgehen lassen; in diesem Jahre hat die Innung nachgewiesen, daß

das Fleisch eine derartige Teuerung erfahren hat, daß es für viele Tausende von Arbeitern und selbst für die mittleren Schichten der Bevölkerung nicht mehr als Nahrungsmittel gelten kann, sondern nur noch als Genussmittel anzusehen ist. Das ist eine schwere, eine außerordentliche Gefahr für die Bevölkerung, wenn der Einzelne trotz seiner schweren Arbeit derart sich in seiner Lebenshaltung einschränken muß. Für eine Familie mit drei Kindern beträgt die Fleischpreissteigerung 40 Mark, sie allein absorbiert bereits die ganze zugestandene Lohnaufbesserung. Es ist also ganz klar, daß auf diese Weise für die gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung schwere Schädigungen herbeigeführt werden.

Die protektionistische Wirtschaftspolitik der letzten 30 Jahre läuft ja darauf hinaus, mit Hilfe der Gesetzgebung die notwendigen Lebensmittel zu verteuern, namentlich seitdem sämtliche Grenzen für die Einfuhr von lebendem Vieh geschlossen worden sind. Als Motiv hat stets der Schutz gegen die Verseuchung durch ausländisches Vieh herhalten müssen; aber es läßt sich doch nicht leugnen, daß das, was heute bei uns geübt wird, nicht sowohl den Viehstand schützen, als vielmehr den Preis des Viehes in die Höhe treiben soll. Bei der großen Ausstellung in Argentinien ist ja unser Vieh als Ausstellungsobjekt geschädigt, Vieh als tuberkulös vererbt erkannt worden! Für einen wirksamen Schutz gegen Verseuchung sind wir auch; aber was darüber hinausgeht, das Streben nach einer unberechtigten Steigerung der Viehpreise, verdammen wir unbedingt.

Der Hinweis auf das Vorhandensein der Teuerung auch in den übrigen Ländern trifft nur teilweise zu. Das dänische Vieh ist, wie ich mich in diesen Tagen persönlich überzeugen konnte, ganz vorzüglich, und Dänemark versorgt ja zum großen Teil das sehr anspruchsvolle England. Das dänische Vieh ist auch weit besser ernährt als das unserige, das in großem Umfange auf Stallfütterung beruht. Die Möglichkeit, gutes und billiges Vieh aus Dänemark einzuführen, besteht; sie wird verhindert aus Rücksicht auf den Profit der heimischen Viehzüchter. Auch Südamerika könnte erstklassiges Vieh nach Europa senden. Aus der Viehhaltung von 1909 geht zudem deutlich hervor, daß die deutsche Landwirtschaft das für das Volk erforderliche Vieh nicht zu produzieren imstande oder vielleicht nicht gewillt ist. Die Bevölkerung steigt jährlich um 8-900 000 Seelen, die Viehhaltung aber ist tatsächlich zurückgegangen.

Es ist ja auch öffentlich von interessierter Seite aufgefordert worden, die Viehhaltung nicht zu sehr zu steigern, sondern mit Rücksicht auf die Hochhaltung der Preise zurückhaltend zu behandeln. Dazu kommt die Ausnutzung des Systems der Einfuhrschneide, die gewissermaßen eine Prämie auf jede ausgeführte Tonne Getreide sehen. Die Regierung befindet sich ja in absoluter Abhängigkeit von diesen Interessentengruppen; das kann uns aber nicht abhalten, alle Mittel in Bewegung zu setzen, der Regierung zu sagen, daß wir uns diese Behandlung der großstädtischen Bevölkerung nicht länger gefallen lassen können.

Die Grenzen müssen geöffnet werden auch für lebendes Vieh; die Schilke, wie man sie in Kiel mit der Quarantäne übt, muß wegfallen. Den Interessen der breiten Masse des Volkes muß Rechnung getragen werden. In Oberschlesien ist Rußland lange Jahre der Hauptlieferant für Schlachtvieh gewesen; auch dieser Zustand ist durch einen Federstich der Regierung beseitigt worden in der Absicht, die Preise im Lande zu heben.

Aufgabe der städtischen Verwaltungsbehörden muß es sein, einheitlich der Regierung gegenüber zu dieser Rolle Stellung zu nehmen!

Nach der Debatte, die unsere Leser im Bericht über die Stadtverordnetenversammlung — 2. Beilage der heutigen Nummer — finden, zog die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag zugunsten des freisinnigen Antrages zurück. Dieser lautet:

- „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat:
1. mit ihr in gemischter Deputation schleunigst über die anlässlich der bestehenden Fleischteuerung notwendigen Maßnahmen zu beraten;
 2. die Reichsregierung zu ersuchen, alle zur Milderung der Fleischteuerung sofort durchführbaren Mittel unverzüglich zu ergreifen.“
- Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vom Kampf gegen die freie Jugendbewegung.

Die freie Jugendbewegung macht unseren Herrschenden arge Kopfschmerzen. Alles wird aufgeboten, um sie zu unterdrücken. Polizei und Staatsanwalt, Großunternehmer und Handwerksmeister, Kirche und Schule reichen sich in diesem Feldzug die Hände. In den letzten Tagen ist es in zwei Orten zu auffälligen polizeilichen und richterlichen Aktionen gegen zwei Leiter von Jugendorganisations gekommen. Aus Johannisthal wird uns berichtet:

Ende April d. J. fand hier eine große öffentliche Jugendversammlung statt, deren Einberufer ich war. Vor der Eröffnung ersahen im Auftrage des Amtsvorstehers in Mierdorf ein Gendarm und erklärte mir, daß die Versammlung eine politische sei, die angemeldet hätte werden müssen. Alle Personen unter 18 Jahren müßten den Saal verlassen. Dem widersprach ich ganz

entschieden und erreichte, daß sich der Gendarm mit Feststellung meiner Personalkarte begnüge und daß die Versammlung ohne weitere Zwischenfälle verlief. Wenige Wochen darauf wurde ich vor dem Amtsrichter in Albershof geladen, vor welchem ich jede Auskunft verweigerte. Es folgten darauf noch zwei Vorladungen vor den Untersuchungsrichter in Albershof; dort verweigerte ich ebenfalls jede Aussage mit der Bemerkung, daß ich nur im Termin Erklärungen abgeben würde. Zu meinem größten Erstaunen erschienen nun aber vorige Woche in meiner Wohnung ein Gendarm und ein Polizist mit dem Auftrag vom Untersuchungsrichter aus Köpenick, bei mir eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Selbstverständlich erlebte ich einen bösen Meinsall. Es kam ihnen hauptsächlich auf Adressen und Protokolle an, wie mir der Gendarm sagte. Sie haben derartiges nicht gefunden, liegen sich aber nicht nehmen, meine Mitgliedsliste, eine Kassenausschreibung und einen Brief, welcher privater Natur ist, mit Beschlag zu belegen und mitzunehmen. Ich habe diese Sachen auf dem schnellsten Wege zurückerbeten, aber bis heute noch nicht erhalten.

Zu gleicher Zeit geht uns aus Gelsenkirchen (Westfalen) folgende Meldung über einen ähnlichen Vorgang zu: Bei dem Obmann der Jugendorganisation in Gelsenkirchen fand auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Essen eine Hausdurchsuchung statt. Beschlagnahmt wurden 11 Briefe, ein Tagebuch, sowie eine Mappe mit Schreibpapier, ferner ein Exemplar der Agitationschrift „Die Wahrheit“. Auf der Zollbehörde wurden ferner 20 Exemplare der Schrift: „Die Jugendbewegung der sozialistischen Internationalen“ beschlagnahmt.

Nicht minder tätig als Staatsanwaltschaft und Polizei sind die Handwerksmeister. Auf dem 11. Deutschen Handwerks- und Gewerbefesttag, der am 6. September in Stuttgart zusammentrat, wurde nach einem Referat des Architekten Koeft-München über Fürsorge für die gewerbliche Jugend folgende Resolution angenommen:

„1. die Schäden, die die heranwachsende Jugend durch eine sozialistische Erziehung erfährt, sind aufzudecken und in allen den Handwerken zugänglichen Blättern ist fortwährend darüber in aufklärender Weise zu berichten, womit auch Eltern, Lehrer und Lehrmeister, demnach also auch die Regierungen und die gesetzgebenden Körperschaften über diese Vorgänge genau unterrichtet werden; 2. alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Erziehung der Befähigung in moralischer und sittlicher Weise zu fördern, sind zu unterstützen; 3. es ist darauf hinzuwirken, daß die sozialistischen Jugendvereine oder wie sie sonst heißen mögen, für politische Vereine erklärt und nicht gebildet werden; 4. es ist den Lehrmeistern zur Pflicht zu machen, die Befähigung mit allen gesetzlichen Mitteln von dem Eintritt in solchen Vereinigungen fernzuhalten. Dieses Verbot ist auch schon obligatorisch in die Lehrverträge aufzunehmen, wie dies teilweise bereits geschehen ist.“

Alle diese Angriffe werden für die proletarischen Eltern und für die zum selbständigen Denken erwachte proletarische Jugend natürlich nur ein Ansporn mehr sein, mit allen Kräften für die Ausbreitung der freien Jugendbewegung zu wirken. Es soll allen Mächten des Klassenstaates nicht gelingen, dem Massenbewußten Proletariat die Jugend zu rauben!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. September 1910.

Noch eine kaiserliche Demonstration gegen das Volk!
Der Eindruck der demonstrativen Ordensverleihungen an Polizeibeamte, die sich in den Schlachten gegen friedliche Wahlrechtsdemonstranten durch besondere „Sämeidigkeit“ herorgetan haben, wird noch vertieft durch den Umstand, daß bei der Ueberreichung den Dekorierten der besondere Dank des Kaisers ausgesprochen wurde!

Wie wir bereits gemeldet haben, ist bei der Uebergabe der Auszeichnungen mitgeteilt worden, der Kaiser habe Anlaß genommen, durch die Orden den Beamten für ihre Tätigkeit und ihr Verhalten während der schweren Zeit der Wahlrechtsdemonstrationen seine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen! Dieser kaiserliche Dank wird die Beamten natürlich anspornen, womöglich noch „sämeidiger“ dreinzuhauen, wenn der Wahlrechtskampf das preussische Proletariat wieder auf die Straße führt. Handeln sie doch unter ausdrücklicher Billigung ihres Fürsten! Freilich hat das imposante Auftreten der Arbeiterschaft die Straßenschlachten stark eingedämmt, wie das Verhalten der Polizei im weiteren Verlauf des Wahlrechtskampfes in den größten Orten gezeigt hat. Und wenn das preussische Proletariat den Wahlrechtskampf wieder aufnimmt, wird der Eindruck auf die Herrschenden nicht kleiner sein. Aber bei den Zuständen in Preußen und bei der blutdürstigen Hege der Junker sind Stoppsignale in einzelnen Orten trotz alledem nie ausgeschlossen und bei solchen Gelegenheiten kann die Wirkung der kaiserlichen Anerkennung sich in böser Weise zeigen. Aber das wird natürlich das Proletariat Preußens nicht einen Augenblick in seinem Entschluß wankend machen, den Wahlrechtskampf mit aller Entschiedenheit weiter zu führen.

Aus Frankfurt a. M. schreibt man zu der Ordensverleihung an dortige Polizeibeamte:

Der Wahlrechtskampf hatte bekanntlich hier besonders hohe Wogen geschlagen. Und Frankfurt a. M. gehört auch zu den Orten, wo die Polizei am rigorossten gehandelt hat. Zuerst waren es nur Polizeihäufte und die Hufe der Schutzmännchens, mit denen friedliche Demonstranten in unsonstige Verärgerung kamen, dann aber traten Polizeisäbel und Polizeibrowning in Aktion. Die Frankfurter Blutnacht vom 18. auf 19. Februar kann in der Geschichte vom preussischen Wahlrechtskampf nicht ausgelassen werden.

Niemand dürfte es daher überraschen, daß die Polizisten in Frankfurt a. M. bei der allgemeinen Verleihung von Orden an die polizeilichen Heiben der Wahlrechtskämpfer nicht vergessen wurden. Ein reiches Ordensleben ist über die Frankfurter Polizei niedergegangen. Höhere Orden bekamen jene Beamten, die sich durch besonders schneidiges Vorgehen im Wahlrechtskampf auszeichneten. So erhielt der Kommissar, der in der Frankfurter Blutnacht mit seiner Mannschaft zuerst mit blankem Säbel auf die Masse einhieb, den Kronenorden vierter Klasse!

Die Wahlrechtsdemonstranten bekamen neben Säbelschneidern zum Teil noch harte Gefängnisstrafen — die Schutzeule Auszeichnungen. Für die Arbeiterschaft wird dies ein weiterer Ansporn sein, mit allen Mitteln für ein freies Wahlrecht in Preußen zu kämpfen!

Der Protest gegen Abolitionismus und Fleischwucher.

In 24, zum Teil überfüllten öffentlichen Volksversammlungen nahm am Sonnabend, den 3. und Sonntag, den 4. September, die sozialdemokratische Arbeiterschaft des XI. babilischen Reichstagswahlkreises gegen unsere sinnlose

Agrikulturpolitik und die neueste Rede Wilhelm II. Stellung. In allen Versammlungen wurden Protestresolutionen einstimmig angenommen. In Mannheim, wo Genosse Adlung-Mainz das Referat übernommen hatte, protestierten die 2000 Versammlungsbesucher außerdem gegen den Besuch des Salgenzaren.

Die Chemnitzer Arbeiterkassette nahm am Mittwochabend in sechs nach den größten Sälen einberufenen Versammlungen Stellung zu der Königsberger Rede Wilhelm II. Der Andrang zu den Versammlungen war so gemaltig, daß sie zum Teil polizeilich abgesperrt wurden. Insgesamt mögen trotz strömenden Regens etwa 10000 Personen dem Rufe gefolgt sein. In allen Versammlungen wurde eine Protestresolution unter stürmischer Zustimmung einstimmig angenommen.

In einer von etwa 600 Personen besuchten Protestversammlung in Sommerfeld sprach Genosse Grauer über „Volksentrechtung und Volksausbeutung“. Die Berliner Resolution fand einstimmige Annahme.

Zur Fleischsteuerung.

Die bürgerliche Presse weiß zu melden, daß der neue Landwirtschaftsminister v. Schorlemer der gegenwärtig wieder einsetzenden Fleischsteuerung und deren Ursachen große Aufmerksamkeit zuwenden soll.

Im Landwirtschaftsministerium wird eifrig Material gesammelt über die einschlagenden Wege, um dem Notstand abzuwehren. Demnach dürften Vertreter des deutschen Fleischerverbandes vom Landwirtschaftsminister empfangen werden, die bereits vor längerer Zeit eine Audienz nachgesucht haben. In dieser Woche wird sich weiterhin noch eine Anzahl westdeutscher Städte mit der Fleischsteuerung befassen und in Eingaben an die Regierung um Wegfall der Tuberkulimpfung und Deckung der Grenzen ersuchen.

Das Stadtverordnetenkollegium zu Leipzig beschloß auf Antrag unserer Genossen einstimmig, den Rat zu ersuchen, gemeinsam mit den Stadtverordneten bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß die Grenzsperr für die Einfuhr von Vieh und Fleisch auf das für den Seuchenschutz unumgängliche Maß herabgesetzt und die Vieh- und Futtermittelzölle aufgehoben werden. Ferner soll die sächsische Staatsregierung die Schlachtsteuer und die Uebergangsabgabe aufheben und die Fleischsteuerung abheben.

Auch die Stadtverordnetenversammlung in Ländenscheid (Westf.) nahm eine von unseren Genossen eingebrachte Resolution an, in der der Magistrat ersucht wird, mit Rücksicht auf die enorme Preissteigerung der Fleisch- und Wurstwaren unverzüglich bei der Reichsregierung um geeignete Abhilfemaßregeln vorstellig zu werden.

Auch in Vahern läßt die Fleischnot immer verheerendere Wirkungen aus. In Regensburg und anderen Städten mußte eine Reihe kleiner Fleischermeister, die von der arbeitenden Bevölkerung abhängig sind, ihre Geschäfte schließen, weil der Verbrauch auf ein Minimum herabgesunken ist. In Deggendorf ist der Fleischermeister Schäfer durch die hohen Schlachtviehpreise und den verminderten Verbrauch in Schwermut geraten und hat in diesem Zustand sich in selbstmörderischer Absicht die Pulddamern geöffnet. Fast überall geben die Fleischermeister eine neuerliche Erhöhung der Fleischpreise bekannt, auch mit den Preisen der geringen Wurstwaren wird allgemein aufgehoben. Die Presse des Zentrums, das an diesen Zuständen mitschuldig ist, hat für die Not des Volkes nur Spott und Hohn. So rät das Blatt des Abgeordneten Gerstenberger den Konsumenten, sie sollten einfach weniger Fleisch essen, während das Münchener, von Geistlichen redigierte Zentrumblatt ähnlich erklärt, der unseugbare Mägdgen des Fleischkonsums rühre daher, daß „einige Leute von umfangreicher Lebensbeschaffenheit infolge der großen Hitze ihren Fleischverbrauch eingeschränkt hätten“.

Wider den Mammonismus in unserer Volkserziehung.

Die „Korrespondenz des Deutschen Lehrereins“ schreibt:

„Das Geld ist mehr und mehr zu einer Macht geworden, der sich so ziemlich alles beugt. Das mag bedenklich stimmen, ist aber fürs erste nicht zu ändern. Das aber müßte veräußert werden und bei ernstlichem Vermögen wohl auch gelingen, die Macht des Geldes dort zu brechen, wo es am allerwenigsten Nahrungsmittel sein sollte: im Erziehungsweisen unseres Volkes. Zur Zeit sind wir freilich von der Einsicht in diese Notwendigkeit noch recht weit entfernt; auch im Gebiet der Schule ist das Geld eine Macht.“

In den weitaus meisten Fällen entscheidet das Einkommen des Vaters darüber, welche Schule ein Kind besuchen kann. Die höheren Lehranstalten sind nicht die Schulen der höher begabten, sondern — die Schülerlisten weisen das aus — im großen und ganzen die Schulen für die Kinder der begabtesten Kreise unseres Volkes. Ja, selbst in den Volksschulen, die doch nach ihrem Wesen und Zweck Schulen für alle, für das gesamte Volk sein sollten, läßt das Geld seinen unheilvollen Einfluß aus. Unsere Volksschulen haben sich fast überall da, wo es die größere Schülerzahl zusehen, in verschiedene Arten gesplittet, die gegen ein verhältnißmäßig hohes Schulgeld zugänglich, also ebenfalls in der Hauptsache nach der wirtschaftlichen Lage der Eltern abgestuft sind. Auch hier öffnet der größere Reichtum den Weg zu einem größeren Maß von Ausbildung. Diese Herrschaft des bloßen Geldes im Bereiche der geistigen Kultur verdient die erste Beachtung des gesamten Volkes. Viele Anstalten, die wohl die erforderlichen Geldmittel, nicht aber die vor allem nötigen Fähigkeiten haben, werden den gelehrten Beufen zugeführt; wertvolle Intelligenzen der unteren Stände gehen dem Dienste an einer ihrer Fähigkeiten entsprechenden Stelle verloren und müssen schließlich unter dem Druck des Alltagslebens, das ihrer harret, verkommen. So reich an Intelligenzen in den führenden Schichten ist aber kein Volk, auch das Volk der Denker und Dichter nicht, als daß es sich für die Dauer ein solches Brauchfeld an guten Köpfen ohne Nachteil leisten könnte.

Nur durch Ausschaltung des Mammonismus aus dem Bildungswesen kann das anders werden. Mit einem Schlage geht das freilich nicht; aber ein Anfang muß gemacht werden, und zwar von unten her. Die Volksschule muß einheitlich organisiert und zur allgemeinen Grundlage aller weiterführenden Bildungsanstalten gemacht werden, und es müssen reiche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um begabte, aber arme Kinder der Volksschule höheren Bildungszweigen zuzuführen. Duran hat der Staat das allergrößte Interesse. Alle Kräfte, die auf diese Weise ausgeschaltet werden, kommen vor allem ihm zugute; und dem Staatskörper beständig neues Blut und frische Säfte zuzuführen, ist das wichtigste Mittel, ihn gesund zu erhalten. Der Kampf gegen die Verquickung von Bildung und Reichtum ist in allererster Linie Sache des Staates. Er muß durch seine Schulgesetzgebung die einheitliche und für alle allgemeine Volksschule sichern, und er muß in seinem Etat die Mittel bereit stellen, um den wenig begabtesten Talenten aus der Masse des Volkes den Weg zur Höhe zu bahnen.“

Es ist erfreulich, daß auch in den Lehrerkreisen immer energischer die Forderung nach einer einheitlichen Grundlage unseres gesamten staatlichen Bildungswesens erhoben wird. Ebenso erfreulich ist es, daß die verheerenden Wirkungen unseres Kapitalismus auf das Schulwesen von den Lehrern selbst viel klarer erkannt werden, als von

den freisinnigen Parlamentariern im preussischen Dreiklassenhaufe, wo beispielsweise Herr Cassel-Ansichten entwickelte, über deren Richtigkeit man in vorgeschrittenen Lehrerkreisen erstaunt den Kopf geschüttelt haben wird! Je mehr sich freilich die Lehrer mit dem Problem einer wirklich sozialen Pädagogik beschäftigen werden, desto deutlicher wird ihnen zum Bewußtsein kommen, daß alle Reformen innerhalb unseres heutigen Gesellschaftssystems nur unzulängliches Flickwerk sind! Die „Macht des Mammonismus“ kann eben erst in einer Gesellschaft gebrochen werden, wo der „Mammon“ nicht mehr das Privileg der sozialen Ausbeutung und der politischen Sinecure sichert!

Demokratie und Nationalliberale.

Die verwahrlohten und im Dienste der Freisinnigen äußerst fadenförmig gewordene demokratische Ueberzeugung des Pfarrers Raumann gibt der „Nationalliberalen Korrespondenz“ (Nr. 103 vom 7. September) Anlaß, mit hörbarem Rufe von Demokraten dieser Sorte abzurufen. Raumann hatte in einer zu Stuttgart gehaltenen Rede über die Königsberger Kaiserrede gesagt: „Nunmehr bleibe dem deutschen Volke nichts anderes übrig, als ohne Rücksicht auf kaiserliche Aussprüche seinen Weg zu gehen. Ganz entsezt bemerkt hierzu die „Nationalliberale Korrespondenz“:

„Das ist die nackte Empfehlung der Politik einer reinen und rücksichtslosen Demokratie, die in dem Staatsorganismus keinen Raum läßt für die lebendige Persönlichkeit eines Monarchen. Wir wollen uns aber weder die Institution der Monarchie rauben lassen, noch wollen wir, bei aller Günstigkeit und gebotenen Zurückhaltung des Monarchen, den Träger der Krone zu einem blutleeren Schemen herabzulassen lassen...“

Wir wünschen zur Monarchie und zum Monarchen in einem Herzensverhältnis zu stehen und lehnen es ab, es uns durch Raumann und die Demokratie zu einem reinen Verstandesverhältnis machen zu lassen. Hier liegt mit die Grenze zwischen uns und der Demokratie, eine Grenze unüberbrückbar, auf die mit voller Schärfe hinzuweisen hohe Zeit war. Denn immer mehr droht die radikale Welle, die durch Deutschland schlägt, alle Begriffe zu verwischen und die radikale Phrase verwirrt viele Köpfe. Welch eine Schuld lastet doch auf den Parteien der Weisheit, die diese Lage schufen. Und wie häuft sie jetzt neue Schuld zur alten. Es scheint fast ein Verbrechen an der Monarchie, wenn Parteien nach einer kaiserlichen Rede, die so die Gemüter erhitzte, den Kaiser als ihren Mann in Anspruch nehmen und so den Träger der Krone dem jehigen, so großen Unwillen im Volke als Parteigenossen und Fürsprecher von Parteien darstellen, die unser Volk für all das heutige Unheil verantwortlich macht.“

Wenn nach solchen Leistungen Bethmann Hollweg kein Einsehen hat und die braven Nationalliberalen schweigend in den Bereich der wärmsten Regierungssonne verlegt, kann hilft nichts mehr!

Infame Rekrutenbehandlung.

In zweitägiger Sitzung verhandelte das Kriegsgericht der 17. Division (Hamburg) gegen den Gefreiten Rix und den Jäger Flemming vom 9. Jäger-Bataillon in Habsburg, angeklagt einer langen Reihe militärischer Vergehen. Der angegebene Stellvertreter Rix (Kapitulant) war Stubenältester und Rekrutenbrüder, Flemming stellvertretender Stubenältester. Durch ihr fortwährendes Auftreten haben beide die Rekruten derart eingeschüchtern, daß niemand von dem Beschwerderecht Gebrauch zu machen wagte. Während Rix und sein sauberer Stellvertreter im Bett liegen blieben, wurden die Rekruten lange vor Nebelle aus den „Fällen“ gejagt, um allerlei Arbeiten auszuführen. In einem Falle mußten die Rekruten sogar — es war zur Winterzeit — um 3 Uhr morgens aufstehen. Nachdem sie sich angekleidet hatten, durften sie sich auf den kalten Fußboden niederlegen. Unbekleidet wurden die Leute in die Winterkälte hinausgeschickt, um auf dem Hof Spudmäße, Bratspfannen usw. zu scheuern. Hatten sie ihre Betten gemacht, so wurden diese, weil angeblich schlecht „aufgebaut“, wieder auseinandergerissen. So wurden die Rekruten — auch Sonntags — ständig in Bewegung gehalten bis über den Pappentisch hinaus. Den Kaffee und das Mittagessen mußten sie kalt genießen, wenn sie es nicht vorgegen, das Essen fortzuschütten. Als Führer einer Schießabteilung ließ Rix die Leute mit dem Gewehr in Anschlagstellung stehen — „bis zur völligen Erschöpfung“, wie es in der Anklage heißt. Ein Soldat mußte sich mit dem Gewehr im Anschlag bis zur Ermattung abwechselnd niederwerfen, dann aufstehen und über einen Chausseegraben springen. Dies tolle Treiben währte über ein halbes Jahr. Ferner sollen beide verbotene Sammlungen zum Ankauf von Petroleum, Wefen, Bürsten usw. vorgenommen haben; sie selbst beteiligten sich nicht an den Sammlungen, dagegen speisten sie ihre Privatlampen aus der Petroleumkassette. Hierin wird auch eine Annahme von Geschenken erblickt. Endlich wurden dem Rix noch mehrere Wachergehen zur Last gelegt, indem er eigenmächtig die Wachstube verließ. Hierdurch fand noch zwei Gefreite und ein Unteroffizier in Mißleidenschaft gezogen, weil diese keine Meldung erstattet haben. In scharfer Weise charakterisierte der Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Dr. Reutter, das Treiben der beiden rohen Wurschen, die in der Hauptsache wohl geständig sind, aber die Angaben der etwa 20 von ihnen malträtierten und schikanierten Rekruten als übertrieben bezeichneten. Alle Fälle einzeln zu behandeln, verbietet sich aus räumlichen Gründen. Die geladenen Zeugen, 20 an der Zahl, bestätigten den geschilderten Tatbestand.

Das Kriegsgericht verurteilte Rix zu 2 Monaten 15 Tagen Gefängnis, Flemming zu drei Wochen Mittelarrest, den Unteroffizier zu drei Tagen gefindnen Arrest, während die weiteren Angeklagten freigesprochen wurden.

Verflabung der katholischen Priester.

Der „Reichsanzeiger“ des Papstes, die „acta apostolicae sedis“ (Acten des heiligen Stuhles), veröffentlicht ein Dekret der Konfessionalkongregation, die die Absetzung von Pfarrern auf administrativem Wege, ohne kirchliches disziplinares Gerichtsverfahren regelt. Neun Gründe für solche Absetzung werden angeführt. Es soll die Möglichkeit gegeben werden, Schwerepfeffer rasch verschwinden zu lassen — aber auch Abneigung des Volkes, wenn auch ungerecht und nicht allgemein, doch so, daß sie das seelsorgerliche Wirken hindert, Verlust des guten Rufes, Ungehorsam gegen den Bischof können den Pfarrer die Stelle kosten. Seine Verurteilung entscheidet — derselbe Bischof, der ihn abgesetzt hat. Natürlich wird man gegen jeden oder mehrere Pfarrer leicht solche allgemeinen Stimmungen bei den „Gutgeheimten“ erzeugen können. Nach dieser Probe kann man sich vorstellen, wie der jetzt in Bearbeitung befindliche allgemeine Kodex des kanonischen Rechts aussehen wird. Ein Massenmordanschlag von Pfarrern scheint als nötig erkannt worden zu sein, denn wie das sehr genau informierte Wiener feudo-klerikale „Waterland“ erklärt, hat man diesen Teil des neuen Gesetzbuches wegen der praktischen Wichtigkeit der Sache schon jetzt veröffentlicht und in Kraft gesetzt!

Das Zentrum und die nächsten Wahlen.

Das führende Organ des bayerischen Zentrums, die „Kuglh. Volkzeitung“, bestreitet, daß gelegentlich des Augsburger Reichstages die Vertreter der Zentrumspresse von den Parlamentariern angewiesen worden seien, auf ein Kompromiß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie hinzuwirken. In Einzelfällen, so meint das Zentrumsbüro, ließe sich ein Kompromiß „sehr wohl machen“, aber Kompromisse von Partei zu Partei seien unmöglich. Kein Zentrumsmann würde z. B. den Abg. Dr.

Müller-Meinungen über den Abg. Dr. Quide wählen, dagegen sei gar keine Frage, daß die Wahl des linksliberalen Abg. Dr. Günther bei Stadtwahlen des Zentrums nicht auf Hindernisse stoßen würde. Ähnlich sei das Verhalten zu den Rationalisten. Man würde den Abg. Buhl unter den heutigen Umständen vielleicht wählen können, aber nicht den Abg. Schubert (den Führer des liberalen Bayerischen Lehrervereins). Die Personenfrage, so erklärt das Blatt, ist trennend aufgeführt und läßt Parteikompromisse nicht zu. Und außerdem: ohne Gegenseitigkeit seien Bündnisse nicht möglich.

Die Kieler Blamage.

Zu dem Verbot der dänischen Sprache in der Versammlung der Kieler Arbeiterabteilungen wird uns noch aus Kiel geschrieben:

Die erste Wirkung des Verbots war ein glänzender Besuch der Versammlung. Die zweite die, daß der Herr Regierungspräsident sich unsterblich blamiert hat und daß alle Welt über ihn lachen wird. Der Herr Regierungspräsident hat nämlich nicht verhindern können, daß das, was die dänischen Genossen Sabroe und Jacobson sagen wollten, doch der Versammlung gesagt worden ist: Sie haben nämlich ihre Gedanken schriftlich fixiert und der Genosse Adler-Kiel hat sie der Versammlung vorgelesen. Wenn die dänischen Genossen in ihrer Muttersprache gesprochen hätten, würden sie vielleicht von zwanzig Personen in der Versammlung verstanden worden sein, das aber schien dem Regierungspräsidenten gefährlich. Daß die Gedanken der dänischen Gäste im Deutschen vorgetragen wurden, erscheint ihm ungefährlich.

Der Polizeipräsident in Kiel scheint eine vernünftigeren Auffassung von der Sache gehabt zu haben. Er erklärte dem Einberufer, daß es sich in der Versammlung nicht um politische Angelegenheiten handeln werde — das Vortragsthema lautete: „Die internationale Aufmarsch gegen den Alkohol“ — sei gegen die Zulassung der dänischen Sprache in der Versammlung nichts einzuwenden und er werde sie beim Regierungspräsidenten reklamieren. Der dachte aber anders und verbot den Gebrauch der dänischen Sprache. Vielleicht dachte er, daß die dänischgesinnten Bewohner Nordschleswigs, denen er seine ganz besondere Fürsorge zugewandt hat, wild werden würden, wenn in einer Versammlung in Kiel dänisch gesprochen wird.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Regierung solche Streiche macht und damit ganz Deutschland vor dem Auslande blamiert. Vor Jahren sollte einmal der Genosse Fröhlich aus Desterreich in Kiel in einer Versammlung über die Gefahren des Alkoholismus sprechen. Als er die Rednertribüne betrat, wurde ihm vom überwachenden Polizeioffizier der Ausweisungsbefehl überreicht. Das Verfahren gegen Genossen Macdonald-England, Meyer-Dänemark und Kiellon-Schweden bei der internationalen Friedensdemonstration ist noch in frischer Erinnerung. Die Regierung in Schleswig lernt nichts, ihr Vorgehen gegen alles, was nur irgendwie mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt, ist genau so plump und schlägt immer genau so ins Gegenteil um, wie ihr Kampf gegen die Dänen in Nordschleswig. Die Arbeiterbewegung kann sich eine solche Agitation der Regierung für ihre Sache schon gefallen lassen und in den Ruf des Genossen Adler einstimmen, den dieser am Schluß seiner mit kühnem Beifall aufgenommenen Ausführungen ertönen ließ: Arme Regierung!

Ein Eulenburgskandal in Ostafrika?

Der Redakteur der „Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung“ van Roy wurde wegen Beleidigung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in seinem Blatte einen Artikel veröffentlicht hat, in welchem der Sach vorlam:

„Ferner könnte ein Eulenburgskandal in Dar es Salam umschwer seine Kreise ziehen.“

Diese Bemerkung ist auf höhere Beamte des Gouvernements bezogen worden. Der Angeklagte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt, er will den Beweis der Wahrheit für den erwähnten Sach erbringen, bestreitet aber, daß er an die gegenwärtig in der Kolonie tätigen höheren Beamten gedacht habe.

Noch ein Opfer der Zivillistenerhöhung.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich in Konstanz der Tagelöhner Paul Kohler zu verantworten. Er hatte eine Vorladung zum Steueramt erhalten; dabei ist ihm der Gedanke an die Zivillistenerhöhung des Kaisers durch den Kopf geschossen und er hat sich geäußert: „Dem Kaiser lang es nicht mehr, er will mehr Geld von mir haben. Er...“ (folgt die angebliche Majestätsbeleidigung). — Das Gericht hat angenommen, daß er den Ausspruch in der Erregung getan habe, und hat ihm mildernde Umstände zugebilligt. Er bekam die zulässige Mindeststrafe von einer Woche Gefängnis.

Privatbeamtenversicherung.

Der Gesetzentwurf betreffend die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten ist jetzt soweit fertig, daß demnächst die Beratungen mit den preussischen Ressorts beginnen können. Die Verhandlungen sollen so gefördert werden, daß die Vorlage noch im Herbst an den Bundesrat gelangt. Nach Möglichkeit wird der Entwurf noch vor den Beratungen des Bundesrats veröffentlicht werden, um den beteiligten Kreisen Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Die Grundzüge der kommenden Vorlage bauen sich in allen wesentlichen Punkten auf der zweiten Denkschrift über die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten auf. Daß die Vorlage den Reichstag in seiner nächsten Session beschließen wird, ist als sicher anzunehmen.

Reichstagskandidatur.

Wie die „Commercielle Reichspost“ mitteilt, wurde in einer konservativen Vertrauensmänner-Versammlung zu Greifenberg der bisherige Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Greifenberg-Camin, Oberstleutnant v. Normann, der Führer der konservativen Fraktion, wiederum als Kandidat aufgestellt. Er erklärte sich zur Annahme der Kandidatur bereit, was um so verständlicher erscheint, als Normann in diesem Wahlkreise nicht der Gefahr ausgesetzt ist, aus dem Reichstage hinausgewählt zu werden. Minder seiner Fraktionskollegen wird weniger zuverlässig den kommenden Wahlen entgegen sehen.

Fakultative Feuerbestattung in Preußen.

Die Frage der fakultativen Feuerbestattung in Preußen hat bereits einmal den Landtag beschäftigt; er sprach sich einmütig für die Einführung aus. Wie jetzt von unterrichteter Seite gemeldet wird, hat die Regierung einen entsprechenden Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem Abgeordnetenhaus in der nächsten Session zugehen wird.

Italien.

Der Kampf gegen den Modernismus.

Rom, 8. September. Heute wurde ein Motuproprio des Papstes veröffentlicht, durch welches praktische Maßnahmen gegen die fortwährende Ausbreitung der modernistischen Bewegung ergriffen werden. Das päpstliche Schriftstück erinnert an alle Verordnungen, die bisher gegen den Modernismus ergangen sind, und fügt ihnen solche über die Studien in den Seminaren, über die Wahl der Direktoren und Lehrer in den Seminaren und katholischen Universitäten hinzu, ferner über die Bedingungen der Beförderung der Geistlichen zu den höheren Weihen und zum theologischen Diplom, weiter über die Uebervachung und die Zensur, die gegenüber moder-

nistischen Schriften zu beobachten sind. Nach Jitterung der Enzyklika Pascendi empfiehlt der Papst den Bischöfen und den vorerwähnten Oberen angelegentlich, die Ausbildung des jungen Klerus aufmerksam zu überwachen, damit sich dieser gut zum Kampf gegen die Irreligiosität vorbereite und damit die jungen Schüler nicht durch andere Studien abgelenkt werden. Die Lektüre von Zeitungen und Zeitschriften wird ihnen verboten.

Belgien.

Unabhängige Politik.

Gegen ein Wahlbündnis hat sich die Bezirkskonferenz der Sozialisten des Bezirkes Soignies (Nennegau, Gegend von Brüssel) ausgesprochen. Der Weislauf, der mit allen gegen vier Stimmen gefaßt wurde, betont, daß auf die Liberalen in ihren doktrinarischen (rechtsstehenden) Elementen kein Verlaß sei; daß durch eine intensive Propaganda und grenzenlose Hingabe es möglich sei, den Mut der Arbeiter zu festigen (das Mandat war früher sozialistisch und ist an die Liberalen verloren gegangen), den Geist der Landbevölkerung zu erwecken und der gesamten Demokratie Sicherheiten zu gewähren, die eine Partei von Kapitalisten infolge der Einwirkung ihrer Umgebung und der verderblichen Rolle, die sie in unserer Gesellschaft spielen, nie bieten könne; daß noch eine Masse proletarischer und demokratischer Stimmen von den bürgerlichen Parteien zu gewinnen sei.

Amerika.

Panama-Kanal und Militarismus.

Das gewaltige Friedenswerk, das an der Meerenge von Panama unter Opferung ungezählter Millionen und Menschenleben errichtet wird, scheint auch der Ausgangspunkt für eine gewaltige Steigerung der Kriegsvorbereitungen werden zu sollen. So will es unser sozialistischer Imperialismus. In einer Rede in Omaha hat Roosevelt die Befestigung des Kanals verlangt, die Amerikas Kriegsmacht verdoppeln würde. Der Verzicht auf die Befestigung, der im Kriegsfall den Kanal der Flotte der Vereinigten Staaten verschließen oder gar einem Feinde in die Hände liefern würde, bedeute den Verzicht auf die Monroe-Doktrin und würde das Land der Verachtung aussetzen. Man muß dabei daran denken, daß im vorigen Jahre eine Vorlage des Präsidenten, die für Befestigungszwecke dort zunächst 4 Millionen, bis zu einem Höchstbetrage von 16 Millionen Dollars, forderte, vom Kongreß abgelehnt wurde; teils, weil die Befestigung eine Verletzung der internationalen Verständigung über die Frage bedeute, teils auch, weil sie vom militärischen Standpunkte nutzlos sein würde. Es wird erwartet, daß Laft mit einer gleichen Vorlage wieder an den Kongreß herantreten wird. Die Verantwortung Roosevelts wird ihm dabei zugute kommen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten steht auf dem Standpunkt, daß internationale Verpflichtungen der Befestigung nicht entgegenstehen. Im Jahre 1900 war zwischen dem amerikanischen Staatssekretär Hay und dem englischen Botschafter Lord Pauncefote der Pauncefote-Hay-Vertrag abgeschlossen worden, inhaltlich dessen die Vereinigten Staaten sich verpflichteten, den zu erbauenden Kanal als neutral zu behandeln. Der Kanal dürfe nie blockiert und es dürften keine den Kanal oder die angrenzenden Gewässer beherrschenden Befestigungen errichtet werden. Damals lehnte der Senat die Genehmigung des Vertrages in dieser Form ab, beschloß vielmehr einen Zusatz, der den Vereinigten Staaten ausdrücklich freie Hand gab, im Kriegsfall den Kanal mit beschießener Hand zu schließen. Den so abgeänderten Vertrag lehnte wieder England ab. Ein Jahr später schlossen beide Staaten einen neuen Vertrag, der auch in Kraft getreten ist. Darin sind nicht mehr beide, sondern die Vereinigten Staaten allein als Garanten der Neutralität des Kanals genannt. Und von der Befestigungs- und Blockadefrage ist gar nicht die Rede. Rag nun auch ein Teil der englischen Presse über die militärischen Absichten der Vereinigten Staaten schreiben, so dürfen diese sich jedenfalls auf das berechtigte Schweigen jenes maßgebenden Vertrages berufen. Und vor allem: sie werden heute genau so auf englische Wünsche und Bedenken hören, wie sie das immer mit gutem Erfolge getan haben. Und andere europäische Staaten, die gleichfalls an der Offenhaltung jenes Verkehrsweges ein Interesse haben, werden sich in die Streitfrage erst recht nicht einmischen.

Es begreift sich auch, daß die Vereinigten Staaten keine Lust haben, den Kanal, für dessen Erbauung sie die Revolution in Panama angezettelt haben und für den sie 300 Millionen Dollar ausgeben wollen, im Kriegsfall einer stärkeren Seemacht als Stützpunkt zu überlassen. Haben sie doch in dem Vertrag mit der Republik Panama sich ausdrücklich die Herrschaft über einen Streifen von je zehn englischen Meilen auf beiden Seiten des Kanals vorbehalten; samt dem Rechte, dort Befestigungen anzulegen. Auch damals hat weder England noch sonst ein Staat protestiert. Indessen sieht es aus, als sollte der Kanalbau Anlaß zu noch viel weitergehenden Plottenplänen geben. So erklärt der Admiral Mahan, daß der Kanal, der die amerikanische Westküste auch in den Nachbereich europäischer Seemächte bringe, geradezu verberlich für die Vereinigten Staaten in dem heutigen Zustand ihrer militärischen und Flottenrüstungen sei. Er betont, daß Befestigungen allein hier nichts bedeuteten. Vielmehr sei entscheidend die Herrschaft zur See. Für diese aber habe England neben seiner allgemeinen Ueberlegenheit in seinen westindischen Besitzungen einen Stützpunkt, der ihm eine Blockierung des Kanals im Kriegsfall, also die Verhinderung gerade des militärischen Zweckes der Vereinigung der beiden Flotten der Vereinigten Staaten, der für die Erbauung des Kanals mit ausschlaggebend ist, erleichtere.

So darf man erwarten, daß die nächste Präsidentschaft Roosevelts eine neue gewaltige Steigerung des Flottenwetters bringen wird.

Waynor als demokratischer Kandidat.

New York, 8. September. Bürgermeister Waynor, welcher sich überraschend schnell von seiner Verletzung erholt hat, hat die Kandidatur angenommen, welche ihm seitens der demokratischen Partei für den Posten eines Gouverneurs von New York angeboten worden ist. In demokratischen Kreisen äußert man sich sehr begeistert und ist auch überzeugt, daß die Kandidatur Waynors einen vollen Erfolg haben werde.

Gegen einen Feind Roosevelts.

Minneapolis, 7. September. Die Versammlung des Kongreß-Komitees, das im letzten Winter dazu bestimmt worden war, die Arbeiten des Departements des Innern einer Untersuchung zu unterziehen, hat eine Resolution angenommen, in welcher die Ablegung des Rabinetssekretärs des Innern Wallinger empfohlen und erklärt wird, daß die Anklagen gegen sein Departement begründet seien. Der Vorsitzende stellte jedoch fest, daß nicht die nötige Anzahl von Mitgliedern vorhanden sei, und vertagte die Versammlung bis Freitag, wo eine ähnliche Resolution dem Gesamtkomitee unterbreitet werden wird.

Die angenommenen Resolution war von einem dem fortgeschrittenen Flügel der republikanischen Partei angehörenden Mitgliede des Repräsentantenhauses eingebracht worden, nachdem vorher ein demokratischer Senator eine fast ähnliche Resolution vorgelegt hatte.

Aus der Partei.

Zum Bericht über die sächsische Landeskonferenz senden uns die Genossen Landtagsabgeordneten Rißke und Riem längere Verichtigungen, die ganz abzuwenden unsere Kammerverhältnisse und nicht erlauben. Wir entnehmen ihnen daher die vornehmsten Punkte.

Genosse Rißke wendet sich zunächst gegen folgende Stelle unseres Berichts:

Der Alles-oder-Nichts-Standpunkt müsse aufgegeben werden. Die häßlichen Verpflichtungen müsse der Vizepräsident erfüllen. An Stelle der Vereinfachung der Ersten Kammer müsse die Reform angestrebt werden. Für die erste Auffassung berief sich der Redner auf die Resolution des Dresdener Parteitages (1), für die zweite Sache gar auf die sozialdemokratischen Grundzüge.

Er sagt dagegen: Es ist mir nicht eingefallen, im Zusammenhange mit der Vizepräsidentenfrage vom Alles-oder-Nichts-Standpunkte zu reden, wie habe ich in der behaupteten Weise gefordert, daß der sozialdemokratische Vizepräsident häßliche Verpflichtungen erfüllen solle. Was ich zu diesem Punkte ausgeführt habe, darüber besagt der ausführliche offizielle Bericht zutreffend folgendes:

Die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion (in der Vizepräsidentenfrage) hat, soweit ich beobachten konnte, überall im Lande die Zustimmung gefunden. Es ist dabei auch gesagt, die sozialdemokratische Fraktion werde es immer ablehnen, zu Hofe zu gehen. Ich bin der Meinung, daß selbst, wenn wir die uns gestellte Bedingung akzeptiert hätten, von einem Hofgang keine Rede sein könnte. Hätten wir diese Bedingung akzeptiert, so hätten wir das nach der Dresdener Resolution nur tun dürfen, aber auch tun müssen, wenn diese Verpflichtung durch die Verfassung vorgeschrieben wäre. Hätten wir dann an der Eröffnung teilgenommen, selbst wenn sie im Schlosse stattfände, so hätten wir das unter dem Zwang der Notwendigkeit getan, aber ein Hofgang wäre das nicht. Unter Hofgang verstehe ich nur, wenn Abgeordnete ohne rechtlichen Zwang, wie das in Deutschland öfter der Fall war, einer Einladung zu Hofe zu Tafeln folgen.

Weiter erklärt Genosse Rißke, daß es ihm nicht eingefallen sei, zu fordern, daß an Stelle der Vereinfachung der Ersten Kammer die Reform angestrebt werde. „Ich habe“, fährt die Verichtigung fort, „nur den Standpunkt vertreten, eine Reform der Ersten Kammer nicht dadurch unmöglich zu machen, daß wir mit den Konservativen zusammen und zu deren Freude Anträge, die eine andere Zusammensetzung der Ersten Kammer im fortschrittlichen Sinne anstreben, niederstimmen. Unwahr ist auch die spätere Behauptung im Bericht, ich glaube die Reform der Ersten Kammer mit einer vernünftigen bürgerlichen Mehrheit durchführen zu können.“

Nach dem offiziellen Bericht sagte Genosse Rißke, daß der Gedanke nahe liege, daß man, wenn man die Erste Kammer nicht ganz beseitigen könne, sorgen müsse, daß sie weniger fortschrittlich zusammengesetzt sei. Selbständige Anträge zur Reform der Ersten Kammer müsse er auch nicht stellen, aber es frage sich, wie wir uns zu den Anträgen der bürgerlichen Linken verhalten sollen. Habe man den Ausschlag zu geben und führe die Haltung der Fraktion zur Ablehnung solcher Anträge, erreicht man durch die Abstimmung nichts anderes, als daß die Erste Kammer in ihrer jetzigen Zusammensetzung bestehen bleibe, dann liege es doch nahe, lieber fortschrittlichen Anträgen zuzustimmen.

Endlich erklärt es Genosse Rißke für gänzlich unmaß, daß seine Ausführungen mit Heiterkeit aufgenommen worden wären. „Weder im offiziellen Bericht ist etwas davon verzeichnet, noch hat jemand etwas von Heiterkeit bemerkt, die ja nur möglich wäre, wenn ich den Unsinn geredet hätte, den mir der Berichtshatter andichtet.“

Genosse Riem wendet sich gegen folgende Stellen unseres Berichts:

„Genosse Riem vertritt die Auffassung der Hofgänger, Reform statt Abschaffung der Ersten Kammer; die Sozialpolitik müsse im Vordergrund aller Tätigkeit stehen.“

„Genosse Sindermann wendet sich gegen die Ausführungen von Riem, der die Liberalen zu Unrecht als bildungsfeindlich hingestellt habe.“

„Genosse Riem beweist darauf, daß er nach dem offiziellen Bericht gesagt hat:

„... Nicht richtig ist, ... wenn man die sozialpolitische Tätigkeit einer Fraktion gering einschätzt; sie ist nötig nicht in Rücksicht auf unsere Gegner, sondern in Rücksicht auf die Arbeiter. (Sehr richtig!) In der Frage der Ersten Kammer hat es bei uns gar keine großen Meinungsverschiedenheiten gegeben. Aber wir meinen doch, daß man an der Ersten Kammer überhaupt nicht herumdoctorn kann.“

Auch bei der Vizepräsidentenfrage gab es in der Fraktion keinen Streit darüber, daß wir unter der Bedingung des Hofgangs den Posten nicht befehen wollen.“

In einer Erwiderung auf Aeußerungen des Genossen Seger hat Genosse Riem dann nach dem offiziellen Bericht gesagt:

„... Ich habe nicht gesagt, daß die Rationalisten und freisinnigen uneingehalten für die Bildungsbestrebungen sind, sondern nur, daß sie uns in manchen Bildungsfragen unterstützt haben, und das läßt sich doch gar nicht abstreiten.“

„... Meine Stellung zur Frage der Ersten Kammer deutet sich mit der Ansicht von Seger, ich selbst habe das Zweikammersystem in der schärfsten Weise kritisiert.“

Endlich hat Genosse Riem in einer Erwiderung auf Ausführungen des Genossen Sindermann nach dem offiziellen Bericht gesagt:

„... Ich wende mich dagegen, daß Sindermann gesagt hat, ich hätte die Liberalen radikallos gelobt. Wenn sie Lobenswertes tun, würde ich sie gern loben; sie tun aber leider selten etwas Lobenswertes, und jedenfalls habe ich sie hier nicht gelobt. Meyers Auffassung, daß es vollständig gleichgültig ist, ob wir die Agrarier in ihrer Macht stützen oder ob an ihre Stelle die neue Macht der Bourgeoisie tritt, ist falsch. Wir müssen den Feudalstaat zu überwinden suchen. Das muß auch in Preußen geschehen. Wir haben keinen Anlaß, liberale Forderungen aufzustellen, wir stellen sozialdemokratische Forderungen auf; aber wir haben auch keinen Anlaß zu sagen, der aufkommende Industriestaat ist uns ebenso behaglich wie der Feudalstaat.“

Sowohl Genosse Rißke als Genosse Riem bezeichnen den Bericht, der dem „Vorwärts“ geliefert wurde, als einseitig und tendenziös. Wir haben dazu zu bemerken, daß uns dieser Bericht von einem langjährigen Korrespondenten geliefert wurde, der auch in früheren Jahren über die Tagungen der sächsischen Landespartei berichtet hat, ohne daß jemals Beschwerden gegen seine Darstellungen erhoben worden wären.

Dem deutschen Arbeiterverein in Brüssel berichtet der Brüsseler „Peuple“ mit hoher Anerkennung. Er zählt über 200 zahlende Mitglieder und ist einer der tätigsten in der Brüsseler Organisation. Allmonatlich findet eine ordentliche Sitzung, öfter, wenn auswärtige Redner anwesend sind, auch außerordentliche Versammlungen statt. Redner waren in letzter Zeit u. a. Reichsanwalt Wolff, Redakteur Dr. Sachs, Adolph Hoffmann und Bleich. Im Volkshause ist ein Lesesaal eingerichtet, das neben 15 Parteizeitungen sämtliche Gewerkschaftsblätter und eine Anzahl Zeitschriften enthält. Es ist erfreulich, die Ordnung und Disziplin zu sehen, die in diesem Studientraum herrschen.

Ein Verband der sozialistischen Lehrer Belgiens ist gelegentlich des belgischen Lehrertages in Brüssel gegründet worden. Die Vespersprache war von der Brüsseler Ortsgruppe einberufen und von über 70 Lehrern und Lehrerinnen besucht. Als Gast nahm Genosse Pentefer, Delegierter der bulgarischen Lehrerschaft teil. Es wurde beschlossen, daß der allgemeine Lehrerverband nicht bekämpft werden, daß vielmehr die Mitglieder des sozialistischen Lehrerverbandes in letzter Zeit u. a. Reichsanwalt Wolff, Redakteur Dr. Sachs, Adolph Hoffmann und Bleich. Im Volkshause ist ein Lesesaal eingerichtet, das neben 15 Parteizeitungen sämtliche Gewerkschaftsblätter und eine Anzahl Zeitschriften enthält. Es ist erfreulich, die Ordnung und Disziplin zu sehen, die in diesem Studientraum herrschen.

Ein Verband der sozialistischen Lehrer Belgiens ist gelegentlich des belgischen Lehrertages in Brüssel gegründet worden. Die Vespersprache war von der Brüsseler Ortsgruppe einberufen und von über 70 Lehrern und Lehrerinnen besucht. Als Gast nahm Genosse Pentefer, Delegierter der bulgarischen Lehrerschaft teil. Es wurde beschlossen, daß der allgemeine Lehrerverband nicht bekämpft werden, daß vielmehr die Mitglieder des sozialistischen Lehrerverbandes in letzter Zeit u. a. Reichsanwalt Wolff, Redakteur Dr. Sachs, Adolph Hoffmann und Bleich. Im Volkshause ist ein Lesesaal eingerichtet, das neben 15 Parteizeitungen sämtliche Gewerkschaftsblätter und eine Anzahl Zeitschriften enthält. Es ist erfreulich, die Ordnung und Disziplin zu sehen, die in diesem Studientraum herrschen.

Gewerkschaftliches.

Ueber den Wert einer christlichen Organisation

läßt sich in der neuesten Nummer „Der Arbeiter“, Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, jemand in sehr interessanter Weise aus. Bekanntlich hat ein früherer Angestellter einer christlichen Organisation eine Broschüre veröffentlicht, in der allerlei für die Organisation unangenehme Dinge, besonders ihr finanzieller Bankrott, erzählt wird. Ueber diese Dinge sagt „Der Arbeiter“ nichts, wohl aber läßt er sich über diese Organisation wie folgt vernehmen:

„Dah der von Wolf vorgenommene Verband in seiner Zusammenfassung nicht das Ideal einer Organisation darstellt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Verband nicht noch besten Kräften bestrebt war, die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen. Aber die Verschiedenartigkeit der Interessen, der aus Tugenden von Verufen sich rekrutierenden Mitglieder, die miteinander nicht die geringste Verwandtschaft haben, erschwert die gewerkschaftliche Arbeit sehr. Die Teilung des Verbandes wird deshalb auch nur eine Frage der Zeit sein.“

Wenn der Verband noch geteilt wird in alle die ihm angehörenden Berufsgruppen, dann wird nicht mehr viel von ihm übrig bleiben. Es gehören ihm nämlich jetzt schon christliche Staats-, Gemeinde-, Hilfs- und sonstige Industriearbeiter an, und er zählt doch nur etwas über 14000 Mitglieder. Wo alles auf Zentralisation der gewerkschaftlichen Kräfte dringt, wollen die Christen dezentralisieren. Damit würde doch sicher der bankrotten Gewerkschaft auch nicht auf die Beine geholfen, wenigstens nicht im Interesse der Mitglieder. Aber abgesehen davon. Mit dem Urteil im „Der Arbeiter“ wird also ausgesprochen, daß der Verband auf völlig unhaltbarer Grundlage steht und auf die Dauer, ganz abgesehen von seinem finanziellen Bankrott, schon aus diesem Grunde nicht lebensfähig ist. Dabei ist zu beachten, daß das Blatt, das dieses Urteil über den christlichen Verband fällt, nicht etwa die Berliner, sondern die Münchener-Glabacher Richtung vertritt und daß der leitende Redakteur dieses Blattes ein Fraktionskollege des Verbandsvorsitzenden Oswald ist.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Fahrstuhlmonteure und Helfer! Bei den Firmen Schayder, Seestraße, Otto, Elevatorgesellschaft, Chausseestraße, Schindler, Tempelhofer, und Laruh u. Liebig haben die Fahrstuhlmonteure und Helfer die Arbeit niedergelegt. Wir erlauben jeden Zugang von diesen Betrieben streng fernzuhalten. Obige Betriebe sind bis auf weiteres für Metallarbeiter aller Branchen gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Metallarbeiter. Bei der Firma Kremenner, Gutfornfabrik in Pankow bei Berlin, befinden sich die Formier- und Wiebelerarbeiten im Streik. Die Firma versucht durch Insetate und Agenten Erfolg für die ausländischen Arbeiter zu bekommen. Deshalb ist die Firma für alle Metallarbeiter gesperrt.

Die Klemperer legten am Mittwochabend in einer Versammlung, die wieder in Freyers Festsaal stattfand, ihre Beratungen darüber fort, ob sie in eine Lohnbewegung eintreten könnten. Adolf Cohen erklärte, daß die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in erneuter eingehender Besprechung der Angelegenheit wiederum zu dem Resultat gekommen sei, die verlangte Sanktion zu verweigern. Wie Otto Handke am Sonntag den Versammelten als Hauptgrund der ablehnenden Haltung der Ortsverwaltung den Kampf auf den Besten anführte, so legte auch Cohen den größten Wert darauf, zu zeigen, wie sehr die Rücksicht auf den Kampf auf den Besten maßgebend für die Haltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sein muß; er schilderte eingehend die jetzige Situation und forderte die Berliner Klemperer auf, zurückzutreten, wo das Gesamtinteresse des Verbandes den ersten Platz beansprucht. — Die Diskussion wurde zuerst sehr leidenschaftlich geführt; man brachte Anträge und Resolutionen gegen die Entscheidung der Verwaltung ein, die scharf getadelt wurde; man verlangte den sofortigen Streik, aber die Meinungen stärten sich im Laufe der Diskussion so weit, daß die ersten Anträge und Resolutionen zurückgezogen wurden. Man mußte die Gründe der Verwaltung bei ihrer Entscheidung anerkennen und beschloß, die Lohnbewegung der Klemperer auf eine günstigere Gelegenheit zu vertagen. Der Allgemeine Metallarbeiterverband hatte an den Eingängen zum Saal ein Flugblatt verbreitet, um auf den Mitgliederzuzug zu gehen, aber nur mit Verachtung wurde von „Gefühlshaltern“ in der Versammlung gesprochen, man bezeichnete sie als „Hyänen des Schlachtfeldes“, die auf die Leichen warten. Das Flugblatt hatte jede Wirkung verfehlt.

Der Streik der Arbeiter für gelochte Bleche besteht unverändert fort. Nur wenige Streikbrecher haben sich bis jetzt gefunden; die meisten Betriebe sind unbesetzt oder haben ungenügende Ausschiffe. Eine Firma hat die Arbeiter aufgefordert, sich die Papiere abzuholen, eine andere hat verlangt, daß die angefangenen Akkordearbeiten fertig gestellt werden; aber die Streikenden lassen sich nicht verblüffen, sondern halten fest zusammen und haben keine Abtrünnigen zu verzeichnen. Sie versammelten sich am Donnerstag mittag zu einer Beratung im „Englischen Garten“ und beschloßen, auch fernerhin eine obwarrende Stellung einzunehmen. Zu Verhandlungen sind die Arbeiter immer noch bereit, wenn sie von den Unternehmern gewünscht werden.

Das **Schuhmannsaufgebot** vor der Möbelfabrik von Heim u. Gerten, worüber wir in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ berichteten, war am nächsten Tage schon viel schwächer geworden. Die nächsten vier Strahnen waren freilich mit Kosten besetzt, und als um 6 Uhr Feierabend in der Fabrik gemacht wurde, rückten noch zwei Mann heran, in einiger Entfernung standen sogar radfahrende Beamte bereit, aber man sahien demütigt zu sein, die große Belagerung weniger auffällig zu machen. Einige Schulleute winkten sich gegenseitig ab und verschwanden wieder. Die acht bis zehn Werkführer der Fabrik sollen sich beschwert haben, als die Polizei so stark anrückte. Das läßt sich ja aus, als arbeiteten da Verbrecher unter Polizeiaufsicht. — Die Polizei kann aber die Sorge nicht los werden, daß es den Streikenden gelingen möchte, mit den Arbeitswägeln ein paar Worte zu wechseln.

Unzufriedenheit in den Englischen Gasaufstakten.

In mehreren Versammlungen der Arbeiter der J. C. G. A. (Englische Gasanstalt) wurden eine Reihe von Mißständen erörtert. Die Laternenwärter führen darüber Klage, daß bei Verurlaubungen in Krankheitsfällen der Dienst der fehlenden Laternenwärter mitgemacht werden muß, ohne daß eine Entschädigung hierfür gezahlt wird. Ebenso wird aber den Verurlaubten wie den Kranken diese Zeit abgezogen. Früher war dies nicht der Fall. Es wirft ein eigenes Licht auf die Praktiken dieser schwerverdienenden Gesellschaft, daß sie von den an und für sich miserabel entlohnten Leuten Arbeitsleistungen verlangt, ohne etwas dafür zu zahlen. Jeder fränke Arbeiter bedeutet für die Gesellschaft einen verdienten Tagelohn. Ebenso wird aus anderen Betrieben über Mißstände Klage geführt. Im Gaswerk Gitschiner Straße spielt der durch seine Arbeitswilligkeitsdienste bekannte Herr Bürger die erste Rolle. Diefem Manne, der seine Stellung doch nur der Tatsache zu verdanken hat, daß er bei den verschiedensten Lohnbewegungen die oben erwähnten Dienste leistete, sind die Betriebsarbeiter ausgeliefert. Er kann mit ihnen schalten und walten, wie es ihm beliebt. Ein tüchtiger Arbeiter scheint in seinen Augen nur der zu sein, der verschiedene Male den Streikbrecher gemacht hat. Arbeiter, die jahrelang nur Zufriedenheit georbeitet haben, eignen sich auf einmal nicht mehr für bestimmte Arbeiten. Und warum? Sie haben das Verbrechen begangen, sich zu organisieren. Mit Stockprügel auf den Wagen sollen die Arbeiter zur Zufriedenheit erzogen werden.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: G. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW, Tiergarten 3, Weisungen u. Unterhaltungsbl.

Der Unwille der Arbeiter über diese Maßnahme ist ein großer. Die Herren sollten aber bedenken: „Näzu straff gespannt, zerreiht der Vogen“.

Der Streik bei der Firma Regeler u. Comp.

Die Hausdiener und Bader hatten am Mittwoch zwei öffentliche Versammlungen einberufen, die sich mit dem Streik bei der Firma Regeler u. Co., Ritterstr. 71-75, befaßten. In Verschiedenheit, Witterstr. 75, referierte Bergens, bei Feuerlein in der Alten Jakobstraße Liebenow. Nach den Ausführungen der Referenten hatten sich die Arbeiter der Firma Regeler u. Co. organisiert. Sofort trat die Geschäftsleitung auch gegen die Organisation auf und die Maßregelung des ersten Vertrauensmannes trat prompt ein. Man sind die Arbeitsbedingungen in diesem Betriebe äußerst gesundheitschädigend. Die Arbeitsräume liegen mehrere Meter unter der Erde und sind so niedrig, daß die Arbeiter kaum aufrecht gehen können. Auch dringt Kälte durch die Deckenfenster in die Keller. Das Stroh, mit dem verpackt wird, entwickelt naturgemäß viel Staub. In einer Versammlung des Personals erschienen nun auch zwei Chefs, um mit ihren Leuten zu sprechen.

Die Antwort auf die Frage, warum der Vertrauensmann entlassen worden sei, wollten die Herren nur im Kontor erteilen. Dort wurde denn auch den erschienenen Verbandsvertretern viel Schönes und Gutes aus dem Betriebe mitgeteilt, nur nicht die Antwort auf obige Frage. Sogar Geschenke erhielten die Angestellten, erzählte Herr Wogentzern mit großer Verheißung, und auf den Hinweis, daß heute die Arbeiter von „Geschenken“ gerne absehen, wenn sie nur ihren rechtmäßigen Lohn erhalten, meinte er recht naiv: „Geschenke seien ein gutes Mittel, das Personal am Betriebe festzuhalten“. Redner verlas einen Anekdoten, in dem ausgedrückt wird, daß die Arbeiter ein klugbares Recht auf Geschenke nicht haben. Auch ist dieser Betrieb in Berlin wohl der einzige, in dem in Akkorde verpackt wird. Das Aufpufferkystem ist daselbst ebenfalls gut ausgebildet. Als bei der ersten Versammlung ein Mitglied eines Angestellten darauf hingewiesen wurde, daß ein verheirateter Mann mit 20 M. Wochenlohn nicht auskommen könne, gaben die Firmeninhaber dies ohne weiteres zu und — entließen den Betroffenen. Auch auf Umwegen, durch den — Kähnenmänner-Nachweis, verurteilt die Firma Leute zu bekommen. Die bürgerliche Presse bringt wohl die Streikbrecherinfernate, von dem Streik dagegen nimmt sie keine Notiz. In beiden Versammlungen wurden gleichlautende Resolutionen angenommen, die die Verhältnisse bei der Firma verurteilten und in denen erklärt wurde, daß keiner der Anwesenden unter den gegenwärtigen Verhältnissen dort Arbeit nehmen würde.

Der Streik in der Norddeutschen Gummiabrik ist beendet. Fabrikarbeiterverband, Berlin.

Organisation der Kinematographen-Angestellten.

Mit der Vermehrung der Kinematographen-Theater nimmt auch die Zahl der Arbeiter zu, die in diesen Betrieben beschäftigt sind. Jedes Lichtbild-Theater, ja selbst der kleinste „Kintopp“ braucht einen Operateur, das ist derjenige, der den Vorführungsapparat bedient. Dazu kommen dann die Kassierinnen, Billettkontrollreue, Türsteher, Erklärer, Musiker usw., deren Zahl sich in größeren Unternehmungen bis auf 20 und noch mehr beläuft. Zurzeit gibt es in Deutschland schon mehrere tausend Arbeiter und Angestellte, die durch die Beschäftigung in Kinounternehmungen ihre Existenz krüften. Die Entlohnung dieser Leute ist meist eine sehr niedrige. Die Operateure werden wohl verhältnismäßig am besten bezahlt. Sie können mehr als die anderen im Kino Beschäftigten als Berufsarbeiter angesehen werden, sind auch zum großen Teil aus solchen Berufen der Metallbranche hervorgegangen, wo sie sich die zur Bedienung des Apparates erforderlichen Kenntnisse aneignen konnten. Unter den Operateuren hat der Organisationsgedanke zuerst Platz gegriffen. Teils gehören sie als frühere Metallarbeiter dem Metallarbeiterverbande an. Soweit dies nicht zutrifft, haben sie sich besondere Organisationen geschaffen.

In Berlin besteht eine solche Organisation, die sich „Freie Vereinigung der Kinematographen-Operateure Deutschlands“ nennt. Diese hatte in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag eine öffentliche Versammlung für alle Angestellten in Kinematographen-Unternehmungen einberufen, die gut besucht war. Die Organisation der Operateure ging von der Erkenntnis aus, daß sie allein nicht in der Lage sind, für die Verbesserung der Verhältnisse aller Angestellten zu wirken, sondern daß es dazu einer Organisation bedarf, die alle in den Kinos Beschäftigten umfaßt. Diesen Gedanken in die Praxis umzusetzen, war der Zweck der Versammlung. Daß eine derartige Organisation geschaffen werden müsse, darüber war man sich einig. Aber über die Frage, wie die Organisation zu gestalten sei, gingen die Meinungen auseinander. Der Referent Mellini, Redakteur eines Fachblattes für das Kinematographenwesen, empfahl ganz allgemein die Organisation und ließ auch etwas von Harmonie mit den Unternehmern durchblicken. — Cohen vom Metallarbeiterverband wies den Versammelten den Weg, auf dem die Frage der Organisationsform am besten gelöst werden kann: Anschluß an eine der bestehenden großen und leistungsfähigen Gewerkschaften. In Frage käme der Metallarbeiterverband, dem ein Teil der Operateure angehört, oder der Transportarbeiterverband, der unter den übrigen Kino-Angestellten Mitglieder hat. Welchen dieser beiden Verbände die Kino-Angestellten als ihre Organisation wählen wollten, sei ihre Sache, nur sollten sie von der Schaffung einer besonderen Organisation absehen, weil eine solche die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen könne.

Soweit sich die nachfolgenden Redner zur Organisationsfrage äußerten, bekräftigten sie die Umwandlung der Operateur-Organisation in eine solche für alle Kino-Angestellten. Auch der Referent trat schließlich mit einer Resolution hervor, welche sich für die Gründung eines Vereins der Kinematographen-Angestellten Deutschlands ausspricht und die freie Vereinigung der Operateure beauftragt, für die Gewinnung sämtlicher Angestellten als Mitglieder zu agitieren.

Cohen warnte vor der Annahme dieser Resolution, da sie im Widerspruch stehe mit der Tatsache, daß sich die Kinoangestellten in Leipzig und anderen Orten dem Transportarbeiterverbande angeschlossen haben. Eine besondere Organisation bedeute demnach eine Zersplitterung der Kinoangestellten und komme schließlich auf eine bloße Vereinspielerei hinaus, die von den Betroffenen später bitter bereut werden würde, denn nur in einer großen Gewerkschaft könnten ihre Interessen mit Nachdruck vertreten werden.

Nach weiterer Diskussion wurde die Resolution des Referenten angenommen und ein vom Vorsitzenden der Versammlung gestellter Antrag auf Anschluß an den Transportarbeiterverband abgelehnt.

Achtung, Schuhmacher!

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Schwaiger, Joh. Carlh., Auguststraße 20, hatten, nachdem ein von ihnen eingereichter neuer Lohnantrag zurückgewiesen wurde, die Arbeit niedergelegt. Nach zweimaligen längeren Verhandlungen, die zwischen der Firma und Vertretern des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten einerseits und dem Arbeiterausschuß und einem Vertreter unseres Verbandes andererseits stattfanden, ist ein die Kollegen und Kolleginnen zufriedenstellendes Resultat erzielt worden, sodaß von ihnen beschlossen wurde, die Arbeit wieder aufzunehmen. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Metallarbeiter fordern Verdoppelung der Beiträge!

Moskau, 8. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine von 600 Mitgliedern besuchte Versammlung der Metallarbeiter Moskaus beschloß nach einem Referat des Geschäftsführers Aisch, den Vorstand aufzufordern, den Verbandsbeitrag zu verdoppeln, falls die angedrohte Aussperrung in Kraft tritt.

Achtung! Maschinenisten, Heizer, Motor- und Kranführer. In der Farbenfabrik vormals Wager u. Cie. in Beverlun sind Differenzen ausgebrochen. — Zugang von Maschinenisten, Heizern und verwandten Berufscollegen ist streng fernzuhalten.

Protest gegen Polizeizensur und Cultbarkeitssteuer

erhob eine außerordentlich stark besuchte Versammlung, welche die Leitung der Freien Volksbühne gestern Abend nach der Neuen Philharmonie berufen hatte. Von einer dicht gedrängten Menge wählten Saal und Galerien besetzt. Brauende Beifallstürme entfielen die Reden der Referenten Eduard Bernstein, Albert Träger, v. Gerlach und Heinrich Ströbel. Uebereinstimmend verurteilten die Redner die preussische Polizeiwirtschaft im allgemeinen und den neuesten Eingriff der Berliner Polizei in die Rechte der Freien Volksbühne im besonderen. Auch der Goethebund ließ durch sein Mitglied Georg Engel eine Erklärung verlesen, welche sich grundsätzlich für den Kampf gegen die Zensur erklärte. Mit stürmischem Beifall wurde ein Schreiben des Genossen Bebel verlesen, in dem es am Schlusse heißt, daß die Freie Volksbühne nicht eher auf wirkliche Freiheit rechnen könne, als bis mit der Theaterzensur noch etliche andere Dinge in den Orkus fliegen.

Nach den Referenten nahm auf Ersuchen der auf der Heimreise von Kopenhagen hier weilende Genosse Bernerstorfer-Wien das Wort. Er kennzeichnete zwar die österreichische Polizeiwirtschaft, traf damit aber die ebenso reaktionäre preussische Polizei. Unter stürmischem, lange dauerndem Beifall schloß Bernerstorfer mit einem Hinweis auf die sozialistischen Ideale.

Dann wurden die folgenden Resolutionen einstimmig angenommen.

I.

Der Versuch des Berliner Polizeipräsidenten, den Nachtbereich der Theaterzensur entgegen einem zwanzigjährigen rechtlich begründeten Brauche nun auch auf die Freie Volksbühne und andere Vereine auszudehnen, entspringt einer Geistesrichtung, der alle in Freiheit sich entwickelnde Volkscultur verächtlich und verhasst ist. Die Geschichte der Freien Volksbühne beweist aber schlagend, daß die dramatische Literatur einer Polizeiaufsicht nicht bedarf. Die Versammlung legt gegen den Vorstoß des Präsidenten, der sich wider ein bewährtes Freiheitsrecht der Bevölkerung richtet, nachdrücklich Verwahrung ein und fordert zur Sicherstellung des deutschen Geisteslebens vor polizeilicher Bevormundungsfucht völlige reichspolitische Befreiung der ungeschicklichen und unwürdigen Theaterzensur.

II.

Die Versammlung tritt der Erklärung bei, die von 32 hervorragenden Vertretern der Literatur und Wissenschaft zum Schutze der Freien Volksbühne vor der ihr drohenden Belastung durch die städtische Kultbarkeitssteuer abgegeben worden ist. Sie erklärt, daß jede Steuer auf die bescheidenen Vergnügungen der durch die Reichsfinanzreform und Lebensmittelerhöhung ohnedies schwer belasteten Massen unsozial und kulturwidrig ist. Sie richtet an die Berliner Stadtverordneten das dringende Ersuchen, dem Steuerprojekt des Magistrats die Zustimmung zu verweigern.

Letzte Nachrichten.

Die Turnhallensperre gegen den Turnverein „Fichte“.

deren Aufhebung ein Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten fordert, dürfte in Kürze beseitigt werden. Ueber den Antrag wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung noch nicht verhandelt und entschieden, aber der Verein „Fichte“ hat von der Schuldeputation auf ein bereits eingereichtes Gesuch um erneute Ueberlassung von Turnhallen für Lehrlingsabteilungen sehr eine grundsätzlich zusagende Antwort erhalten. Die Schuldeputation erjudt den Verein, ihr die gewünschten Schulen und Turnzeiten anzugeben und ihr auch mitzuteilen, ob den betreffenden Turnabteilungen ausschließlich Lehrlinge angehören werden. Im Hinblick auf das Urteil des Reichsgerichts blieb allerdings der Schuldeputation nichts anderes übrig, als im voraus den Rückzug anzutreten, noch ehe die Stadtverordnetenversammlung sich geäußert hat. Der Antrag unserer Genossen im Rathaus hat offenbar viel dazu beigetragen, die Schuldeputation zur Umkehr aufzumuntern.

Stadtverordnetenwahl.

Sommerfeld (Zillichau-Grossen), 8. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Infolge Ablebens eines bürgerlichen Mandatnehmers fand am 8. September eine Ersatzwahl in der dritten Wählerabteilung statt. Von 375 abgegebenen Stimmen erhielten der Lehrer Fürstenberg (Wamtenpartei) 160 Stimmen, Tischlermeister Bogisch (Soz.) 133 Stimmen. Drei weitere bürgerliche Kandidaten erhielten 74 und 6 Stimmen. Es findet somit Stichwahl statt zwischen Fürstenberg und Bogisch.

Eine klatschende Ohrfeige.

Riel, 8. September. (W. L. W.) In der Angelegenheit des ausgewiesenen Bankvorstehers Möller aus Scherrebek hat das Oberlandesgericht die Verurteilung der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil wegen der Rückkehr Möllers nach Nordschleswig verworfen, die Ausweisung für ungerechtfertigt erklärt und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt. Dem Angeklagten wurde die Erstattung der gehaltenen baren Ausgaben zuerkannt.

Wie das Zentrum die Fleischnot beseitigen will.

Köln, 8. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Kölner Stadtverordneten beschloßen nach eingehender lebhafter Diskussion eine Eingabe an die Reichsregierung zu richten zwecks Ergreifung von Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischsteuerung. Die Antragsteller verlangen Öffnung der holländischen Grenze unter Berücksichtigung der sanitären Bestimmung des Seuchengesetzes. Die vorgeschlagene Maßnahme, alle Grenzsperrten aufzuheben, solle dem Antrag nicht zugrunde gelegt werden aus Rücksicht auf die Landwirtschaft, die lebensfähig erhalten werden müsse. Deutschland dürste sich aber auch nicht vom Auslande abhängig machen. Deutlichen Fingerzeig habe Oesterreichs Drohung auf Erlaß eines Ausfuhrverbots gegeben.

Hochwasser in Nordmähren.

Brünn, 8. September. (Breh-Tele.) Eine amtliche Schätzung gibt den Hochwasserschaden in Nordmähren mit zwei Millionen Kronen an. Ueber 2000 Personen, deren Wohnungen zerstört sind, sind obdachlos. Die Behörde hat unbedinglich eine Hilfsaktion eingeleitet und zahlreiche Truppenabteilungen in die schwer bedrohten Ortschaften entsendet.

Ein neuer Welthöhentrekord.

Chavez brachte heute den Welthöhentrekord, indem er mit einem Eindecker bis 2680 Meter emporstieg.

Eisenbahn-Zusammenstoß.

Paris, 8. September. (Breh-Tele.) Auf dem Bahnhof von Salernes fuhr heute ein Personenzug infolge falscher Weichenstellung auf einen Güterzug auf. 20 Personen wurden verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Demokratie und Disziplin.

Eine Entgegnung. Von Eduard David.

Meine in der heftigen Parteipresse erschienenen Aufsätze über das Verhältnis von Demokratie und Disziplin haben den „Vorwärts“ zu heftigen Gegenartikeln Anlaß gegeben. Da sie voller beleidigender Unterstellungen und verzerrter Schlussfolgerungen sind, so sehe ich mich zu folgenden Abwehrbemerkungen genötigt:

1. Als Einleitung zu seiner Polemik leistet sich der Verfasser der „Vorwärts“-Artikel die Bemerkung, daß ich „mit meinem politischen Verständnis gerade die Zeit wähle, in der Wilhelm II. die bürgerlichen Parteien zum gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie aufruft, um der Partei anzuraten, ihre Geschlossenheit zu lockern und die Einheitsfront ihres Handelns erschüttern zu lassen.“

Durch diese Methode, die gegenständlichen Anschauungen eines Parteigenossen dadurch zu bekämpfen, daß man ihm parteischädigende Motive unterstellt, charakterisiert mein Gegner von vornherein die Art seiner Kampfweise. Ich kann nur im Interesse des Ansehens unserer gemeinsamen Sache bedauern, daß dieses niedrige Verfahren im Zentralorgan der Partei beliebt wird. Auf den Anwurf sachlich eingegangen, erwidert sich:

2. Ich fühle in meinen Artikeln aus, eine Demokratie, die zum Mittel der absolutistischen Disziplin ihre Zustucht nehme, das heißt zu einer Disziplin, die das selbständige Denken und selbstverantwortliche Handeln der Einzelglieder ausschaltet, sei die schlimmste Feindin einer wirklichen Demokratie. Wollte die Sozialdemokratie diese Art Disziplin proklamieren, so könnte das nur geschehen durch ihre Umwandlung zu einer Sozialdespotie.

Mein Gegner rät mir, das Fremdwort zu verdeutschen und empfiehlt mir, dafür zu sagen: „Massenherrschaft“ — „das Lieblingswort des Herrn von Bethmann Hollweg, wenn er die Forderung des gleichen Wahlrechts, das diese Gefahr der „Sozialdespotie“ heraufbeschwöre, abwiesen will.“

Durch diese geistvolle Zusammenfassung mit Herrn von Bethmann Hollweg bin ich natürlich ebenso gründlich widerlegt wie persönlich gerächt. Nur möchte ich mir noch ganz bescheiden zu bemerken erlauben, daß es doch wohl nicht angeht, „Sozialdespotie“ mit „Massenherrschaft“ zu übersetzen, weil sich das ja mit „Sozialdemokratie“ decken würde. Sozialdespotie bedeutet eben eine un-demokratische Form der Massenherrschaft; ein anderer Ausdruck dafür wäre Massentyrannie. Diese aber muß ein guter Demokrat ebenso entschieden betreiben wie jede andere Form der Tyrannie.

3. In der Breslauer Agrarresolution wird erklärt, die Landeskultur sei „ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats“. Und diese Erklärung richtet sich gegen die im Agrarprogrammuntersuchung verlangte Förderung landes-kultureller Unternehmungen; sie bildet einen der Gründe, weshalb das Agrarprogramm abgelehnt werden sollte und abgelehnt wurde.

Der Genosse im „Vorwärts“ erklärt nun, gestützt auf Kautsky, damit sei die Bewilligung von Mitteln zur Hebung für die Förderung der Landeskultur keineswegs verboten worden. Gilt das, dann wäre das abgelehnte Agrarprogramm ja nun nachträglich auf dem einfachsten Wege in einem sehr wichtigen Teil seiner Forderungen zur Annahme gebracht. Es geht doch nichts über die Kunst der Interpretation! — Bleibt nur die Preisfrage: War um eigentlich steht jene die Landeskultur als Ausbeuterinteresse deklarierende Wendung in der Resolution?

4. Hinsichtlich der beiden anderen von mir erwähnten Fälle eigenmächtiger Hinwegführung über Parteitagbeschlüsse (St. Gallen und Münchener Stichwahlenbeschlüsse) bemerkt mein Gegner, daß sei durch die führenden Genossen geschehen im Bewußtsein, damit den „Gesamtwillen der Partei richtig zu interpretieren“, und er stellt die Frage an mich: „Will Genosse David behaupten, daß die badischen Genossen in demselben Bewußtsein, den Willen der Gesamtpartei auszuführen, das Budget bewilligten?“

Darauf antworte ich: Nicht das Bewußtsein, den Gesamtwillen richtig zu interpretieren, rechtfertigte jene Verletzung von Klaren, gar keine gegenteilige Interpretation zulassenden Dokumentierungen des Gesamtwillens. Gerechtfertigt wurden sie nur durch das Bewußtsein, dem durch Parteitagbeschlüsse dokumentierten Gesamtwillen entgegenhandeln zu müssen, weil dies das höhere Interesse der Bewegung heißt. Das war das Entscheidende, und darauf gründete sich dann erst die Hoffnung, nach-

träglich die Zustimmung des Parteitags zu dem formalen Disziplinbruch — denn das war es auf jeden Fall — zu erlangen.

Daß der innere Vorgang sich so und nicht anders abspielte, dafür berufe ich mich auf den intellektuellen Urheber des Disziplinbruchs im Jahre 1903, den Genossen Vebel. Er erzählte auf dem Dresdener Parteitag über die Vorstandssitzung vor der Stichwahl, bei der in vielen Kreisen Konserervative gegen freisinnige Vereinter standen, folgendes:

„Ich war es, der im Vorstand die Sache zur Sprache brachte und fragte: wie verhalten wir uns? Nach der Münchener Resolution hätten wir dem kleineren Hebel die Unterstützung versagen müssen. Damit hätten wir es darauf ankommen lassen müssen, daß das größere Hebel, das nach jeder Richtung hin schlimmer ist, gewählt wird. Auf der einen Seite war der Münchener Beschluß, auf der anderen Seite war ein schwerer Schaden für die Partei. Was sollten wir machen?“

So stand also die Alternative vor dem inneren Auge der Beteiligten. Und da beschloß man — die Disziplin zu brechen, um etwas zu vermeiden, was man als einen schweren Schaden für die Partei ansah. Und es ist sehr charakteristisch, wie sich das in der Sache gute Gewissen Vebels mit der Frage abgab, was der Parteitag zu dieser Verletzung der Disziplin sagen werde: „Sollten dann darüber Beschwerden laut werden“, so erzählt er weiter, „so nahmen wir an (1), würde der Parteitag sagen: Ihr habt gesündigt, aber eure Sünde hat der Partei zum Vorteil gereicht; wir wollen euch vergeben.“

Der Parteitagabericht verzeichnet „Heiterkeit“ hinter dieser humoristisch gefärbten Behandlung der Indemnitätsfrage. Und mit Heiterkeit kann man es auch nur aufnehmen, wenn angeht solcher Vorgänge die „Wiener Arbeiterzeitung“ (Genosse Adolf Braun?) die Disziplin als „das große Gesamtgesetz der Demokratie“ und der „Vorwärts“ das mit Weisfall akzeptiert. — Rein, das große Grundgesetz der Demokratie ist, bei jeder Handlung das Interesse der Sache im Auge zu haben, und wenn es die innere Ueberzeugung gebietet, im Interesse der Sache auch die formale Disziplin zu brechen. So handelte der „Disziplinbrecher“ Vebel im Jahre 1903, und er handelte so als guter Demokrat.

Von diesem obersten Gesichtspunkt aus muß auch die Frage des badischen „Disziplinbruchs“ beurteilt werden, wenn anders wir keine Schein-demokraten, sondern wirkliche Demokraten sein wollen. Das Bewußtsein, im Interesse unserer Sache so und nicht anders handeln zu müssen — trotz eines entgegenstehenden Parteitagsbeschlusses —, das ist es, was meiner festen Ueberzeugung nach auch unsere badischen Genossen leitete. Und deshalb wandte ich mich scharf gegen den Versuch, diese ganze Sache unter den Gesichtspunkt der Heiligkeit der Disziplin zu rücken. Genau mit demselben Recht wie die „Disziplinbrecher“ in den oben-erwähnten Fällen können die badischen Genossen verlangen, daß man auch sie nach dem Motiv und der sachlichen Begründung ihres Handelns ruhig und leidenschaftslos beurteilt und nicht mit dem gornigen Argument: Disziplinbruch! anspricht und abstut. Letzteres ist von zahlreichen Versammlungen und Presseäußerungen geschehen. Und das ist's, was ich als „Disziplinbruchgeschrei“ bezeichne und in meinen Artikeln in die gebührende Beleuchtung gerückt habe.

Wenn der „Vorwärts“ seiner demokratischen Pflicht genügt haben wird, den Auffass des Genossen Frank-Mannheim in der „Neuen Zeit“, wie er das mit den Kautsky'schen Artikeln getan hat, seinen Lesern ungeklärt zur Kenntnis zu bringen, dann hoffe ich, daß auch viele Berliner Parteigenossen mir in der Beurteilung der sachlichen Beweggründe der badischen Genossen zustimmen werden.

5. Der Verfasser der „Vorwärts“-Artikel tut meine Ausführungen über die Wertung und Entfaltung der Persönlichkeit durch die Demokratie mit einigen billigen Winken ab. Er glaubt das Ideal der Persönlichkeitskultur vernichtend kritisiert zu haben mit dem Hinweis auf die „zahllosen Festreden deutscher Philisterrveranstaltungen, wo stets unsehbar einer aufsteht und begeistert stehend und bellamiert: Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit!“

Leider wird in Deutschland gewöhnlich auf ganz andere Dinge gefestredet als auf das Ideal der Persönlichkeit. Mit Loften darauf sind unter einem konservativ-herkolen Regiment weder Geschäfte zu machen, noch Kemter und Ehren zu erlangen. Die wenigen bürgerlichen Ideologen aber, die so „unpraktische“ Ideale öffentlich feiern, verdienen wahrhaft nicht wegen des Gegen-

standes ihrer Begeisterung Spott, sondern allenfalls deswegen, weil sie nicht entschlossen daran mitarbeiten, die wirtschaftlichen und politischen Hemmnisse zu beseitigen, die der Verwirklichung des gefeierten Ideals für 99 Proz. der Menschen im Wege stehen.

Die Sozialdemokratie ist weit davon entfernt, das Ideal der Persönlichkeitskultur zu verwerfen. In ihm gipfelt vielmehr ihr eigenes höchstes Streben. Nach ihrem Programm will sie Zustände schaffen, die „die allseitige harmonische Entwicklung aller Menschen ohne Unterschied des Geschlechts und der Rasse ermöglichen. Sie möchte, daß wäre die Proklamierung der höchsten „Persönlichkeitskultur“ für alle. Stimmt das, so darf die Sozialdemokratie sich aber auch keiner Mittel und Methoden bedienen, die die innere Kultur der Persönlichkeit in der Wurzel treffen. Das würde sie aber tun, wenn sie Disziplin im absolutistischen Sinne ihren Mitgliedern aufzwingen wollte.

6. Als logische Konsequenz meiner Anschauungen verkündet der Genosse im „Vorwärts“ folgendes: „Die Demokratie, wie sie Genosse David versteht, bedeutet auf der einen Seite den Absolutismus der Parlamentarier, der auf der anderen Seite notwendigerweise nur ein bewirktes wäre, die Anarchie innerhalb der Partei. Es ist das alte Ideal der französischen „unabhängigen Sozialisten“, die auch nur die Verantwortung vor ihrem Gewissen und vor ihrem Wahlkreis anerkennen wollen, zu dem Genosse David flüchten muß, um den badischen Disziplinbruch zu rechtfertigen.“

Die Gleichsetzung meiner Auffassung mit derjenigen der unabhängigen Sozialisten in Frankreich ist eine grobe Entstellung. Ich bezeichne in meinem zweiten Artikel ausdrücklich die organisierte Parteigenossenschaft des bestreiffenden Landes als die beaufschlagende Instanz für die Landtagsfraktion. Ist das für die Abgeordneten dasselbe wie „nur die Verantwortung vor ihrem Gewissen und vor ihrem Wahlkreis?“ — Heißt das dem „Absolutismus der Parlamentarier“ und der „Anarchie in der Partei“ das Wort reden?

Oder ist es die Meinung des „Vorwärts“, die organisierten Parteigenossen der Einzelstaaten seien nicht befähigt, die Haltung ihrer Vertreter in den Landesparlamenten zu beaufsichtigen und zu beurteilen? Es scheint fast so. Dementgegen beharre ich allerdings auf der feyerlichen Meinung, daß der betreffende Landesparteitag die einzige vom demokratischen Standpunkt aus anzuerkennende kontrollierende und richtende Instanz ist. Denn sie allein steht sich aus Genossen zusammen, die das Wirken der Landtagsabgeordneten laufend verfolgen, die alle für die landespolitische Situation in Betracht kommenden Verhältnisse, Kräfte und Personen genauer kennen.

Es ist ein durchaus un-demokratisches Gerichtsverfahren, eine Sache Nichtern zur Aburteilung zu überweisen, die in ihrer überwiegenden Mehrheit nur aus der Ferne durch eine überaus kümmerliche Information über die Angelegenheit orientiert sind. Und noch un-demokratischer ist es, wenn solche Nichter auf Grund ihrer durchaus mangelhaften und einseitigen Information ihr Urteil schon vorher öffentlich abgeben, um dann als Beauftragte von lokalen Vorgerichten und durch deren Beschlüsse im voraus festgelegt zum Reichsparteitag zu erscheinen. Das ist meiner Meinung nach, ich wiederhole das: ein Schand auf alle Demokratie!

Warum die Budgetabstimmung in den Landtagen meiner Ueberzeugung nach nicht eine prinzipielle, sondern eine taktische Frage ist und in die Kompetenz der Landesparteitage fällt, will ich hier nicht nochmals entwickeln. Daß damit die Gesamtvertretung der Partei nicht „abzutreten“ hätte, wie mein Gegner phantasiert, braucht wohl nicht ernsthaft bewiesen zu werden. Es bleibt wahrhaftig noch genug Gemeinames, was Nord und Süd, Ost und West aneinanderbindet und was naturgemäß der Gesamtvertretung zuzulaut. Die Angst, die Partei könnte auseinanderfahren, wenn man den Landesinstanzen die einzelstaatliche Budgetfrage überläßt, ist einfach kindisch.

Die Ueberweisung der Budgetfrage an die Landesinstanzen würde die Einheit der Partei nicht erschüttern; sie würde sie festigen. Denn sie würde endlich den periodischen inneren Erschütterungen und Verbitterungen ein Ende machen, die der Partei aus dieser leidigen Sache seit anderthalb Jahrzehnten erwachsen sind.

Aus der Ueberzeugung heraus, daß dies der einzige Weg zu einer sachgemäßen und verbindlichen Regelung der Streitfrage ist, ist der Beschluß der heftigen Landeskonferenz gefaßt worden. Diesen zu rechtfertigen und damit der

Kleines feuilleton.

Die Südpol-Expedition hat eine vorbereitende Reise nach dem Nordpol zu (Spitzbergen) unternommen, um sowohl in diesem verhältnismäßig rasch erreichbaren Gebiete die Expeditionsteilnehmer mit den Eisverhältnissen bekanntzumachen, als auch praktische Erfahrungen mit einer möglichst zweckmäßigen Ausrüstung zu sammeln. Die Expedition ist nach einer sehr anstrengenden Durchquerung Spitzbergens jetzt nach Deutschland zurückgekehrt. Sie bestand aus sechs Mitgliedern, dem Leiter, Oberleutnant Wilhelm Fildner, ferner dem Geographen Dr. Seelheim, dem Geologen Dr. Philipp, dem Astronomen Dr. Brühl, dem Meteorologen Dr. Barlow und dem Arzt Dr. Potpechnigg. Als Transportmittel für wissenschaftliche Instrumente, Zelte, Schlafsäcke, Proviant, Waffen usw. kamen nur Schlitten in Betracht, und zwar wurden Ransen schlitten benutzt, unter deren Diabornholz-Rufen noch besonders, in wenigen Minuten auf- und abzumontierende, verhältnismäßig leichte Stahlschlitten angebracht waren; sie haben ausgezeichnete Dienste geleistet und den auf sie gesetzten Erwartungen entsprochen. Die Größenverhältnisse waren bei beiden Schlitten: 3,60 Meter Länge, fünfzig Zentimeter Breite und fünfzehn Zentimeter Höhe. Die Schlitten konnten im Notfalle (der wirklich eintrat), auch von den Expeditionsteilnehmern selbst gezogen werden. Um die Elastizität zu erhöhen und Brechen und Splittern des Holzes möglichst zu verhindern, waren beim Zusammenlegen der einzelnen Schlittenteile alle Schrauben, Nägel und Riemen vermieden. Nur Drahtumwicklungen und Verschnürungen aus Schweinslederriemen hielten Klauen, Stützen und Obergestell zusammen. Wie wertvoll das war, zeigte sich jedesmal bei schwierigerem, unebenem Gelände, wie Bächen und Wasserlöchern an der Oberfläche des Eises, bei den zahllosen Spalten, die überschritten werden mußten, beim Uebergang über Moränen usw., wo die bei der schweren Belastung wuchtigen Stöße wie durch Puffer und Federn abgefedert wurden.

„Israelitische Abstammung herrschender Monarchen.“ Der „Vossischen Zeitung“ hat ein gewisser (oder eine gewisse) E. E. L. einen wunderschönen kleinen Artikel verschickt, in dem daran erinnert wird, daß die schwedische Königsfamilie (durch die französische Bernadottes) von Juden abstammt und daß Englands Pfäzistenfamilie ihren Stammbaum in direkter Linie vom Harfen-spieler und -sänger König David herleitet, weshalb der gegenwärtige Kronprinz von England auf Wunsch seiner Großmutter mütterlicherseits den Vornamen David erhielt, wie denn auch Eduard VII. unter anderen den Vornamen David führte. Die alte Viktoria soll auf ihren jüdischen Urhahnen geradezu stolz gewesen sein, und man sagt, daß die derzeitige Königin (Marie) den seligen König heiratete, trotz ihrer deutschen Herkunft und trotzdem ihr keine jüdische Abstammung von vornherein bekannt war!

E. E. L.'s „Untersuchungen“ sind sehr nett, aber zum Teil unvorsichtig, zum Teil lüdenhaft; denn da bekanntlich in das Blut der Herrscherhäuser all die Jahrhunderte hindurch in unkontrollierbarer Weise hineingemantelt worden ist, so kann man nicht wissen, ob nicht aus der englischen, der schwedischen Königsfamilie usw. schon längst der letzte jüdische Blutstropfen hinausgeschwemmt ist. Andererseits — wer bürgt dafür, daß in die von E. E. L. nicht aufgeführten Königsfamilien im Laufe der Zeit irgendwem, irgendwo, irgendwie nicht mal Judenblut hineingeschwemmt ist? Denn da lassen die Dokumente und Familienpapiere den Forscher gänzlich im Stich.

Ein Freidenker-WaisenhauS. Von einem Besuch im Präfekter Orphelinat Rationaliste (Freidenker-WaisenhauS), einer Schöpfung Adolphe DelueS, eines Pfäzlings des zweiten Kaiserreichs (Ehren-präsident der Anstalt ist Genosse Hector Denis), gibt Rachel Davignon im „Peuple“ eine anziehende Schilderung. In grüner Umgebung wachsen da 70 Knaben und Mädchen auf, freundlich ge-leidet, frei von Zwang, in Lebensfreude und Lebendigkeit. Ihr Unterricht ist aufgebaut auf Beobachtung und Arbeit. Grund-lag des Lernens ist die stufenweise Entwicklung auf der Basis der Erfahrung. Praktische Arbeit wird in Werkstätten (Tischlerei, Schneiderei, Wäscherei usw.) geübt. Turnunterricht und Gesang spielen eine wichtige Rolle. Religion wird gelehrt als eine wichtige, im Entwicklungsstadium der Menschheit notwendige geistige Um-gewebung, die nun aber überwunden ist. 1891 sprach Delue das Programm folgendermaßen aus: „Unser WaisenhauS wird auf der Grundlage der Vernunft ruhen. Die Moral wird dort begründet werden auf der unabweichlichen Macht der Naturgesetze und der ausgedehnten Nächstenliebe. Was wir zu bilden und vor-setzen, sind Bräder, Menschen, Bürger.“

Die Misch im Kinematographen. Die Art, wie in Amerika der Kinematograph für wissenschaftliche Zwecke und für die VolkS-aufklärung verwandt wird, ist höchst bezeichnend, wie ein Beispiel lehrt, das im Journal der Amerikanischen Medizinischen Vereinigung erwähnt wird. Es handelt sich um eine kinematographische Vorführung zur Veranschaulichung der Gefahren unreiner Milch. Die Pioniere der Kamera haben zu diesem Zweck Meiereien auf-gekauft, die ihnen wahrcheinlich ihre Porten nicht geöffnet haben würden, wenn sie die Enthüllungen hätten voraussehen können, die von den Photographen beabsichtigt wurden. Die erste Szene des SchauStücks führt den Sohn eines alimodischen, auf die Batterien mit Verachtung herabsehenden Farmers ein, der gerade mit seiner Frau und seinem kleinen Kinde in die alte Heimat zurückkehrt. Die schmutzigen Kuhställe und die offenen, für Staub und Fliegen zugänglichen Mistabehälter werden getreulich zur Darstellung ge-bracht. Der Sohn, der etwas von der Hygiene gelernt hat, erhebt leidenschaftlich Einspruch gegen diesen Zustand, stößt aber auf den unüberwindlichen Widerstand des alten Farmers, worauf das junge Paar alsbald seine Koffer wieder packt und den alten Großvater totenend an dem leeren Kinderwagen seines Enkels zurückläßt. Die

zweite Szene spielt in einer Stadt. Das früher so glückliche Heim des Ehepaars ist durch eine Krankheit des kleinen Kindes verödetet. Der Hausarzt schüttelt den Kopf und zeigt auf die Milchstöße, die er als Ursache der Krankheit anlag. Der Sohn schreibt in seiner Angst an seinen Vater, der eilends angereist kommt und zu seiner VerStärkung findet, daß die schlechte Milch von seiner eigenen Farm stammt! Das Ganze führt selbstverständlich zu einem glück-lichen Ende: der Enkel wird gesund, und der Großvater läßt, wie im letzten Bilde gezeigt wird, seine Kuhställe und sämtliche dazu gehörigen Vorrichtungen nach den Geboten der Hygiene einrichten. — Die Amerikaner können zum mindesten geltend machen, daß solche Vorführungen mehr Nutzen stiften als das meiste, was in unseren Großstädten in dergleichen Theatern zu sehen ist.

Notizen.

— Die zwanzig größten Städte. Nach den neuesten Statistiken der verschiedenen Länder ergibt sich für die zwanzig größten Städte der Welt folgende Reihe. An erster Stelle steht London mit 7 450 000 Einwohnern, darauf folgt New York mit über 4 500 000. Hieran schließen sich Paris mit 2 745 000, Chicago mit 2 166 000 Bewohnern. Berlin kommt mit 2 108 000 Menschen erst an fünfter Stelle (würde aber mit seinen Vororten die dritte einnehmen). Daran reißen sich Wien mit 2 031 000, St. Petersburg mit 1 550 000, Philadelphia mit 1 533 000, Moskau mit 1 412 000, Buenos Aires mit 1 147 000 Einwohnern. Von den Großstädten, deren Bevölkerung die Million nicht erreicht, steht Kalkutta mit 993 000 voran. Darauf folgen Bombay mit 978 000, Birmingham mit 875 000, Hamburg mit 869 000, Glasgow mit 860 000, Madagaskar mit 812 000, Liverpool mit 763 000, Kairo mit 698 000, Manchesters mit 649 000 und Rio de Janeiro mit 636 000 Bewohnern.

— Eine Papier-Kolonie. Das größte Zellungs-Unter-nehmen Europas, die „Amalgamated Pech“, die etwa vierzig Zeitungen und Magazine in England herausgibt, darunter „Daily Mail“ und „Daily Mirror“, hat vor nicht langer Zeit mit einem Stammkapital von 24 Millionen Mark eine riesenhafte Papierfabrik-anlage auf der waldbreichen Insel Tecanoba im Norden Amerikas begründet, um ihre eigener Papierlieferung zu sein. Sie hat 800 000 Hektar Wald erworben und hydraulische Papiermählen mit 30 000 Pferdekraften aufgestellt, die demnächst auf 80 000 erhöht werden sollen. Zweitausend Tonnenn Papier, genügend um vierzig Millionen Exemplare einer zwölftägigen Zeitung darauf zu drucken, sind längst als erste Ladung nach London abgegangen. Amerika-nischem Brauch gemäß ist bei der gewaltigen Fabrikanlage im Ru eine kleine Stadt entstanden, die bereits 3000 Kolonisten zählt. Das Fällen der Bäume besorgen die auf der Insel ansässigen Kabeleinsamler den Winter über, während die Züchtereien des Eises wegen ruht.

gemeinsamen Sache nach bestem Wissen und Gewissen zu dienen, war der Zweck meiner Artikel.

Darum treffen mich auch Bemerkungen meiner Gegner, wie die folgenden, nicht: „verbissene Wit“ hätte mich auf den Plan gerufen; — ich wolle als „ein Fraktionsführer innerhalb der Partei, die Revisionisten scharf machen“; — ich argumentiere so, „um die süddeutschen Genossen gegen die norddeutschen in unbestimmter Weise aufzuheben“; — ich unternehme den Versuch, „die Förderung der Einhaltung der Disziplin als „preussische Eigenart“ den süddeutschen Genossen zu denunzieren“; — meine Polemik drohe, „einen ernsthaften und sachlichen Meinungsstreit durch Appell an landsmannschaftliche Instinkte und fraktionelle Sonderinteressen zu vergiften“. Solche Äußerungen und beleidigenden Unterstellungen können mich in dem, was ich zu tun für meine Pflicht halte, nicht beirren. Ich glaube aber auch nicht, daß sie dem Verfasser der „Vorwärts“-Artikel zur Ehre gereichen oder daß sie das leichte Gewicht seiner Argumente erhöhen.

Soweit Genosse David. Wir begnügen uns mit folgenden kurzen Feststellungen: Die Behauptung, die Genosse David im Eingang seines Artikels aufstellt, ist unrichtig. Es ist uns nicht eingefallen, ihm „partei-schädigende Motive“ unterzuschreiben. Unsere Bemerkungen richteten sich gegen seinen politischen Takt, der ihn gerade in einer Zeit eine unserer Meinungen überflüssige Polemik heraufzubeschwören erlaubt, in der die Protestaktion gegen das persönliche Regiment alles andere in den Hintergrund drängen mußte.

Dann nötigt uns die Frage nach dem Verfasser der Artikel in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ zu der Bemerkung, daß die Uebersetzung des verächtlichen Zeugniszwangsverfahrens aus dem Gebiete der preussischen Justiz auf das der Parteipolemik kaum Anfang finden wird. Da Genosse David aber so leicht eine Verdächtigung seiner Motive annimmt, möchten wir ausdrücklich hervorheben, daß Genosse David vielleicht nur die Absicht hatte, die Autorität dieser Artikel zu erhöhen. Denn Genosse Adolf Braun ist nicht nur als Deserter über den Verdacht der Ueberspannung des preussischen Disziplinbegriffes erhaben, er ist auch als langjähriger Redakteur der „Frankfurter Tagespost“ sozusagen gelernter Süddeutscher ebenso wie die Genossen Ad. Müller und Linn. In dieser doppelten Eigenschaft könnte er für seine Artikel gerade bei unseren süddeutschen Genossen besondere Beachtung erwarten. Leider ist Gen. Braun, der zu jener Zeit als Lehrer an der Parteischule in Koblenz wirkte, nicht der Verfasser.

Im übrigen wollen wir Gen. David nicht selbst antworten. Die „Kämpfer Volkszeit.“ veröffentlicht in ihrer Dienstagsnummer als Antwort auf die ersten Artikel Davids einen Artikel, den der Vorstand der Bremer Genossen durch eines seiner Mitglieder ausarbeiten ließ. Dieser prächtige Artikel, der alles sagt, was vom proletarischen Standpunkte zu sagen ist, hat folgenden Wortlaut:

„Nachdem Genosse Dr. David mit seinen beiden Artikeln „Demokratie und Disziplin“ die Diskussion auch in unserer Zeitung eröffnet hat, möchten wir mit aller proletarischen Weisheit und einige Einwendungen erlauben. Es ist ja zunächst für den Leserkreis der „Volkszeitung“, die in einseitigster Weise nur über die Argumente der Freunde der Budgetbewilligung berichtet, recht schwer, sich ein Bild über die Stellungnahme der großen Mehrheit der Genossen im Reich zu machen. Zwar hat die „Volkszeitung“ am 27. Juli den Artikel „Demokratie“ aus dem „Vorwärts“ übernommen, der so ziemlich das gerade Gegenteil der Davidischen Ausführungen enthält, auch dabei erklärt, nicht mit allem darin Befragten einverstanden zu sein, ohne aber die betreffenden Punkte zu betonen. Wenn man nun der Logik der Leser zuneigt, sich selbst das Richtige zu suchen, so finden wir es angebracht, auf die beiden Artikel etwas näher einzugehen. Genosse Dr. David erklärt ja, gleich eingangs zwischen den Zeilen, was ihn veranlaßt, seine Artikel zu schreiben. Die Gewerkschaftsführer, die noch in Nürnberg für die Budgetbewilligung zu haben waren, und die nun, die Konsequenzen revisionistischer Politik vor Augen, zur Beurteilung des Disziplinbegriffes kommen, will er zu seiner eigenartigen Auffassung von Demokratie bekehren. Die Genossen v. Elm, Gne, Wömelburg und besonders der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Begien, der auf einer Konferenz seines Reichstagswahlkreises erklärte: „Er würde aus organisatorischen Gründen einer Resolution zustimmen, die den Ausschluß der Badenser fordert.“ Alle diese Gewerkschaftsführer fühlen und sehen die Notwendigkeit der Unterordnung der Einzelnen unter den Gesamtwillen als einzige Möglichkeit zum erfolgreichen Wirken großer Organisationen, was sich recht augenfällig und wohl noch jedermann in Erinnerung, erst bei der großen diesjährigen Bauarbeiterausperrung zeigte. Nach einer Aufzählung von „Disziplinbrüchen“, von denen der betreffende die Breslauer Agrarresolution jedenfalls ein Hauptverdienst des Genossen David ist, kommt er dahin, zu erklären, daß ein Beschluß irgend einer Parteilinse durchbrochen werden muß, wenn das „höchste Gebot“, Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Emanzipation der Arbeiterklasse, verwirklicht werden kann. Klugerweise vermeidet er, hier an den konkreten Fall heranzugehen, denn von der „Befreiung der Arbeiterklasse“ ist im badischen Budget nichts zu bemerken, vielmehr ist durch die Großblodpolitik den Arbeitern manche Schädigung auf den Hals geladen und unseren Abgeordneten die im Interesse der Arbeiterklasse gebotene Stellungnahme erschwert worden. Wir verweisen nur auf die Ablehnung des Zentrumsantrages auf Herabsetzung der direkten Steuern der Einkommen unter 3000 M. und entsprechende Steigerung der höheren Einkommen. Unsere Genossen in Baden haben um Interesse des Großblods gegen diesen Antrag gestimmt, wohl um eine Schädigung der Arbeiter mit Einkommen über 3000 M. zu vermeiden, und nach unserer unmaßgeblichen Ansicht, das oben angeführte höchste Gebot — verraten.

Es würde zu weit führen, wollte man auf alle Vorkommnisse in Baden eingehen, nur so viel sei gesagt, daß der Artikel des Genossen Dr. Frank alles beschönigte, wie in einer Verteidigungsrede, und die offenkundigen schwachen Stellen mit Schweißen überging.

Wir kämen dann auf die Disziplin zu sprechen, die Genosse Dr. David im Sinne blinder Befolgung gegebener Befehle, als Prinzip des Absolutismus bezeichnet. Wir sind nun weit entfernt, und mit uns die große Mehrzahl der Genossen, die Parteitagbeschlüsse als unabänderliche „Befehle“ anzusehen, deren „blinde Befolgung“ verlangt würde; man braucht sich nur das Zustandekommen dieser Beschlüsse vor Augen zu führen, um die Unhaltbarkeit dieser Fiktion einzusehen. Wenn aber, wie im Falle der Budgetfrage, auf mehreren Parteitagen tagelang der Austausch und Kampf der Meinungen hin- und herwog, und dann mit überwältigender Mehrheit ein Beschluß zustande kommt, so hat dieser nichts Absolutistisches mehr an sich, sondern er ist von freien und Gleichen beraten und beschlossen, für jeden, der dieser Gemeinschaft freier und Gleicher angehören will, bindend. Wo ist denn der Zwang, den Genosse David, der von Untergeordneten und Uebergeordneten spricht und den er in seiner klaren Sprache als „Kadavergehorfam“ bezeichnet, zu entdecken? Einem jeden, dem die Forderungen und Ziele der Partei am Herzen liegen, steht der Zutritt offen, und niemand, der erlaunt hat, daß die Partei etwas anderes will, als er glaube bei ihr zu finden, ist gehalten, ihr auch nur einen Tag länger anzugehören.

Im zweiten Artikel mahnt Genosse David zu größerer Vorsicht beim Fassen allgemeiner Beschlüsse und betont, daß die Fassung von Parteitagsresolutionen mit schnellfertiger Oberflächlichkeit betrieben werde. Da nun der Antrag David, der heftigen Landeskonferenz, in dem die Budgetbewilligung gegen eine beträcht-

liche Minderheit als Frage der Taktik bezeichnet wurde, weniger oberflächlich begründet und diskutiert wurde, darüber haben schon eine große Anzahl der Genossen im Lande ihr Urteil dahin abgegeben, daß sie nach wie vor die Beschlüsse der Parteitage von Lübeck und Nürnberg als bindend ansehen. Siehe die Stellungnahme der Wiesener Genossen, deren einziger Vertreter wohl Genosse David war. Hiermit ist auch schon der Versuch, die Autonomie der Kreise oder Landesorganisationen einzuführen und diese als letzte entscheidende Instanz auszurufen, mißglückt, denn die Wiesener Genossen haben, in arger Verkennung des neuesten Disziplinbegriffes, sich dem Beschlusse der Landeskonferenz nicht gefügt. Das Schlagwort „Selbstverwaltung“ muß dazu herhalten, die „Wertung und Entfaltung der Persönlichkeit“ als „Prinzip der Demokratie“ zu bezeichnen. Wohin dieses neue Prinzip und die Autonomie der Kreise führt, haben wir in Italien und Frankreich reichlich Gelegenheit zu beobachten. Die Zersplitterung der Partei, Auseinanderstreben und letzten Endes Kirchturns- und Wahlkreispolitik in Verbindung mit dem Bruderkampf der als Proletarier zusammengehörigen Arbeiterklasse, sind die traurigen Folgen der Wahlkreisautonomie und Persönlichkeitskultur der bürgerlichen reformistischen Führer, die zunächst auch nur das Beste für die Arbeiter wollten, aber als Minister der Bourgeoisregierung und Gegner der Arbeiterklasse endeten.

Zur Frage der Budgetbewilligung selbst wird betont, daß nur die „genaueste Kenntnis aller in Betracht kommenden Verhältnisse und Faktoren“ die Möglichkeit der Entscheidung geben; diese Kenntnis wird dann den norddeutschen Genossen kurzerhand abgeprochen. Die „unersaheren Norddeutschen“ wollen die „erfahrenen Süddeutschen“ führen. Abgesehen davon, daß man mit solchen Argumenten nur die bedauerliche partilaxistische Zerrissenheit, die für uns als Arbeiter gar nicht existieren dürfte, fördert, erlangt diese Beweisführung auch der sachlichen Wahrheit. Was zunächst die Kenntnisse der Verhältnisse betrifft, so sind die Norddeutschen durchweg durch ihre Parteipresse prinzipieller und objektiver unterrichtet als die Süddeutschen; ferner ist der künstlich scharf hervor-geleitete Gegensatz zwischen Norddeutschen und Süddeutschen gar nicht zu bezweifeln, denn gerade in der Budgetfrage haben wir gesehen, daß eine große Zahl Norddeutscher für die mildere Auslegung zu haben war, und umgekehrt eine ganze Anzahl Süddeutscher Gegner jeder Budgetbewilligung waren. Ebenso haben in fast allen Süddeutschen Kreisen beträchtliche Minderheiten ihre Stimmen anderen Genossen zugewandt, ohne es möglich machen zu können, daß auch ihre Ansicht vertreten war.

Genosse Dr. David nennt dann die Entscheidung der Parteitage, weil sie von einer angeblich kenntnislosen Mehrheit erfolgt, einen „Hohn auf alle Demokratie“. Wenn aber Demokratie, die man bis heute noch als „Volksheerrschafft“ übergehe, auch ihren Sinn und Inhalt behalten soll, so muß notwendigerweise der Mehrheit und nicht den Einzelnen die Entscheidung überlassen bleiben. Und da Demokratie Volksherrschaft ist, so müßte für jeden ihrer Anhänger jeder Gedanke an die lächerliche Gogängerei der badischen Genossen, die wahrscheinlich auch auf diese Art die „Befreiung der Arbeiterklasse“ bewirken wollen, ausgeschlossen sein. Warum Genosse David auf diese Seite der Frage nicht eingeht, ist nicht recht ersichtlich. Womit wollte man nach alledem noch von der herrschenden Klasse Rücksichten auf Massenwünsche abtrotzen, sie werden sich stets auf ihre bessere Einsicht und Kenntnis der Verhältnisse berufen, z. B.: Beim Weistätigungsrecht sagt man der Wählermasse, „auch fehlt die genaueste Kenntnis aller in Betracht kommenden Faktoren“, und mit unserer eigenen Begründung brächte man uns unser Recht. Man sieht, unsere gesamten Waffen zur Befreiung der Arbeiterklasse, Protestversammlungen, Straßen-demonstrationen und Massenstreik einschließlich Parlamentarismus werden stumpf und unbrauchbar, wenn unsere Gegner sich die Davidische Begründung genauester Kenntnis zu eigen machen.

Wir kommen zum Schluß: Uns erscheint als Zweck der Artikel das sogenannte „Disziplinbruchsgeheiß“, durch das „Kadavergehorfamsgeschei“ zu überwinden, um auf diese Weise die irregehenden Wabensern den Rücken zu stärken und zugleich die abweichenden Gewerkschaftsführer wieder zu Mitkämpfern gegen die Einheit der Partei heranzuziehen. Wenn Genosse Dr. David die Demokratie, wie sie seither in der Partei angelegt wurde, als Sozialdespotie bezeichnen zu müssen glaubt, so geht aus seinen Artikeln hervor, daß sein Ideal demokratischer Persönlichkeitskultur, zur Autokratie, zur Herrschaft der Führer hinneigt, die, nach berühmtem Muster als „Instrument des Herrn“ ohne Rücksicht auf Meinungen und Uebersetzungen der Masse ihren Weg gehen.“

Achter Internationaler Genossenschaftstag in Hamburg.

Zu dem Bericht über den am Mittwoch geschlossenen Genossenschaftstag tragen wir noch den Wortlaut folgender vom Kongreß angenommenen Erklärung über die Konsumgenossenschaften nach:

„Die Konsumgenossenschaften, die außer den eigentlichen Konsumvereinen auch die Wohn- und Baugenossenschaften umfassen, haben in den kapitalistisch entwickelten Ländern von allen Genossenschaftsarten die größte Bedeutung für die Wahrnehmung der Interessen der Arbeit in der Volkswirtschaft, und zwar sowohl wegen des unmittelbaren großen praktischen Nutzens, den sie für die Mitglieder im Besonderen haben, als insbesondere auch wegen der ihnen zugrunde liegenden Wirtschaftsprinzipien, durch deren allgemeine Ausbreitung und Anwendung die Umbildung des kapitalistischen Wirtschaftssystems befördert wird.“

Die Konsumvereine bezwecken, ihre Mitglieder bei dem Einkauf und der Beschaffung von Gütern aller Art vor jeglicher Ueberschuldung dadurch zu schützen:

- a) daß sie ihnen die Güter in guten, teuren Qualitäten liefern,
- b) daß sie den Profit des Unternehmers, der die Güter zum Verkauf bringt, nach Möglichkeit eliminieren.

Die Voraussetzung für die Erreichung dieser Zwecke ist, daß eine möglichst große Anzahl von Konsumenten ihren Bedarf in möglichst weitem Umfange von der Konsumgenossenschaft bezieht. In dem Maße, als die Konsumenten sich zu Konsumgenossenschaften zusammenschließen, wird eine Organisation der Kaufkraft des Arbeitseinkommens geschaffen, die die arbeitenden Klassen in den Stand setzt, in weitem Umfange auch ihre Arbeit selbst genossenschaftlich zu organisieren und sich in eigenen Produktionsbetrieben zu beschäftigen.

Die durch die Konsumgenossenschaften herbeigeführte Organisation der Kaufkraft kann erfahrungsgemäß nur dann mit dauerndem Erfolge durchgeführt werden, wenn an den Grundrissen der demokratischen Selbstverwaltung, der Bargahlung, der unbeschränkten Mitgliederzahl, der Anknüpfung der Bezugswerte an die ortsüblichen Tagespreise und der Rückvergütung des infolge dieser Praxis entstehenden Ueberschusses nach Maßgabe des Bezuges festgehalten wird. Im weiteren ist ihnen zu empfehlen, auf die Anknüpfung eines unbegrenzt anwachsenden und unteilbaren Genossenschaftsvermögens Bedacht zu nehmen und den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Erparnisse in der Genossenschaft anzulegen. Außerdem hat der Konsumverein die Mitglieder mit seinen Grundsätzen vertraut zu machen und sie zu genossenschaftlicher Treue zu erziehen. Jede Konsumgenossenschaft hat ihr Wirkungsgebiet zu begrenzen und dasjenige anderer Konsumvereine zu respektieren. Eine Konkurrenz zwischen Konsumvereinen widerspricht ihrem Wesen als Organisationen, die nicht Erwerbszwecke verfolgen, sondern wirtschaftliche Funktionen für einen bestimmten, territorial begrenzten Kreis von Konsumenten erfüllen sollen.

Die von den Konsumgenossenschaften gebildeten Verbände zum Großverkauf und zur Produktion von Massenartikeln, die Großverkaufsgesellschaften, sind nicht nur geeignet, die Wirksamkeit und Ausbreitung des Konsumvereinswesens in nachhaltiger Weise zu unterstützen, sondern auch die konsumgenossenschaftlichen Grundzüge auf dem Gebiete der Volks- und Weltwirtschaft erfolgreich zur An-

wendung zu bringen. Sie sind imstande, auf einer großen Anzahl von Produktionsgebieten die Arbeit genossenschaftlich zu organisieren und produktive Arbeiterbetriebe ins Leben zu rufen.

Die teils neben den Großverkaufsgesellschaften entstandenen, teils in organischer Verbindung mit ihnen wirkenden Konsumgenossenschaftsverbände dienen zur Wahrnehmung und Vertretung der Rechte der Konsumvereine, zur Abwehr aller gegenwärtigen Angriffe, zum Ausbau und zur Verwirklichung der genossenschaftlichen Arbeitsmethoden und zur Pflege und Organisation des genossenschaftlichen Erziehungs- und Bildungswesens.

Durch die Entwicklung ihrer kommerziellen und produktiven Betriebe gelangen die Genossenschaften aller Art dazu, in wachsendem Umfang Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es ist ihre Pflicht, den Angestellten und Arbeitern, die in ihren Diensten stehen, vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren sowie deren Realisationsrecht rückhaltlos anzuerkennen. Insbesondere ist ihnen der Abschluß von besonderen Tarifverträgen mit den Gewerkschaften zu empfehlen, soweit nicht allgemeine Tarife zwischen diesen Gewerkschaften und den Unternehmern vorliegen. Wo solche allgemeinen Tarife vorhanden sind, sind sie von den Genossenschaften anzuerkennen und die Durchführung derselben zu unterstützen.

Die Genossenschaften erwarten andererseits, daß die von ihnen geschaffenen vorbildlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch eine gleichwertige Arbeitsleistung und musterzügliche Pflichterfüllung gerechtfertigt werden.

Die Genossenschaftsverbände und einzelnen Genossenschaften haben sich zur Fortbildung der genossenschaftlichen Theorie und Praxis dem Internationalen Genossenschaftsbund anzuschließen. Mit dem Zusammenschluß der Genossenschaftsbewegung der ganzen Welt zu einer großen internationalen Organisation schafft sie sich in allen ihren Verzweigungen einen unerschöpflichen Mittelpunkt, wodurch die Gemeinschaftlichkeit ihrer Interessen zum Ausdruck gebracht und dadurch ferner auf die genossenschaftliche Entwicklung selbst anregend und befruchtend eingewirkt wird.

Die Vereinigung aller Genossenschaften zu einem internationalen Genossenschaftsbund bildet auch ein wertvolles Gegengewicht gegen die vielen Differenzen unter den verschiedenen Völkern. Sie führt zu einer allgemeinen Verständigung der Völker auf Grundlage der Gleichberechtigung und Solidarität und dient insofern auch dem hohen schönen Ziele, die Kulturmenschenheit für einen allgemeinen Weltfrieden reif zu machen.“

Internationaler Holzarbeiter-Kongreß.

Kopenhagen, 7. September 1910.

Die Kommission, die über die Streitigkeiten der Organisation in Bulgarien zu entscheiden hatte, schlägt folgende Resolution vor:

„Der Kongreß spricht sein tiefstes Bedauern aus über die Uneinigkeit in der Organisation der Holzarbeiter Bulgariens. Da jedoch die Trennung in die beiden Verbände schon vor mehreren Jahren erfolgte und die Schuldfrage nicht vom Kongreß geprüft werden kann, außerdem aber die Vertreter beider Verbände in der Kommission des Kongresses ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, für eine baldige Vereinigung zu wirken, beschließt der Kongreß: Um die Vereinigung beider Verbände zu fördern, soll auch der zweite Verband zur Aufnahme in die internationale Union zugelassen werden. Der Kongreß erwartet jedoch, daß die Verbände beider Verbände die Einigungsverhandlungen rechtzeitig aufnehmen und sie demnach fördern, daß die Vereinigung spätestens bis zum nächsten internationalen Holzarbeiterkongreß vollzogen ist.“

Diese Resolution wird einstimmig angenommen, nachdem Sadosoff erklärt hatte, er würde sich bemühen, in Verhandlungen zwecks Verschmelzung einzutreten. Eine gleichlautende Erklärung hat der Führer der anderen Gruppe, Karoloff, in der Kommission abgegeben.

Ueber die Agitation in den Grenzgebieten referierte

Kahse r. Berlin (Holzarbeiterverband): Der weitere Ausbau der internationalen Verbindung der Holzarbeiter, der zweifellos kommen werde, dürfe nicht überstürzt werden. In Stuttgart sei vor drei Jahren beschlossen worden, daß die Mitglieder der angeschlossenen Organisationen ohne weiteres in die Organisation ihres Aufenthaltslandes übertraten. Das sei ein großer Fortschritt gewesen. Demgegenüber sei die Frage der Regelung der Agitation in den Grenzgebieten von geringerer Bedeutung, aber es sei zweckmäßig, beizeiten dafür zu sorgen, daß Grenzstreitigkeiten, wie wir sie zwischen den deutschen Gewerkschaften des östernen erleben, in der internationalen Union der Holzarbeiter vermieden werden. Eine lebhaftige Agitation in den Grenzgebieten müsse planmäßig von den beteiligten Organisationen in die Hand genommen werden. Die Mitglieder sollen in der Regel der Organisation des Landes zugewiesen werden, in welchem die Arbeitsstätte liegt.

Die Diskussion ergibt Uebereinstimmung mit diesen Sätzen. Angenommen werden folgende Anträge des deutschen und des schweizerischen Holzarbeiterverbandes:

„In den Grenzorten, welche ein Industriegebiet bilden, haben die in Frage kommenden Landesorganisationen die Agitation gemeinsam zu betreiben. Zur besseren Wahrung der Berufsin-teressen haben sich die Mitglieder der internationalen Union in den Grenzgebieten, die jenseits der Landesgrenze ihres Arbeitsortes wohnen, innerhalb 6 Wochen der Landesorganisation ihres Arbeitsortes anzuschließen. Außerordentliche Fälle bleiben der Regelung der beiderseitigen Verbände vorzulegen.“

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist:

Erfahrungen mit der Gegenseitigkeit betr. den Uebertritt und die Unterstützung der Mitglieder im Ausland.

Hierzu bringt Leipart eine Reihe von Mängeln zur Sprache, die zu seiner Kenntnis gekommen sind. Nach den Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses sollen Mitglieder der angeschlossenen Organisationen, wenn sie ins Ausland gehen, ohne Beitragsgeld in die Organisationen ihres Aufenthaltslandes aufgenommen werden und die gleichen Unterstützungen erhalten wie die Mitglieder dieser Organisationen. Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes beklagten sich nun darüber, daß sie in verschiedenen Ländern, besonders in England und Schweden, nicht nach diesen Beschlüssen behandelt worden sind.

Darüber entspinnt sich eine ausgedehnte Debatte, in der festgestellt wird, daß diese Klagen zum größten Teil auf Mißverständnissen beruhen. Wo die Stuttgarter Beschlüsse noch nicht vollständig durchgeführt sind, wird von den Vertretern baldige Besserung versprochen. Eine erhebliche Rolle spielt in der Diskussion auch ein Antrag des dänischen Holzarbeitersekretariats auf einheitliche Reiselegitimation in vier Sprachen. Der Gedanke des Antrages wird allseitig sympathisch begrüßt, doch wird seine Durchführbarkeit bezweifelt, besonders deshalb, weil die Einrichtungen der Verbände zumal auf dem Unterstützungsgebiete noch zu verschieden sind. Es wird angeregt, hierin eine größere Gleichmäßigkeit anzustreben. Als sehr notwendig wird es auch bezeichnet, der Ausfüllung des Vorstandes in den Mitgliedsbüchern größere Aufmerksamkeit zu schenken. Häufig ist aus den Wählern, das gilt namentlich von der französischen und der schweizerischen Organisation, die Beitragsleistung und der Unterstützungsbezug des Mitgliedes nicht mit hinreichender Deutlichkeit zu ersehen.

Besonders lebhaft wird die Reiselegitimation von den Skandinaviern und den französischen Delegierten befürwortet, während die Deutschen und Oesterreicher auf die entgegenstehenden Bedenken hinweisen und die endgültige Beschlußfassung bis zum nächsten Kongreß zu verlagern empfehlen. Schließlich wird aber der auf die Einführung dieser Einrichtung gerichtete Antrag des dänischen Holzarbeitersekretariats mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen. Die Durchführung dieses Beschlusses soll jedoch noch nicht sofort erfolgen. Vielmehr stimmt der Kongreß folgender von Leipart eingebrachten Resolution zu, die zugleich zu den anderen Fragen, die die Diskussion berührt hat, Stellung nimmt.

Der Kongress spricht sich für die Zweckmäßigkeit einer internationalen Reiselegation aus und beauftragt den internationalen Sekretär, einen Entwurf herzustellen und den Vorständen der angeschlossenen Verbände zur Prüfung zu übersenden. Die Beschlussfassung über die event. obligatorische Einführung der internationalen Legation soll dem nächsten Kongress vorbehalten sein. — Der Kongress fordert den englischen Arbeiterverband und alle anderen Verbände auf, ihre statutarischen Bestimmungen mit den Vorschriften des Statuts der internationalen Union in Übereinstimmung zu bringen, damit der freie Uebertritt und die Unterstützung der Mitglieder im Ausland unter voller Wahrung der Gegenseitigkeit gesichert wird. — In Anerkennung des hohen Wertes der Reise- und Arbeitslosenunterstützung sowie der sonstigen Unterstützungseinrichtungen für die Erfüllung der allgemeinen Aufgaben der Gewerkschaften empfiehlt der Kongress allen Verbänden die Einführung dieser Unterstützung und deren möglichst einheitlichen Ausbau.

Angenommen wird ein von den Oesterreichern eingebrachter Antrag, wonach die in einem anderen Verband übergetretenen Mitglieder ihre Mitgliedsbücher abzugeben haben. Diese Bücher werden dem Zentralvorstand des Verbandes zugestellt, der sie ausfertigt hat. Zugleich wird den Vorständen empfohlen, in die Mitgliedsbücher einen Vermerk aufzunehmen, wonach sie Eigentum des Verbandes bleiben, der sie ausgestellt hat.

Ein Antrag des norwegischen Holzarbeiterverbandes will das Statut der internationalen Union dahin ändern, daß die Rechte der aus ausländischen Organisationen übergetretenen Mitglieder an event. Versicherungskassen von der gegenseitigen Verpflichtung ausgenommen werden. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß die norwegische Organisation ein sehr hohes Sterbegeld, bis zu 500 Kr., zahlt, das den Hinterbliebenen der übergetretenen Mitglieder, die noch keine entsprechenden Beiträge an die Organisation geleistet haben, nicht gewährt werden könne. Die Aenderung des Statuts wird aber abgelehnt. Doch werden die eigenartigen Verhältnisse in Norwegen anerkannt und der Organisation wird empfohlen, den Zweck ihres Antrages durch den Abschluß besonderer Verträge mit den übrigen Angehörigen der internationalen Union zu erreichen, ein Weg, der ohne Aenderung des Statuts gangbar ist.

Zum internationalen Sekretär wird Leipart einstimmig wiedergewählt und seine Wahl mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Es liegen dann noch Anträge der französischen und der belgischen Organisation vor, die die Aufnahme statistischer Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in allen der Union angeschlossenen Ländern verlangen. Aus der Begründung, die diesen Anträgen gegeben wird, ist zu ersehen, daß die Antragsteller keinen rechten Begriff von den Schwierigkeiten haben, die sich der Aufnahme einer brauchbaren Statistik entgegenstellen. Sie versprechen sich aber von einer solchen Statistik großen agitatorischen Erfolg. Von deutscher Seite, besonders von Raitz (München) wird sehr deutlich darauf hingewiesen, daß die Voraussetzung aller solcher Pläne eine tüchtige Organisation ist, und daß man in Belgien und Frankreich gut daran täte, zu allererst den Ausbau der Organisation die nötige Aufmerksamkeit zu widmen.

Einem Antrag, über die beiden Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen, wird von Leipart widersprochen. Er empfiehlt im Gegenteil im Sinne der Franzosen und Belgier zu beschließen. Die Kollegen in diesen Ländern sind dann verpflichtet, an die Aufnahme einer solchen Statistik zu gehen, und das dürfte von keinem Einfluß auf ihre gewerkschaftliche Erziehung sein. Diesem Vorschlag stimmt der Kongress zu.

Damit ist die Tagesordnung des Kongresses erledigt. Der nächste Kongress wird voraussichtlich im Anschluß an den Internationalen Sozialistenkongress in Wien stattfinden.

Auf Antrag eines norwegischen Delegierten wird noch beschlossen, mit diesem Kongress eine Ausstellung der Verbandsdrucksachen der angeschlossenen Organisationen zu verbinden.

Mit einem Doch auf die internationale Union der Holzarbeiter wird dann der Kongress geschlossen.

Dom patriarchalischen Arbeitsverhältnis auf dem Lande.

schwärmte vor einiger Zeit auch das freisinnige „Berliner Tageblatt“. Es schrieb:

„Es ist nicht zu leugnen, daß vielfach auf dem Lande ein gutes Verhältnis zwischen landwirtschaftlichen Arbeitgebern und ihren Arbeitern besteht. Insbesondere ist die Lage der bodenständigen Arbeiter, der Insulten, durchaus nicht immer so besorgniserregend, wie sie von sozialdemokratischer Seite hingestellt wird. Das alte patriarchalische Verhältnis ist noch vielerorts vorhanden, und die Arbeiter sind mißsam ihren Familien zufrieden und glücklich. Die Leute sind besser daran als ein großer Teil der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft. Arbeitslosigkeit kennen sie nicht. Mangel ist ihnen fremd. Zu Hellen der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit sorgt der Arbeitgeber für sie.“

Wie dieses gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auf dem Lande in Wirklichkeit aussieht, haben wir häufig beobachtet. Es wird auch durch nachfolgendes illustriert:

42 Arbeitslose ostpreussischer Gutsherr innerhalb vier Monaten gegenüber Landarbeitern sind dem Parteisekretariat für Ostpreußen durch zuziehende Landarbeiter und durch Gerichtsberichte der Partei- und bürgerlichen Provinzpresse bekannt geworden. Sie bestanden in mehr oder minder schweren Körperverletzungen und Mißhandlungen, gemeinen Beschimpfungen, wider besseres Wissen erhaltene Strafangelegenheiten und sonstigen von rohen und gefühllosen Gutsherrn und Inspektoren verübten Gewalttätigkeiten gegenüber wechellosen Arbeitern. Unter den Mißhandlungen befanden sich auch Frauen. Wegen wurden die Straftaten in den Monaten April, Mai, Juni, Juli, also in der Zeit, in der von den Landwirten am meisten über Leutenot geklagt wird.

In acht von diesen Fällen erfolgte wegen Körperverletzung und Mißhandlung gerichtliche Verurteilung der Missethäter zu Geldstrafen von 20 bis 100 M. In zwei Fällen wurde durch die Berufungsinstanz die Strafe von 50 auf 50 resp. von 50 auf 20 M. ermäßigt. Nur in einem Falle erfolgte Verurteilung zu einer Woche Gefängnis. In 5 Fällen lehnte die Staatsanwaltschaft ein Vorgehen im öffentlichen Interesse ab und verwies die Strafverfolgung auf den Weg der Privatklage. In 6 Fällen wurde die Klage gegen die Mißhandlungen zurückgestellt, weil von diesen Strafantrag gegen die Gemüthsbedürfnisse auf Grund der Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter gestellt war. In 11 Fällen schweben die Prozesse noch, während in allen übrigen Fällen aus den verschiedensten Gründen überhaupt keine Strafanträge gestellt resp. Klagen angestrengt wurden.

Sehr selten wagen es die angegriffenen Arbeiter, sich zur Wehr zu setzen. Zum Teil aber und es sind bei dem Vorfall keine zuverlässigen Zeugen zugegen gewesen, dann wird in der Regel der Spiegel umgedreht. Der Gutsherr oder Inspektor stellt schnell durch den Amtsrichter Strafantrag wegen Widerschlichkeit, Verweigerung der Arbeit und des Gehorsams und der verprügelte Landarbeiter ist vor Gericht der Angeklagte, während der als Zeuge auftretende Besitzer sich angeblich in Notwehr gegen den ihn angegriffenen Arbeiter befunden hat. Im Urteil heißt es dann oft: Durch das durchaus einwandfreie Zeugnis des Gutsherrn ist festgestellt um, und der geprügelte und auf die Strafe geworfene Arbeiter erhält eine Geldstrafe oder gar noch eine Gefängnisstrafe dazu.

Von den seltenen Fällen, in denen angegriffene Arbeiter sich gegen ihre gutsherrlichen Peiniger verteidigten und die letzteren dabei den kürzeren zogen, sind zwei erwähnenswert.

Auf dem Gute B. im Kreise Labiau schikanierte ein Besitzer seinen alten Arbeiter beim Pflanzensehen so lange, bis dieser sich mit einigen Redensarten verteidigte. Darauf drang der Besitzer mit seinem Eisenstod auf den alten Mann ein. Das veranlaßte den in der Nähe ein Gespann führenden Sohn des alten Mannes, zum Schutz seines Vaters dem Besitzer mit dessen eigenem Stod eine gefährliche Prügelschläge zu verabfolgen. Vater und Sohn mußten natürlich sofort den Dienst verlassen. Bald darauf erhielten sie eine Klage. Der Prozeß schwebt gegenwärtig noch.

Der zweite Fall, der vor einigen Wochen sein Nachspiel vor dem Königsberger Gericht hatte, ist noch drastischer.

Ein freitagsfähiger Gutsherr aus Amalienhof, Kreis Königsberg, bedrängte seinen Kutscher unter anderem dadurch, daß er ihn ohne jede Veranlassung zurief: „Ihr seid besoffen“. Der Kutscher erwiderte darauf prompt: „Ihr seid besoffen.“ Darauf fielen sowohl der Besitzer und auch dessen Sohn über den Arbeiter her und mißhandelten ihn. Erst wehrte der Kutscher sich die beiden so gut es ging ab. Als sie aber nun auch noch den großen Hofhund auf ihn ließen, packte ihn die Wut. Er entriß den beiden Herren die Stöcke und versetzte ihnen nun derartige Hiebe, daß sie keinen weiteren Angriff mehr wagten. Aber alle drei waren so zugerichtet, daß sie ärztliche Hilfe nachsuchen mußten. Alle drei mußten sich aber auch vor Gericht verantworten. Der Besitzer wurde zu 60, sein Sohn zu 20 M. Geldstrafe, ersterer noch zur Zahlung von 80 M. Schmerzensgeld verurteilt. Bei dem Kutscher wurde Notwehr angenommen und er deshalb freigesprochen.

Ungefährlich sind die Prozesse, die Landarbeiter wegen Vorenthaltung ihres verdienten Lohnes und Deputats gegen ihre Arbeitgeber vor Gericht führen müssen. Und in vielen hundert Fällen verzichten die betrogenen Landarbeiter der damit verbundenen großen Schwierigkeiten wegen gegen ihre Ausbeuter gerichtliche Klage anzukreuzen. Sie erleiden dadurch ungeheure wirtschaftliche Verluste, die oft zu ihrem Ruin führen.

Sind dem „Berliner Tageblatt“, auf dessen oben wieder-gegebener Notiz sich die ostpreussischen konservativen Zeitungen berufen, um unsere Klagen wegen schlechter Behandlung der Landarbeiter zu widerlegen, diese Zustände wirklich nicht bekannt? Sind seine Redakteure so welt- oder landfremd?

Gerichts-Zeitung.

Appellei.

Trübe Sittenbilder werden in einer Verhandlung aufgerollt, die gestern vor der 10. Ferienkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Köhling begann. Es handelte sich um die auffahrende Appellei, in welcher die angeklagte Amtsgerichtsrätin und Rechtskonsulentin Helene Schönemann die Hauptrolle spielt. Gegen die schon wegen Betruges verurteilte Schönemann lautet die Anklage auf schwere Appellei, während sich die Mitangeklagten, die Frau Anna Meyer, geb. Lehmann aus Rixdorf und die ledige Veria Bessler wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen und außerdem wegen einfacher Appellei zu verantworten haben. — Die Verteilung der Angeklagten führt Rechtsanwält Dr. Jaffe. — Der Anklage liegt im einzelnen folgendes zugrunde: Die Angeklagte Schönemann hatte erst in der Elbasser Straße 40, dann in der Friedrichstraße 131 und zuletzt in der Oramenburger Straße 82 eine mit einer gewissen Eleganz möblierte Wohnung inne, in der es, nach Beobachtungen der Kriminalpolizei wie in einem Taubenschlag zugegangen sein soll. In der Oramenburger Straße teilte die Sch. die Wohnung mit der schon wiederholt wegen Sittenpolizeiübertretungen verurteilten Mitangeklagten Meyer, die jede Nacht ihre Spaziergänge in der Friedrichstraße unternahm. Wie die Anklage behauptet, sollen sich in der Wohnung der Sch. häufig die tollsten Orgien abgespielt haben, an welchen auch die beiden 14 bzw. 16jährigen Töchter Melanie und Hildegard teilgenommen haben sollen. Den in der Friedrichstraße und unter den Linden postierten Beamten der Sittenpolizei fiel wiederholt die Angeklagte Schönemann auf, daß sie in Begleitung der beiden Mädchen dort nächtliche Spaziergänge unternahm. Beide Mädchen waren stets sehr auffällig gekleidet, sie trugen Pelzjacken und Pelzmäntel und trotz der strengen Winterkälte nur halbe Badenstrümpfe. Von den Beamten wurde beobachtet, daß die Angeklagte sich in auffälliger Weise an Herren herandrängte, einige Worte sprach und dann gewöhnlich verschwand. Die Herren bestiegen dann mit den Mädchen eine Prozesse, mit der sie eine längere Spazierfahrt durch den Tiergarten unternahmen. Wiederholt endeten diese Fahrten auch in der Wohnung der Sch. Wie aus beschlagnahmten Briefen hervorgeht, hat die Angeklagte das unsittliche Treiben ihrer Kinder nicht nur gekannt, sondern diesem sogar Vorschub geleistet. In einem Briefe, den ein gewisser Wenz auf die Sch. gerichtet hatte, spricht dieser die Hoffnung aus, sie bald wieder in ihrem „Paradies“ besuchen zu können. In einem anderen Briefe fragt ein gewisser Theodor M. an, welche Farbe sich ihre Tochter zu einer solchen Wiese wünsche. Ferner wurde eine von der Angeklagten selbst angefertigte unzüchtige Photographie ihrer Kinder beschlagnahmt, die vermutlich von ihr als Lockmittel benutzt wurde. Als die Angeklagte eines Nachts wieder mit ihren Töchtern die Friedrichstraße entlangging, wurde sie von dem Kriminalhauptmann Wenzel verhaftet. Die 14jährige „Mela“ wurde von der Heerde in dem Jellchhaus in Moabit untergebracht, wo sie sich noch jetzt befindet. — Die Angeklagte bestreitet jede Schuld, ebenso ihre beiden Mitangeklagten, die ebenfalls mit den Mädchen nächtliche Spaziergänge unternommen haben sollen. Bald nach Eintritt in die Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Auf Grund der umfangreichen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagte Schönemann 3 Jahre Zuchthaus, gegen die Angeklagte Meyer 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und gegen die Angeklagte Bessler 4 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete gegen die Schönemann auf 2 Jahre Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust und gegen die Angeklagte Meyer auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Die Bessler wurde freigesprochen.

Abtreibung.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte gestern die 4. Ferienkammer eine Anklage wegen Abtreibung. Der Kaufmann Erdmann Rehniger und die Buchhändlerin Ella Hingelberg wurden beschuldigt, am 28. Juli an der 20jährigen Engländerin May Wah Handlungen vorgenommen zu haben, die unter § 218 des Strafgesetzbuches fallen und den Tod der Wah zur Folge gehabt haben. Der Angeklagte, der jetzt noch Reserveoffizier ist, war früher Leutnant in einem Artillerieregiment. Nach seiner Verabschiedung hielt er sich längere Zeit in England auf und lernte dort die hübsche Tochter des Hotelbesizers Wah kennen. Es entspann sich zwischen beiden ein sehr intimes Verhältnis, welches nach der Ansicht des Angeklagten auch zur Ehe führen sollte. Als das Mädchen sich Mutter fühlte, geriet sie in helle Verzweiflung, aus der sie auch der Angeklagte durch alle Trostversuche und das wiederholte Versprechen, sie heiraten und das etwa zu erwartende Kind legitimieren zu wollen, nicht herauszureißen vermochte. Einer sofortigen Heirat standen gewisse Schwierigkeiten entgegen, die darin bestanden, daß sich J. um eine Direktorstelle in einem großen industriellen Werke beworben hatte, die zunächst nur auf einen unverheirateten Mann zugeschnitten war. Da das Mädchen nicht zu beruhigen war und wiederholt mit Selbstmord durch Ertrinken drohte, bezog er sie endlich, nach Berlin zu gehen und dort die Angeklagte J. die er aus früherer Zeit kannte, aufzusuchen und diese um einen Rat zu ersuchen. J. Wah reiste auch hierher, die Sache schlichtete aber daran, daß die Hingelberg kein Wort englisch und J. Wah kein Wort deutsch sprechen konnte. So blieb dem Angeklagten nichts übrig, als selbst nach Berlin zu kommen und die Vermittlung zu übernehmen. Mit dem Rat, den ihr

die J. gab, war J. Wah, die hier mit dem Angeklagten zusammen in einem Pensionat in der Dessauer Straße wohnte, durchaus einverstanden. Sie hat aber die Bereitwilligkeit, mit der sie sich der Hilfeleistung durch die Angeklagten überließ, mit dem Tode büßen müssen. Unmittelbar nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beantragte Staatsanwalt Heinsmann den Ausschluß der Öffentlichkeit, den das Gericht auch eintreten ließ.

Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte je 1 Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof sprach die Angeklagten nur der Beihilfe zur verurteilten Abtreibung in Tateinheit mit schuldiger Täuschung schuldig. Bei der Strafzumessung erwog das Gericht, daß den Angeklagten wesentliche Milderungsgründe zur Seite standen, daß sie in einer gewissen Zwangslage gehandelt haben und der Angeklagte Rehniger durch jedwede Strafe schon an sich sozial verurteilt ist. Das Urteil lautete unter diesen Erwägungen gegen Rehniger auf sechs Monate, gegen die Hingelberg auf drei Monate Gefängnis.

Das Revolverattentat zweier Fischräuber

Beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. la Fontaine die 1. Ferienkammer des Landgerichts II. Wegen schweren Diebstahls, Bedrohung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt waren der Arbeiter Hermann Wehler und der Dreher Hermann Bielow angeklagt. — In der Nacht zum 27. Mai d. J. ruderten die beiden Angeklagten mit einem Kahn an die in dem Wernsdorfer See liegenden Fischläden der Fischermöster Lucas und Berger heran, erbrachen diese und entwendeten daraus etwa 80 Pfund Fisch. Bielow führte bei dem Diebstahl einen geladenen Revolver bei sich, um gegen alle Eventualitäten gesichert zu sein. Als sich die beiden Fischräuber auf dem Heimwege befanden, wurden sie von dem Nachtwächter Franz Fischer angehalten, da ihm die beiden verdächtig vorliefen. Auf seinen Anruf ergriffen die beiden Angeklagten die Flucht. Als sie von dem Nachtwächter verfolgt wurden, zog Bielow den Revolver hervor und gab auf den Beamten drei Schüsse ab. — Die Staatsanwaltschaft leitete gegen die beiden Angeklagten ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlages ein. Es wurde das Vergehen wegen Totschlages wieder eingestellt, da sich die Behauptung des Bielow nicht widerlegen ließ, daß der Revolver nur mit Playpatronen geladen war. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Wehler einen Monat und gegen Bielow vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Wehler auf 2 Wochen und gegen Bielow auf 4 Monate Gefängnis. Die Strafe des Wehler wurde durch die erstlängere Untersuchungshaft als verbüßt erachtet, dem Angeklagten Bielow wurden drei Monate der Untersuchungshaft angerechnet, außerdem wurden beide aus der Haft entlassen.

Aus aller Welt.

Nochwasser in Schlesien.

Die anhaltenden Regengüsse der letzten Tage haben, wie bereits gemeldet, in Schlesien zu einem Hochwasser geführt, das die Talniederungen überschwemmt und große Verheerungen anrichtet. Während die Oder oberhalb Ratibors in langsamem Gange begriffen ist, ist sie in Ratibor selbst seit gestern nachmittags um fünfzig Zentimeter gestiegen. Der Höchststand des Hochwasserjahres 1907 ist damit um zehn Zentimeter überschritten. Im Unterlauf des Flusses ist überall steigendes Wasser. Auch die Nebenflüsse steigen noch. Bei Dypeln und Ratibor stehen die Gebiete der Oberniederung unter Wasser. Einzelne Nebenflüsse der Oder haben die Dämme durchbrochen und überfluten die Wiesen und Acker. In der Stadt Schweidnitz hat das Hochwasser mehrere Lauffeste weggerissen und an den Uferbefestigungen großen Schaden angerichtet. Bei Landeshut sind Wiesen und Felder und in Straubitz die Dorfstraßen überschwemmt. Mehrere Brücken sind dem Einsturz nahe. — Auf der eingleisigen Strecke Dittersbach-Glatz haben die anhaltenden Regengüsse der letzten Tage in der Nähe des Bahnhofs Ludwigsdorf einen Dammtisch verursacht. Der Damm hat sich in einer Länge von etwa 40 Meter mehr als drei Meter gesenkt. Der Güterzugverkehr ist eingestellt, der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Sehr tröstlich lauten die Nachrichten über das Hochwasser in Mähren. In der Gemeinde Kunowitz sind zehn Personen beim Einsturz von Häusern ums Leben gekommen. Etwa 100 Häuser sind eingestürzt, weitere 100 drohen einzufallen. In dem mährischen Bezirk Ungarisch Bistra sind 50 Häuser eingestürzt und eine große Anzahl gilt als unrettbar verloren. In der Gemeinde Odersdorf sind 50 Häuser durch das Hochwasser überschwemmt. Es wird Steigen des Hochwassers erwartet, da der Regen fort dauert. Plonierabteilungen sind in das vom Unglück heimgesuchte Gebiet abgefannt.

80 Kinder auf einem Karussell verunglückt.

Wie uns ein Telegramm meldet, hat sich auf einem Vergnügungspforte in dem pfälzischen Orte Albersweiler ein schweres Unglück ereignet. Während der Fahrt ist dort ein Karussell, auf dem sich 80 Kinder vergnügten, eingestürzt. Sämtliche Kinder wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Drei Cholerafälle in Wien.

Das Sanitätsdepartement des österreichischen Ministeriums des Innern gibt amtlich bekannt, daß durch gestern abgeschlossene bakteriologische Untersuchungen festgestellt worden ist, daß in Wien drei Erkrankungen an asiatischer Cholera zu verzeichnen sind. Es handelt sich um die Mitglieder einer Familie, die in einem gelegenen Haus im 12. Wiener Bezirk bewohnten. Einer der Erkrankten, der Blumengärtner Casselhuber, ist gestorben, seine Frau und seine zehnjährige Tochter befinden sich vollkommen kolleriert im Kaiser-Franz-Josephs-Spital in Wien. Die Sanitätskommission hat umfangreiche Maßnahmen getroffen, um ein Weitergreifen der Seuche zu verhindern.

Während der letzten 24 Stunden sind in Apulien elf Erkrankungen und sechs Todesfälle an Cholera amtlich festgestellt worden. — In Sominia in Bulgarien ereignete sich am Vord eines dort eingetroffenen ungarischen Dampfers ein Todesfall unter Choleraverdächtigen Erkrankten. Die Sanitätsbehörden haben die Ausschiffung der Passagiere wie die Ausladung der Waren verboten.

Auch ein Unzufriedener.

Bei allen möglichen Gelegenheiten stößt auf Militär, Beamten und Bürgertum ein so reicher Edeledele, daß es manchmal schwer fällt, in diesen Kreisen einen Menschen zu finden, dessen Knopfloch nicht irgendein Piepvogel höherer oder niederen Grades ziert. Ob eine Prinzessin in Wochen kommt oder anderswo eine Kirche feierlich eingeweiht wird, keine Gelegenheit ist unwichtig genug, um einige hundert glitzernde Spielzeuge für große Kinder zu verleihen. So wurde vor kurzem in der Stadt Kalmuck die hundertjährige Jugendfeierlichkeit zu Wahren festlich begangen; unter denen, die in großer Erwartung der Verleihung einer Herde für das kleine Knopfloch entgegenzogen, befand sich auch der dortige Stadtschulrat Sörgel. In begreiflicher Spannung harrete er bei dem Festessen, auf dem die Aus-

zeichnungen bekannt gegeben und überreicht werden sollten, des großen Momentes. Aber mit schändem Unmut wurden die ungewissenhaften Verdienste des Schulgewaltigen gelohnt. Bei ihm hatte es nur zu einer bronzenen Prinz-Luitpold-Medaille gelangt, einer Auszeichnung, die bei irgend welchen Regimentsjubelien jedem Kanonier zuteil wird. Soll Grimm über die ihm angelane Schmach verließ der Stadtschulrat das Bestehen.

Ob man den an dem Herrn begangenen Frevel nachträglich noch gut machen wird, steht dahin, jedenfalls muß Herr Sörgel aber vorläufig mit verwassem Knopfloch durch die Welt laufen.

Vermißter Dampfer.

In großer Besorgnis ist man in London um das Schicksal des englischen Dampfers „Alara“, der am 21. August Dra verlassen hat und in seinem Bestimmungsort Lissabon bisher noch nicht eingetroffen ist. Die Zeit, in der das Schiff seine Fahrt hätte zurücklegen müssen, ist seit mehreren Tagen verstrichen. Da über den Verbleib des vermißten Dampfers bisher keine Nachrichten vorliegen, wird befürchtet, daß er mit Mann und Maus untergegangen ist. Die „Alara“ hatte einen Laderaum von 6000 Tonnen und trug eine Besatzung von 50 Mann.

Kleine Notizen.

Drei Bergleute, die am Sonntag auf der Zeche Zollverein bei Essen verschüttet wurden, konnten gestern geborgen werden. Zwei von ihnen wurden lebend, der dritte tot zutage gefördert. Nach dem Genuß verdorbener Lebensmittel erkrankte in Dortmund ein Ehepaar. Bald nach der Einlieferung in das Krankenhaus ist die Frau gestorben, der Mann liegt hoffnungslos daneben. Eine Typhusepidemie ist in Brüssel ausgebrochen. Bisher wurden 100 Kranke in das Krankenhaus eingeliefert. Zwei von ihnen sind bereits gestorben. Die Epidemie wird auf den Genuß roher Seemuscheln zurückgeführt. Bei einer Kesselerplosion in dem spanischen Orte Gandia wurden drei Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt. Ein Orkan hat in San Juan (Portoriko) großen Schaden angerichtet. Durch den Sturm wurde der Telegraphen- und Bahnbetrieb lahmgelegt.

Eingegangene Druckschriften

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 50. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Königreich und Vorkriegs. — Die Entwicklungstendenzen der russischen Sozialdemokratie. Von R. Trotski. — Kapitalkonzentration und Gewerkschaftskampf. Ein Hinweis von W. H. Dittmann. — Nochmals die baltische Falli. Eine Entgegnung und Ergänzung von G. H. Lehmann-Normheim. — Technisch-wirtschaftliche Rundschau. Von Richard Koldt. — Literarische Rundschau: Grete Weiser-Deh, Die sexuelle Krise. Von Ida Elberg. — Zeitschriftenschau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 2.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. Sächsisch-Preussische Monatshefte (Septemberheft). Herausgegeben von R. R. Gohmann. Einzelheft 1.50 M. Verlag in München. Konserbative Monatschrift für Politik, Literatur und Kunst. Heft 12. Preis pro Quartal 3 M. Verlag Neimar Hobbing, Berlin SW. 11. Jahrbuch der Fürsorge 1910. Herausgegeben von der Zentrale für private Fürsorge. 182 Seiten. D. S. Wöhner, Dresden. Protokoll der neunten Generalversammlung des Zentralverbandes der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands 1910. 300 Seiten. Selbstverlag in Berlin.

Statt besonderer Meldung.
Am 6. September früh verschied plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, der Gastwirt
Karl Arndt
im vollendeten 45. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Auguste Arndt geb. Detjen
nebst Kindern.
7536
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause Pfälzadenstr. 52 nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Frankfurter Viertel. (Bezirk 313.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt
Karl Arndt
Pfälzadenstraße 52 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband d. Stukkateure Deutschlands.
Am 7. d. Mts. verstarb nach langem Leiden der Kollege
Otto Prüfer
im 36. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 1/3 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 173/14
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Karl Arndt
Pfälzadenstr. 52 (Bezirk 3) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter
Hermann Stahn
am 3. September im Alter von 42 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Zellandsgemeinde in Wilsdensee aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Am Dienstag, den 6. September, verschied nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, der Stukkateur
Otto Prüfer
im 36. Lebensjahre.
Dies zeigt im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen mit der Bitte um stille Teilnahme an
Ida Prüfer geb. Köhlmann
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere sorgende Mutter
Wilhelmine Berg
geb. Hülsekopf
im 46. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 12. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
August Berg, Samariterstr. 10.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Am Dienstag, den 6. September, verstarb unser Mitglied, der Stukkateur
Otto Prüfer
Kaiser-Friedrich-Str. 233, 3. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Reichsverbandes „Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, 11. September.
1. Abt.: 4 Uhr: Frelenwalde. 12 Uhr: Wernerschen. Start: Wollstraße 58.
2. Abt.: 7 Uhr: Köpenicker See. 12 Uhr: Groß-Walden. Start: Fontano-Promenade 18.
3. Abt.: 6 Uhr: Wandlitz und Stepenitzsee. 1 Uhr: Waldsiedler bei Bernau. Start: Mariannenplatz.
4. Abt.: 7 Uhr: Hohenfinde (Zum Gutenberg). 1 Uhr: Riggelstein (Alter Krug). Start: Köpenicker Weg.
5. Abt.: 8 Uhr: Tempel (Tornomus RdW). 1 Uhr: Eichwalde. Start: Eichenweg. 12/6
6. Abt.: 5 1/2 Uhr: Tempel. 12 1/2 Uhr: Eichwalde (Witte). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt.: Sonnabend, nachts 1 Uhr: Spreewald. Sonntag, 6 Uhr: Tempel. 12 1/2 Uhr: Grünau (Köpenicker Str. 79). Start: Waldstr. 8.
8. Abt.: 12 1/2 Uhr: Schnitzesag: Herbeducht bei Sabotta. Start: Schillingstr. 15.
9. Abt.: 6 Uhr: Tempel. 1 Uhr: Eichwalde. Start: Weckerstr. 6.
Nichtberg: 6 Uhr: Tempel (Tornomus). 1 Uhr: Schindwilly (Palme). Start: Weckerstr. 74.

Tischler-Verein (E. H. 80.)
Sonntag, den 11. September:
Herrenpartie
nach Blumenhof, Tischen. Abfahrt 8 1/2 Uhr, Briegeener Bahnsteig, Fruchtstraße. [19/2] Der Vorstand.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf. Fahrt v. Zentrum Berlins, trotzdem billig, als weiter v. Berlin gelegene Orte, wie Hoppegarten, Neuenhagen usw. Maß, Anzahlung, langj. Hypotheken. Pläne gratis. Verkäufer ständig am Bhl. Mahlsdorf im Pavillon. 678L*
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Salem Aleikum = 3 1/2 Pfg.
Echte Salem Aleikum-Cigaretten.
Zur Verbilligung der Verpackung wird diese Cigarette, außer in Cartons à 100, auch in solchen à 500 Stück Inhalt geliefert.

Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige Kleidung in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Otto Heinicke, Laden gelb gezeichnet.

Selowskys Bolero
ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die feinste 2 Pf.-Zigarette.
Gesetzlich geschützt!

Ein einziger Freudenschrei besagt, „Humor“ das Beste sei.



Humor
putzt alle Metalle sauber und geruchlos.
Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

Karl Schmidt, Herausgeber der „Zeit am Montag“ und „Tribüne“
spricht
heute, Freitag, den 9. September, abends 9 Uhr, in der
Brauerei Königstadt,
Schönhauser Allee 10-11,
über das Thema:
Die neuen Kaiserreden.
Eintritt frei! Frauen willkommen!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelfufer 14/15, Saal 4 (ArbeitslosenSaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Einsetzer.
Sonntag, 11. September, vormittags 9 Uhr, finden die **Bezirks-Versammlungen** in folgenden Lokalen statt:
1. Bezirk: Merkowitski, Andreasstraße 26.
2. „ Giesecke, Köpenicker Straße 74.
3. „ Sauer, Lebehofstraße 21.
4. „ Preis, Rixdorf, Rosenstraße 24.
5. „ Wiemer, Bülowstraße 58.
6. „ Nix, Stalitzer Straße 59.
7. „ Charlottenburg, Rosinenstraße 3.
8. „ Meizer, Wiesenstraße 20.
Die Kollegen aus den Bezirken sind besonders dazu eingeladen.
Die Branchenkommission.

Tischbranche.
Sonntag, den 11. September, vormittags 9 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21.
Tagesordnung: Bericht der Branchenkommission. Branchenangelegenheiten 89/10
Die Ortsverwaltung.
Sigmöbeltischler.
Sonntag, den 11. September, vormittags 10 Uhr, bei Glosing, Walfertstraße 68:
Branchen-Versammlung
Tagesordnung: Der Tarifvertrag und seine Bedeutung für die Sigmöbeltischler. 2. Branchenangelegenheiten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Kant 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Kant 3, 1987.
Sonntag, den 11. September, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der
Elektromonteur u. Helfer
Berlins und Umgegend
in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Kollegen! In dieser Versammlung soll über wichtige Angelegenheiten beraten und besprochen werden. Deshalb ist es notwendig, daß alle Elektromonteur, soweit dieselben unsere Mitglieder sind, in dieser Versammlung erscheinen. Vergesse niemand sein Mitgliedsbuch!
121/11 Die Ortsverwaltung.

Zum Ausschneiden

Dr. Rud. Weils
Nährsalz-Bananen-Kakao
zeichnet sich hervorragend aus durch höchsten Nährwert und Wohlgeschmack. Besonders empfohlen bei schwacher Verdauung, Blutarmut, allen Schwächezuständen, Nervosität und für Kinder. Ferner bei Miererleiden und Tuberkulose. [7862]
Paket = 1/2, Bund 1 Markt, 5 Pakete 1.75 Markt.
In Berlin und anderen Städten zu haben bei
D. Mader, Berlin S., Prinzenstraße 37.
Erläuternde Druckschrift bitte zu verlangen.

Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 8. September, nachmittags 5 Uhr.

Mit dem heutigen Tage nimmt die Vertretung der Berliner Bürgererschaft ihre seit dem 30. Juni durch die Sommerferien unterbrochen gewesene Tätigkeit wieder auf. Auch diesmal ist die Tagesordnung für die erste Arbeitssitzung nach der Ferienpause eine besonders reichhaltige; sie umfaßt einschließlich zweier dringlicher, erst gestern eingebrachter Anträge 85 Nummern davon 10 Rechnungsachen und 24 Angelegenheiten, die der Erörterung in geheimer Sitzung vorbehalten sind.

Vor Beginn der öffentlichen Sitzung hat die Wahl von drei Ausschüssen stattgefunden, die die Vorlagen 1. wegen Verwilligung von 60 000 M. für das Reinholdsdorfer Seerestaurationsgrundstück, 2. wegen Abschlußes eines Vertrages mit den Aluminierwerken, 3. betreffend die bauliche Erschließung des Geländes zwischen Bornholmer Straße, Straßen 8a und 9b, Abt. XI B. Pl. und Weichbildgrenze, vorbereiten sollen.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit Worten ehrenden Nachrufs für eine Reihe um die Stadt verdienender, inzwischen gestorbenen Männer. Die Versammlung ehrt ihr Andenken in üblicher Weise.

Eingegangen ist ein dringlicher Antrag Modder (A. L.), unterstützt von allen bürgerlichen Fraktionen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation zu beraten, in welcher Form den ortszugehörigen Kriegsveteranen von 1804, 1806, 1870 und 1871 eine Zuwendung gewährt werden kann.

Es wird zunächst eine Reihe von Vorlagen untergeordneter Bedeutung fast ohne Debatte durchweg nach dem Magistratsantrag erledigt.

Wegen die Wichtigkeit der Gemeindeväckerliste sind in diesem Sommer innerhalb der Einspruchsfrist 25 Einwendungen erhoben worden. Die Prüfung der Einwendungen wird durch den Wahlprüfungsausschuß erfolgen.

Zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Berliner Wasserwerke sind in Tegel, am Müggelsee und in Nichtenberg Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten geplant, die einen Kostenaufwand von 5 400 000 Mark beanspruchen.

Stadtv. Dr. Paul (A. L.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuh von 15 Mitgliedern. Von der anfänglichen Begründung dieses Antrages ist auf der Zuhörertribüne so gut wie nichts zu verstehen.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Auch wir beantragen Ausschuhberatung. Der Kollege Paul hält die Ueberweisung schon deshalb für notwendig, weil diese Vorlage in der zuständigen Deputation keine eingehende Prüfung erfahren hat. Hieran anschließend teilt er mit, daß diese Vorlage eigentlich keine Vorlage der Verwaltung unserer Wasserwerke ist, wenn sie auch unter dieser Flagge segelt. Die Wasserwerksverwaltung hat mit der Vorlage wenig gemein. Am 18. Juli in den Ferien wurde das Kuratorium zusammenberufen und diesem von der Vorlage Mitteilung gemacht, aber kein Material unterbreitet. Die Deputation vertagte sich bis zum 1. August, um dann in den städtischen Formeln die Vorlage zu verabschieden. Eine weitere Sitzung hat aber überhaupt nicht stattgefunden (Hört! hört!); es ist vielmehr schriftliche Zustimmungserklärung erbeten worden. (Erneutes Hört! hört!) Ich meinerseits habe diese Zustimmung nicht geben können und habe das eingehend motiviert; andere haben mit oder ohne Vorbehalt ihre Zustimmung gegeben und so ist die Vorlage an die Versammlung gelangt. Dieser Modus der Behandlung schlägt allen konstitutionellen Gepflogenheiten ins Gesicht und erscheint uns unerhört; die Verwaltung der Wasserwerke, das verlangt meine Fraktion ausdrücklich vom Oberbürgermeister, muß an Haupt und Gliedern eine gründliche Reorganisation erfahren. Wir glauben nicht an die gottbegnadete Unschiefbarkeit der Magistratsmitglieder in der Wasserwerksverwaltung. Was die Sache selbst betrifft, so sind wir außerordentlich erstaunt gewesen, daß man an eine Erweiterung unseres Seewasserwerkes denkt. Noch vor fünf Jahren haben wir auf Grund des Gutachtens des Professors Beschlag erfahren, daß der Grundwasserstrom am Müggelsee durchaus ausreicht. Jetzt hat man sich an den Geheimrat Proskauer als Gutachter gewendet. Ohne dessen bona fides anzuzweifeln, habe ich hervor, daß sein Gutachten aus dem März, die Vorlage aber aus Juli und August datiert; wie steht Herr Proskauer zu der Vorlage, in welcher nicht mehr von der Weichbildung, sondern von der Erweiterung des Seewasserwerkes die Rede ist? Ein gewichtiges Wort hat auch die Regierung hier mitzureden. Bis 1914 ist die Erlaubnis erteilt; wie steht es mit der Erlaubnis nach 1914? Erst in diesen Tagen ist das betreffende Gesuch an den Oberpräsidenten abgegangen; wäre das schon vor 4 Wochen geschehen, so könnten wir heute schon mit der Genehmigung rechnen. Was wird ferner aus der Weichbildung, was aus Heiligensee? Die Verhandlungen bezüglich der Weichbildung sind nicht zum Abschluß gekommen, und so kommen wir in Verlegenheit; bei Heiligensee sitzen wir fest, weil die Führung der Mährenleitung über die Inseln im Tegelsee erst durch einen langwierigen Prozeß gegen Frau von Heintze erkaämpft werden soll. Ich glaube, die Vergrößerung des Seewasserwerkes ist nicht nur bedenklich, sondern auch gar nicht nötig. Schon vor Jahren hat mein Freund Jadel die Anregung gegeben, ein städtisches Referatwasserwerk zu schaffen; dieser Idee muß nachgegangen werden. Andererseits gehört zu den allergrößten Konumenten der Wasserwerke die Stadt selbst, die jährlich nicht weniger als vier Millionen Kubikmeter für Straßenbesprengung, Kanalspülung usw. verbraucht. Diese vier Millionen Kubikmeter stellen circa 15 000 Kubikmeter täglich dar, also noch 4000 mehr, als jetzt die Erweiterung des Seewasserwerkes liefern soll. Das Grundwasser ist so vorzüglich, wie es besser nicht sein kann; wir haben gar nicht nötig, einen Schritt rückwärts zu tun. Ich bitte den Magistrat, nicht nur Techniker, sondern auch einen Hygieniker und einen geologisch vorgebildeten Sachmann zu den Ausschuhberatungen zu entsenden.

Stadtv. Sülzland (A. L.) tritt ebenfalls für Ausschuhberatung ein. Wegen die Erweiterung des Seewasserwerkes habe auch seine Fraktion die erheblichsten Bedenken.

Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.) tritt dem Antrage der Ausschuhberatung nur der Form nach bei, da er nicht glaubt, daß aus dem Ausschuh etwas anderes als die Vorlage herauskommen wird. Wie die Verhältnisse bezüglich der Weichbildung und Heiligensee sich gestalten werden, habe niemand voraussehen können. Das Grundwasser sei das Beste, aber seine Menge sei nicht konstant.

Oberbürgermeister Rischner: Im Ausschuh wird der Ort sein, die technischen Fragen eingehend zu prüfen. Das Vorgehen der Wasserwerksverwaltung hat auf einem Kollegialbeschlusse beruht, wonach von weiterer Beratung Abstand genommen werden sollte. Diesen Modus halte ich für bedenklich und für prinzipiell nicht richtig (Zustimmung); es ist wahrscheinlich beantragt worden durch die Geschäftsführung in den Ferien. Die städtische Verwaltung beachtet keineswegs, das System der Wasserwerkverteilung zu ändern; soweit es irgendwie möglich ist, soll die Versorgung mit Grundwasser auch weiter erfolgen. Neben dieser Versorgung soll für den Fall der Not, der Verlegenheit eine Reserve durch Müggelseewasser geschaffen werden.

Stadtv. Dr. Jadel (Soz.): Ich freue mich, daß der Oberbürgermeister das Verfahren der Deputation gemißbilligt hat. Aus der Vorlage habe ich den Eindruck bekommen, daß doch nicht mit der nötigen Entschiedenheit der Vorzug des Grundwassers vor dem Oberflächenwasser betont worden ist, sonst hätte

ja auch niemand auf den Gedanken kommen können, daß der Magistrat vielleicht beabsichtigte, allmählich wieder zur Oberflächenwasserwerkverteilung zurückzukehren. Gewisse städtische Kreise scheinen noch immer das Bestreben zu verfolgen, die reine Grundwasserwerkverteilung möglichst lange hinauszuschieben. Bequemer ist ja die Oberflächenwasserwerkverteilung und technisch auch sehr viel einfacher. Die Vorlage stellt den Techniker in die erste, den Hygieniker erst in die zweite Reihe. Die Oberflächenwasserwerkverteilung hält nicht im entferntesten den Vergleich mit der Grundwasserwerkverteilung aus. Warum sind wir denn dazu gekommen? Wir hatten 1889 und 1893 Typhusepidemien, deren Verbreitung unzweifelhaft auf die Straßauer Wasserwerke zurückzuführen war. Berlin besitzt in seinem ganzen Untergrunde ein vorzügliches Grundwasser, das ja auch einige unserer Badeanstalten speist.

Stadtv. Dr. Wehl: Die Behauptung des Kollegen Herzberg, daß ein ordnungsmäßiger Beschluß in der Deputation gefaßt worden ist, wird nicht nur von mir, sondern auch von anderen Mitgliedern bestritten; Tatsache ist jedenfalls, daß die Sitzung nicht stattgefunden hat, sondern schriftliche Abstimmung vorgenommen worden ist. Ordnungsmäßig ist es also bei dieser Vorlage nicht zugegangen. Auch heute glänzt bei der Beratung einer so wichtigen Vorlage der Chef der Wasserwerksverwaltung, Geheimrat Humshövel, wieder durch Abwesenheit.

Stadtv. Buhle (Fr. Fr.) bezeugt, daß ein solcher Beschluß wie der erwähnte gefaßt worden ist.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh.

Zur Kenntnisnahme hat der Magistrat der Versammlung zufolge ihres Beschlusses vom 2. Juni am 23. Juni eine Uebersicht über diejenigen Lohnserhöhungen vorgelegt, welche auf Grund des Stais für 1910 an einzelne Kategorien städtischer Arbeiter und Angestellter bewilligt worden sind.

Stadtv. Dr. Wehl: In der Hoffnung, daß unser Antrag auf Ausschuhberatung Ihren Beifall finden wird, fasse ich mich recht kurz. Das uns vorgelegte Material bestätigt, daß die von mir am 2. Juni vertretene Auffassung zutrifft, daß nur ganz beschränkte Kategorien von Arbeitern ganz unzulängliche Lohnserhöhungen erhalten haben, nämlich nur etwa 3000—3300 eine Lohnaufbesserung von etwa 200 000 M. Wir erhalten nur die nackten Zahlen, keinerlei Begründungen dafür, warum nur diese Kategorien berücksichtigt und nur diese Erhöhungen bewilligt worden sind. Es sind im einzelnen

fürstliche Erhöhungen um 15 Pf. täglich erfolgt, der Minimallohn von 4 M. wird vielfach noch immer nicht erreicht, während eine große Zahl von Vororten schon zu einem höheren Minimallohn gelangt ist. Die Kieselsteinarbeiter, das Wartepersonal in den Krankenhäusern, die Markthallen- und Friedhofarbeiter und zahlreiche andere Kategorien sind leer ausgegangen. Die Beamten und Lehrer haben 1 1/2 Millionen Gehalts-erhöhung davongetragen; die Arbeiter haben, auch bei Berücksichtigung der schon vorher erfolgten Lohnserhöhungen, keineswegs den notwendigen Ausgleich für die Verteuerung ihrer Lebenshaltung durch die neuesten Gesehmahnahmen erfahren. Wir bitten Sie, die Forderungen der Arbeiter in dem Ausschuh an der Hand dieser Vorlage zu prüfen.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.) hofft, daß die Ausschuhberatung ergeben wird, daß doch wohl etwas mehr werde geschehen können, als die Vorlage gebracht habe.

Stadtrat Rischner: Es darf hier nicht übersehen werden, daß wir fast in jedem der letzten Jahre bestimmten Kategorien der städtischen Arbeiter Zulagen gegeben haben. Das ist insbesondere auch 1908 und 1909 geschehen. (Redner zählt die betr. Aufbesserungen einzeln auf.)

Eine Zulage von 15 Pf. täglich hat auch ihre Bedeutung; ist uns doch erst vor kurzem in einer Eingabe gegen die Luftabteufelsteuer dargetan worden, wie stark eine Belastung von 15 Pf. für den Arbeiter ins Gewicht fällt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Der Redner gibt dann eine Uebersicht in der Entwicklung der Löhne in der Zeit von 1900 bis 1910.

Stadtv. Dintz (Soz.): Wenn sich herausstellt, daß die jetzt gezahlten Beamtengehälter nicht ausreichen, dann müssen Zulagen gegeben werden, auch wenn die Mittel dafür nicht flüssig sind. Das ist den Beamten gegenüber auch geschehen; erst nachträglich hat man versucht, die Mittel dafür aufzubringen, und noch jetzt ist man auf der Suche nach neuen Steuerquellen. Für die Beamten war auch eine Mindestaufbesserung von 10 Proz. als notwendig anerkannt, daß sich die Anträge für die Beamtengehälter in den 10 Jahren fast verdoppelt haben, hat der Magistratsvertreter nicht hervorzuheben. (Zurufe.) Gewiß haben wir jetzt mehr Beamte als vor 10 Jahren; aber auch absolut sind die Gehälter, insbesondere einzelner Magistratsbeamter, stark gestiegen, zum Teil um mehr als ein Drittel. Die Antwort darauf, warum nur 8000 städtische Arbeiter herausgegriffen worden sind von 16 000, ist der Magistrat dem Kollegen Wehl schuldig geblieben. Daß die Gaswerkarbeiter fortgesetzt aufgebessert worden wären, trifft nicht zu. Die Markthallenarbeiter haben allerdings 1901 eine Aufbesserung ihres erbärmlichen Anfangslohnes von 2,50 auf 3 M. und später auf 3,50, 1907 auf 3,75 M. erhalten. Die Aufbesserung von 1907 war die

Zulage der allgemeinen Steigerung der Lebensmittelpreise, die seitdem ununterbrochen angehalten hat. Mit so erbärmlichen Lohnhöhen von 21—24 M. die Woche kann ein Arbeiter eine Familie nicht erhalten. Die Lohnaufbesserungen in der Privatwirtschaft, insbesondere auf dem Wege der Tarifverträge, sind ganz erheblich höher ausgefallen; der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, haben die Arbeitgeber sich zu diesen Konzessionen entschließen müssen. Es hat eine

generelle Regelung der städtischen Arbeiterlöhne stattzufinden; zu dieser Erkenntnis müssen wir und in der Ausschuhberatung durchdringen.

Stadtv. Kassel (A. L.): Der Stadtrat hat zutreffend ausgeführt, daß die Lohnserhöhungen, die in früheren Jahren stattgefunden haben, hier nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Es war ja seine Pflicht, darauf hinzuweisen. Wir können nicht dulden, daß systematisch unbeachtet bleibt, was in dieser Beziehung schon geschehen ist, weil dadurch das Urteil der Bevölkerung irreführend wird. Für die Beratung im Ausschuh werden auch wir stimmen, da es unmöglich ist, im Laufe der jetzigen Diskussion festzustellen, ob die erhobenen Klagen berechtigt sind.

Die Uebersicht wird einem Ausschuh überwiesen. Hierauf beantragt Stadtv. Kassel, die Anträge wegen der Fleischsteuer zu beraten, da sie trotz der späten Stunde (8 Uhr) heute noch erledigt werden müßten. Stadtv. Borgmann (Soz.) schlägt sich diesem Antrag an; die Versammlung ist damit einverstanden.

Am 31. August haben die Stadtv. Dr. Arons u. Ger. (Soz.) folgenden Antrag eingereicht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, unverzüglich Schritte zur Bekämpfung der Fleischnot zu tun.

Derselben Gegenstand betrifft ein gestern eingegangener dringlicher Antrag, der vom Stadtv. Stöckelstein Kampf eingereicht und von der Fraktion der Linken, der Freien Fraktion und der Neuen Linken unterstützt ist:

Die Versammlung ersucht den Magistrat: 1. mit ihr in gemischter Deputation schleunigst über die anlässlich der bestehenden Fleischsteuer notwendigen Maßnahmen zu beraten; 2. die Reichsregierung zu ersuchen, alle zur Milderung der Fleischsteuer sofort durchführbaren Mittel unverzüglich zu ergreifen.

Das Reserat des Genossen Borgmann zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages finden unsere Leser im Hauptblatt in dem Artikel: „Die Fleischnot im roten Hause.“

Stadtv. Raempf (A. L.): Nach dem Antrag Arons würde die Angelegenheit mit der heutigen Debatte für uns erledigt sein; wir wünschen das nicht, daher unser etwas abweichender Antrag. Beide Anträge zusammengenommen, entsprechen der Wichtigkeit der Sache; die Freunde des Antrages Arons werden sich dem unsrigen auch wohl anschließen können. Die Wohlhabenden werden durch die Fleischsteuerung als durch eine Unbequemlichkeit betroffen; die Unbemittelten leiden unter der Steuerung wie unter einem Notstand. (Zustimmung.) Die Äußerungen des Unmutes darüber häufen sich; ich wundere mich nur darüber, daß die Exzellenzen Agrarier sie als „Fleischnotrummel“ bezeichnen. Unangenehme Wirkungen ihrer Politik sind ja in ihren Augen immer ein „Rummel“; es liegt damit ebenso, wie mit dem „Kosoltrummel“, von dem die agrarischen Organe sprachen angesichts des tatsächlichen Notstands, den die Agrarier ihren wirtschaftlichen Gegnern gegenüber durchzuführen. Ein Mangel an Vieh ist in Deutschland vorhanden. Die Viehzählung von 1909 hat eine Verabminderung des Viehstandes, namentlich beim Rindvieh, ergeben; der Landwirtschaftsminister hat den Landwirtschaftsakademikern nahegelegt, diesem Mangel abzuwehren; er erkennt also den Mangel an Vieh an. Wechnitz in Bayern. Natürlich schiebt man wieder dem Zwischenhandel und dem Detailhandel die Schuld an den hohen Preisen in die Schuhe; aber auch nicht den Schattens eines Beweises hat man dafür anzuführen vermocht. Wir würden solche Machinationen, wenn sie erwiesen wären, selbstverständlich aufschärfte beurteilen. Die jetzige Fleischsteuerung soll dann ein Naturereignis sein, gegen das man ohnmächtig sei; die Ursache sei die schlechte Heuernte des vorigen Jahres. Es steht damit gerade so wie mit der Behauptung des internationalen Charakters dieser Erscheinung, die schon Kollege Borgmann als unzutreffend nachgewiesen hat; sie beschränkt sich auf Mitteleuropa und auf die Länder mit hohen Holzschuttmauern und veterinären Abschlußmaßnahmen, wenn auch eine gewisse Steigerung auch anderswo eingetreten ist. England schiebt sich gegen Seuchengefahren genau so ab wie wir; aber überall da, wo solche Seuchengefahr nicht vorliegt, hat man der Fleischsteuer keine Schwierigkeiten gemacht. Wir müssen Fleisch importieren, darüber besteht kein Zweifel. Auf den großen Viehhaltungen wird verhältnismäßig viel weniger Vieh gehalten und gemästet als auf den Kleinbäuerlichen. Den Bedürfnissen der Konsumenten muß in höherem Maße Rechnung getragen werden, als es bisher der Fall gewesen ist. (Beifall.)

Stadtrat Rischner: Der Magistrat hat zu den Anträgen noch keinen Beschluß fassen können, aber er wird ihnen zweifellos beitreten. Ich bemerke die Gelegenheit, um Angriffe in der Presse gegen den Magistrat entgegenzutreten, wonach er beschloßen hätte, in der Frage überhaupt nichts zu tun. Diese Behauptungen der Presse haben keinerlei sachliche Unterlage. Im Juli hat der Viehhofdirektor auf Erfordern des Bürgermeisters einen Bericht erstattet, der damals zunächst eine Abnahme des Rinderauftriebs konstatieren konnte; die Sache ist dann aber weiter verfolgt worden, weil der Magistrat eben weiteres Material sammeln wollte, und ein neuerer Bericht des Schlachthofdirektors stellt fest, daß der Fleischmangel sich inzwischen auch für Berlin ganz erheblich verschärft hat. Das Minus an geschlachteten Rindern im ganzen Deutschen Reich beträgt 121 000 Stück, dem nur eine Zunahme von 12 500 Schweinen gegenübersteht. Damit ist auch für die speziellen Berliner Verhältnisse die Unterlage gegeben. Die Viehzählung von 1909 ergab ein Minus von circa 300 000 Stück Rindvieh im Deutschen Reich. Die Verträglichkeit, daß die Lage sich bald verbessern wird, können wir nur sehr skeptisch aufnehmen. Der Magistrat wird mit Ihnen bereit sein, mit Vorstellungen an die Reichsregierung vorzugehen. Von einer einseitigen Wirtschaftspolitik im Interesse des Großgrundbesitzes, der mehr und mehr zur wüsten Wirtschaft übergeht, müssen wir mit allen Mitteln loszukommen versuchen. (Beifall.)

Stadtv. Goldschmidt verzichtet mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit und die volle zutage tretende Uebereinstimmung zwischen Versammlung und Magistrat auf Wort. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Kahlmann (Fr. Fr.) tritt ebenfalls in längerer Ausführung für den Antrag Raempf ein, ebenso

Stadtv. Dr. Friedemann (Soz.-fortschr.), der ausführt, daß es sich hier um eine Frage von eminenter humanitärer Bedeutung handle, und daß es für die kommenden Reichstagswahlen gar keine bessere Propaganda geben könne, als wenn sich die Regierung auch diesen Klagen gegenüber wieder taub verhalten würde.

Damit schiebt die Diskussion. Im Interesse eines einseitigen Votums der Versammlung zieht Stadtv. Borgmann den Antrag Arons zurück, worauf der Antrag Raempf einstimmig angenommen wird.

Die Versammlung wendet sich dann nach 10 Uhr noch zur Beratung des oben mitgeteilten dringlichen Antrages Modder betreffend die Unterstützung der Veteranen.

Nachdem der Antragsteller seinen Antrag kurz begründet hat, spricht

Oberbürgermeister Rischner der Tendenz desselben seine Sympathie aus und stellt die Mitwirkung des Magistrats bei der näheren Prüfung in Aussicht.

Stadtv. Solmitz (Fr. Fr.): Eigentlich wäre es Aufgabe des Reiches gewesen, unseren Veteranen die schuldige Anerkennung zu teil werden zu lassen. Mangel einer Leistung von Reich wegen billigen auch wir aber die Tendenz des Antrages durchaus. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten, namentlich in betreff der Beschaffung der Bedürftigkeit, verkennen wir keineswegs; sie werden sich aber überwinden lassen.

Stadtv. Borgmann: Auch wir sind durchaus für die Unterstützung der Veteranen, aber nicht für eine einmalige, sondern mit Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse für eine dauernde Fürsorge für ihre letzten Lebensjahre. Wenn man einmal das Bedürfnis der Unterstützung anerkennt, dann darf der Rahmen nicht zu eng gezogen werden. Man sollte bei den Bedrungen das statistische Groß-Berlin zusammenziehen.

Der Antrag Modder gelangt darauf einstimmig zur Annahme.

Nachdem noch die Vorlage wegen Umgemeindung des städtischen Grundbesitzes in der Gemarkung Schönau nach kurzer Debatte erledigt ist, kommt die Sitzung um 10 Uhr infolge eingetretener Beschlußunfähigkeit zum Abschluß.

Aus Industrie und Handel.

Zündwaren und Zündmittel.

In den Vierteljahrsberichten zur Statistik des Deutschen Reiches wird zum ersten Mal eine Statistik der Herstellung und Besteuerung von Zündwaren und Zündmitteln im deutschen Zollgebiet, und zwar für die Zeit vom 1. Oktober 1900 bis 31. März 1910 veröffentlicht. Es waren 74 Betriebe vorhanden, welche zusammen durchschnittlich 2188 männliche und 2000 weibliche Arbeiter beschäftigten.

An Zündhölzern wurden 47 941 Millionen Stück, an Zündspäthen 205 Millionen Stück hergestellt. Vom Auslande wurden 100 Millionen Stück Zündhölzern und 3 Millionen Stück Zündspäthen eingeführt. Der Ertrag an Zündwarensteuer ergab für Zündhölzern 7 068 771 M., für Zündspäthen 10 287 M., insgesamt 7 079 058 M. für die sechs Monate.

Für die Fabrikation von Zündmitteln waren 175 Betriebe vorhanden, in denen 13 994 828 Kohlenfaden-Gläsflampen, 17 828 790 Metallfaden-Gläsflampen, 258 426 Kernstromer, 4541 Brenner zu

Quecksilberdampf-Lampen, 61 880 188 Stück - Glühlampen für Gaslampen, sowie 4 860 016 Milligramm Brennstoffe für Bogenlampen aus Steinkohle und 1 032 972 Milligramm Brennstoffe für Bogenlampen mit Leuchtgas hergestellt wurden. Vom Auslande wurden eingeführt 566 116 Kohlenfaden- und 141 407 Metallfaden-Glühlampen, 418 Kernstrahlbrenner, 70 Brenner zu Quecksilberdampf-Lampen, 20 784 Glühlampen für Gaslampen, 11 751 Milligramm (darunter 2111 Milligramm Rückware) Brennstoffe für Bogenlampen aus Steinkohle und 4088 Milligramm (darunter 8609 Milligramm Rückware) mit Leuchtgas. Die Einnahmen aus der Leuchtgassteuer in den sechs Monaten beliefen sich für Kohlenfaden-Glühlampen auf 945 029 M., für Metallfaden-Glühlampen, Kernstrahlbrenner usw. auf 1 571 299 M., für Brenner zu Quecksilberdampf-Lampen auf 11 141 M., für Glühlampen zu Gaslampen auf 1 526 952 M., für Brennstoffe für Bogenlampen aus Steinkohle auf 728 143 M. und für solche mit Leuchtgas auf 411 885 M., insgesamt auf 5 194 839 M.

Kohlenwucher.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Kohlenpreise bereits im vergangenen Winter relativ hoch waren, sind die Aussichten für den diesjährigen Winter nicht weniger als erfreulich. Denn nur in wenigen Städten stehen die Detailpreise unter denen vom vergangenen Jahre, in den meisten sind sie ebenso hoch und in einigen geben die diesjährigen Preise sogar noch über die des Vorjahres hinaus. Greifen wir diese zuerst heraus, so erhalten wir für nachstehende Städte folgenden Vergleich der Preise für einen Doppelzentner in Mark:

	1909	1910
Berlin, oberfl. Städ., Büfels, Rußl. I	3,00	3,20
Anthrazit	4,80	5,00
Braunkohlenbriketts	1,78-2,10	1,92-2,28
Stettin	1,70	1,80
Magdeburg, schlief. Steinkohlen	2,50-2,60	2,60-2,70
Altona, Anthrazit-Rußkohle	4,20	4,40
München, Braunkohlenbriketts	2,70	2,78
Lübeck, weisfl. Steinkohlenbriketts	2,50	2,60
Bremen, engl. Anthrazit-Rußkohle	3,90-4,00	3,85-4,85

In den verschiedenen Gegenden finden sich demnach Großstädte, in denen die Preise sogar höher sind als 1909, und es kann wohl behauptet werden, daß diese Städte für die Bewegung der Preise in den umliegenden Districten tonangebend sind. Zum Fleisch- und Brotwucher auch noch ein Kohlenwucher! Das sind die Segnungen der Schnapsblockwirtschaftsordnung für den armen Teufel, der immer nur das Objekt der Wucherei ist.

Wagenstandsgeld.

Die Vergünstigung der Zurückzahlung des Wagenstandgeldes, wodurch den Rechen erhebliche Summen erspart wurden, ist vom Eisenbahnminister aufgehoben worden. Die Rechen stehen einen Teil der von der Staatsbahnverwaltung verlangten Kohlentransportwagen längere oder längere Zeit hindurch bis zum Abzug durch den Empfänger beladen stehen. Für jeden Wagen erhebt die Eisenbahnverwaltung ein Standgeld von 2 M. für den ersten, 5 M. für den zweiten und 9 M. für den dritten Tag, für jeden folgenden Tag werden 4 M. mehr erhoben. Einzelne Rechen, so zum Beispiel die Reche konstantin der Große bezahlte jährlich rund 200 000 M. Standgeld. Bisher wurde den Rechen zwei Drittel der Summe zurückgezahlt. In Zukunft wird nun der volle Betrag des Wagenstandgeldes erhoben werden.

Wenn einzelne Rechen so enorme Beträge zahlen müssen, dann beweist das übrigens auch, daß sie den Umschlag sehr zögernd vollziehen und in der Anforderung der Wagen wohl über das Bedürfnis hinausgehen. Die Klagen über den Wagenmangel werden dadurch als übertrieben charakterisiert. Daß die Eisenbahnverwaltung gerade jetzt, wo die Landwirtschaft erhöhte Anforderungen an den Wagenpark stellt, das Material möglichst auszunutzen sucht, ist ein durchaus berechtigtes Bestreben.

Eine Vereinsfabrik. Der Verein deutscher Delfabriken in Mannheim erwirbt auf der Weddel bei Hamburg 25 000 Quadratmeter Terrain, woselbst eine Fabrikationsanlage für Speiseöl errichtet werden soll. Die Gesamtkosten betragen 2 Millionen Mark.

Die deutschen Aktiengesellschaften im 2. Vierteljahr 1910.

Nach den Ermittlungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Bekanntmachungen der Gerichte im Reichsanzeiger wurden im 2. Vierteljahr 1910 54 Gesellschaften mit einem nominalen Aktienkapital von 61,02 Millionen Mark neu gegründet gegenüber 89 Gesellschaften mit 46,13 Millionen Mark im ersten Vierteljahr. Die gesamte Gründungstätigkeit im vergangenen Halbjahr belief sich somit auf 93 Gesellschaften mit einem nominalen Kapital von 108,05 Millionen Mark. Im 1. Halbjahr 1909 war die Zahl der gegründeten Gesellschaften dieselbe, jedoch ihr Kapital 129,48 Millionen Mark. Von den 54 Gesellschaften des 2. Vierteljahres 1910 wurden 23 mit 29,78 Millionen Mark unter Einbringung bestehender Unternehmungen gegründet, für die Sachanlagen bei diesen Umwandlungen wurden 24,50 Millionen Mark in Aktien gewährt. Bemerkenswert ist, daß das Kaiserliche Statistische Amt nur diejenigen Sachanlagen feststellen kann, welche unter Beobachtung der Schutzvorschrift des § 186 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches eingebracht werden.

Kapitalerhöhungen erfolgten im 2. Vierteljahr 1910 bei 96 Gesellschaften um 166,14 Millionen Mark, während 27 Gesellschaften Kapitalherabsetzungen um 10,71 Millionen Mark vornahmen. Im selben Zeitraum traten 24 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 15,29 Millionen Mark in Liquidation. Bei 2 Gesellschaften mit 1,2 Millionen Mark Kapital wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Trustpolitik.

Die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft fühlt sich schon als Herr des deutschen Marktes und der deutschen Konsumenten. Die Lieferungsverträge, die sie, als deutscher Abnehmer des Petroleumtrusts, den Detailhändlern neuerdings vorlegt, beweisen das. Die neuen Lieferungsverträge laufen bis Mitte 1913. Eine Kündigung derselben soll nur mit sechsmonatlicher Frist erfolgen! Der Käufer muß seinen Gesamtbedarf von den Amerikanern beziehen und sich für die ganze Zeit auf ein Mindestquantum festlegen! Der Käufer ist auch dann gezwungen, eine Konventionstraße zu zahlen, wenn er Petroleum österreichischer oder ungarischer Herkunft bezieht. Dazu kommt noch, daß er nicht einmal amerikanisches Petroleum beziehen darf, wenn es durch eine Firma geliefert werden sollte, die dem Trust nicht irgendwie nahe steht. Die Amerikaner wollen sich davor sichern, daß plötzlich irgendwo einmal ein amerikanischer Konkurrent aufsteht und ihnen ins Gesicht pflückt. Eine weitere interessante Neuerung gegenüber den früheren Verträgen ist auch der Passus, daß die Detailabnehmer der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft bei Petroleumbezügen von anderer Seite Rechnung über etwaige Bestellungen ablegen müssen!

Der preussische Staat und die Großkapitalisten der Deutschen und Dresdner Bank haben dem Trust seine Eroberungspolitik leicht gemacht.

Soziales.

Der Kampf um die Rente.

Der Oberberichter Friedrich J. in Gb. hat am 29. Oktober 1907 durch Betriebsunfall eine Verletzung des linken Armes erlitten. Seit dem 29. Januar 1909 wurde ihm von der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik eine Rente von 15 Proz. gewährt. Mit Ablauf des Monats November 1908 wurde ihm die Rente entzogen. Nach dem ärztlichen Gutachten des Vertrauensarztes Dr. W. sollten die erwerbsbeschränkenden Folgen des Un-

falls beseitigt sein. Die Klagen des J., daß er im verletzten Arme stehende Schmerzen habe, wurden als nicht glaubhaft bezeichnet.

Die von J. gegen den Rentenaufhebungsbescheid eingelegte Berufung wurde vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam am 30. Januar 1909 zurückgewiesen. Durch den Augenschein und die Untersuchung des Vertrauensarztes des Schiedsgerichts Sanitätsrat Dr. S. ist der von Dr. W. erhobene Befund, heißt es im Urteil, bestätigt worden. Die Bewegungen des linken Armes sind innerhalb der normalen Grenzen ohne krankhafte Geräusche ausführbar. Im Armegeleise besteht kein Erguß. Es ist auch keine wesentliche Abmagerung der Beinmuskulatur vorhanden. Nach diesem Befunde besteht keine wesentliche Unfallfolgen mehr. Außerdem verdient der Kläger wie vor dem Unfälle 6,32 M., während gleichartige unbeschäftigte Personen nur 5,50 M. erhalten. Die Rentenaufhebung ist somit zu Recht erfolgt.

Gegen dieses Urteil legte J. beim Reichsversicherungsamt Rekurs ein. Er bestritt, daß eine Besserung eingetreten sei. Im Vordergrund der Beschwerden standen die Klagen über stehende Schmerzen im linken Arme. Das Reichsversicherungsamt ließ den Kläger vom stellvertretenden Kreisarzt Sanitätsrat Dr. P. untersuchen. Dieser Sachverständige gelangt bei der Untersuchung zu dem Ergebnis, daß noch Folgen des Unfalls bestehen. Allem Anschein nach ist seiner Ansicht nach bei dem Unfall ein Knochenstückchen abgesprengt worden. Die 15 Proz. seien weiter zu gewähren, da eine Besserung nicht eingetreten ist. Der Gutachter empfiehlt Röntgendurchleuchtung, dieselbe werde seine Ansicht bestätigen. Darauf wurde J. auf Veranlassung des Reichsversicherungsamtes im Krankenhaus B. vom Oberarzt Dr. R. am 15. März 1910 untersucht. Die Röntgendurchleuchtung ergab, daß im Weichteilinnern ein Stück einer Nadelspitze steckte. Durch Operation wurde der Fremdkörper entfernt!

Nun entstand die Frage, ob dieses Nadelstück überhaupt gelegentlich des Unfalls vom 28. Oktober 1908 eingedrungen sein könne. Der Vertreter des Verletzten bezeichnete es unter Berücksichtigung der Art des Unfalls als durchaus wahrscheinlich, daß das Nadelstück bei dem fraglichen Unfall in das Arme gelangt ist. Derselbe sprach die konstanten Beschwerden des J. über stehende Schmerzen im linken Arme. Er ersuchte um Beurteilung der Berufsgenossenschaft. Der Vertreter der Berufsgenossenschaft bestritt diese Annahme und beantragte, den Rekurs des Klägers zurückzuweisen.

Der Rekurs hatte Erfolg. Der erkennende Senat des Reichsversicherungsamtes beurteilte die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik zur Weiterzahlung der Rente von 15 Proz. In den Gründen des Urteils des erkennenden Senats heißt es u. a.: „Ein sicherer Beweis, wie der Fremdkörper in das Arme des Klägers gelangt ist, ob durch den Unfall oder bei einer anderen Gelegenheit, ist nicht erbracht und war nach Lage der Sache auch nicht zu erbringen. Aus den näheren Umständen des Unfalls, aus der Tatsache, daß der Verletzte nach glaubhafter Angabe seit dem Unfälle stets über stehende Schmerzen im Arme geklagt hat, sowie aus der Art der erlittenen Beschädigung des Armes hat aber das Rekursgericht in Uebereinstimmung mit dem ärztlichen Sachverständigen Dr. R. die Ueberzeugung gewonnen, daß mit überwiegender Wahrscheinlichkeit der Unfall vom 28. Oktober 1907 für das Eindringen des Nadelstücks in das verletzte Arme verantwortlich zu machen ist.“

Warum ließ sich das Schiedsgericht und sein Vertrauensarzt, der in wenigen Minuten mit seinem falschen Urteil fertig war, von der geradezu krankhaften Manie leiten, den Angaben des Verletzten keinen Glauben zu schenken? Weshalb nahmen das Schiedsgericht und sein Vertrauensarzt keine Röntgenstrahlung vor? Die Kosten für den Vertrauensarzt und den Vorstehenden sollen doch nicht aufgewendet werden, um das Recht des Verletzten zu brechen, sondern um ihn zu seinem Recht zu verhelfen. Die Simulationsfälschung hat in diesem Fall zwar nicht endgültig dem Arbeiter sein Recht entzogen können, hat es ihm aber über 1 1/2 Jahre vorenthalten.

Preisdrückerei verläßt gegen die guten Sitten.

Das Landgericht Elberfeld hat als Berufungsinstanz dieser Tage ein Urteil des Solinger Gewerbegerichts bestätigt, das einen Arbeitsvertrag, durch den sich ein Schleifer verpflichtet hatte, weit unter den Lohnsätzen des Preisverzeichnisses (Stüchlohn) zu arbeiten, als gegen die guten Sitten verstößend bezeichnete. Die Firma Gebrüder Bloke schloß im vorigen Jahre mit dem Schleifer E. einen schriftlichen Vertrag ab, durch den sich E. verpflichtete, mindestens bis zum 1. Juli 1910 ausschließlich für die Firma Gebrüder B. in einer von dieser zu stellenden Schleifstelle zu arbeiten, und zwar zu einem Lohnsatz, der durchweg um fünfzig Prozent niedriger war als die Sätze des Preisverzeichnisses (Tarif) der Tafelmesserschleifer. E. konnte hierbei nichts verdienen, stellte die Arbeit ein und wurde darauf von der Firma auf Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von 700 M. verklagt. Das Gewerbegericht Solingen erkannte auf Abweisung der Klage, indem es den Einwand des Beklagten, der Vertrag sei nichtig, weil er gegen die guten Sitten verstoße, als zutreffend bezeichnete. Fest steht, daß der Beklagte schon vor dem Abschluß des schriftlichen Vertrages mehrere Monate für die Firma zu dem recht niedrigen Lohne gearbeitet habe. Unter diesen Umständen habe kein Grund vorgelegen, den Beklagten, einen Hausgewerbetreibenden, der für eine Reihe von Firmen arbeiten konnte, für die verhältnismäßig lang Zeit zu binden durch einen ganz einseitig zugunsten der Klägerin aufgestellten Vertrag, dem der Beklagte zweifellos in einer gewissen Notlage, unter dem Druck der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zugestimmt habe.

Kommunales.

Die Stadtverordneten

hatten gestern in ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien sogleich ein sehr reichliches Arbeitspensum zu erledigen. Daß eine große Sitzung erwartet wurde, zeigte schon die Tribüne, die bis zum letzten Platz besetzt war. Abwehr der Fleischnot, Aufbesserung der Gemeinbedienstetenlöhne, Beseitigung der Turnhallenperre, das waren hauptsächlich die Beratungsgegenstände, denen das Interesse das Tribünenbesucher galt.

Zu einer Debatte führte zunächst die Vorlage, durch die eine Erweiterung der Wasserwerke gefordert wird. Der Plan, die Entnahme von Wasser aus dem Müggelsee beizubehalten, stieß ziemlich allgemein auf Bedenken. Genosse Weyl schilderte die höchst fonderbare Art, in der diese Vorlage zustande gekommen war. Der dafür verantwortliche Stadtrat Rumschöttel, Vorsitzender der Wasserwerksverwaltung, glänzte leider durch Abwesenheit. Weyl hob hervor, daß nur Brunnenwasser hygienisch einwandfrei ist, und zeigte, daß der Gefahr des Wassermangels auch anders als durch Wiedernutzung des hygienisch bedenklichen Müggelseewassers begegnet werden kann. Ein einziger Redner, Stadtverordneter Herzberg, wagte es, für die Vorlage einzutreten. Auch Oberbürgermeister Kirchner suchte die geduldeten Befürchtungen zu zerstreuen. Im übrigen aber schüttelte er Herrn Rumschöttel, der in der Wasserwerksverwaltung den Selbstherrscher spielen zu dürfen meint, sehr deutlich ab. Genosse Jadel wies darauf hin, daß über die Frage der Versorgung Berlins mit Grundwasser nun schon seit Jahrzehnten gestritten worden ist und die Entscheidung immer wieder hinausgeschoben wird. Er erinnerte daran, daß es eine Typhusepidemie war, die im Jahre 1893 zu so plötzlicher Schließung des aus der Spree schöpfenden Wasserwerkes

an der Straßauer Allee zwang. Auch er zeigte, daß es noch mancherlei einwandfreie Mittel gibt, dem Wassermangel abzuhelfen. Das Projekt wurde schließlich einem Ausschuss überwiesen.

Die Vorlage über Erhöhung von Gemeindearbeiterlöhnen, die der Verammlung zur Kenntnisnahme mitgeteilt wurde, gab unserem Genossen Weyl Anlaß zu der Feststellung, daß von einer gründlichen Aufbesserung wieder mal keine Rede sein kann. Ein Ausschuss, dem die Vorlage zu überweisen sei, werde hoffentlich zu dem Ergebnis kommen, daß die Gemeinbediensteten mit Recht ein Mehr fordern dürfen. Auch Stadtv. Goldschmidt fand, daß „etwas mehr“ doch wohl geheißen könne. Aber Stadtrat Fischbeck, der Spezialist für „Arbeiterfürsorge“, wie der Berliner Stadtfreiwirtschaftler meint, schilderte mit beredtem Eifer, wieviel im Laufe der Jahre für die Arbeiter der Stadt getan worden sei. Ihm antwortete Gelächter, das von den Blättern der sozialdemokratischen Fraktion sich erhob und auf der Tribüne bei den Gemeinbediensteten seinen Widerhall fand. Durch einen sehr wirksamen Zwischenruf unseres Genossen Pfannkuch wurde er vollends aus dem Text gebracht. Die verdiente Abfuhr holte sich dann Herr Fischbeck bei unserem Genossen J. so gründlich, daß noch Herr Cassel für den Bedrängten einbringen zu sollen glaubte. In dem Ausschuss, dem die Vorlage überwiesen wurde, wird noch weiter ein Wortchen mit den freisinnigen „Arbeiterfreunden“ zu reden sein.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der den Magistrat aufrief, Schritte zur Bekämpfung der Fleischnot zu tun, hatte den Stadtfreiwirtschaftler ermuntert, einen gleichen Antrag einzubringen. Die begründenden Ausführungen des Genossen Borgmann zielten auf die Fleischwucherpraktiken der Junker und die Abspernungspolitik der Regierung. Vom Stadtverordneten Kampf wurde der Antrag der Freisinnigen begründet. Der Magistrat will, wie aus der Erklärung des Stadtrats Fischbeck als des Vorsitzenden vom Viehhofskuratorium hervorging und im übrigen selbstverständlich war, der durch die Anträge gegebenen Anregung Folge leisten. Die sozialdemokratische Fraktion willigte schließlich ein, ihren Antrag zurückzuziehen und dem Antrage der Freisinnigen beizutreten, so daß mit seiner einstimmigen Annahme eine einheitliche Willensäußerung der Verammlung zustande kam.

Zu einem Antrage auf Beteranenfürsorge durch die Stadt, den der Stadtv. Modler begründete, äußerte Oberbürgermeister Kirchner sich mit einer Erklärung, die nicht darauf schließen ließ, daß der Magistrat sehr begeistert für diese Idee wäre. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte dem Antrage zu mit der Bedingung, daß die Fürsorge, wie Genosse Borgmann hervorhob, eine dauernde sein müsse. Eine gemischte Deputation soll, falls der Magistrat mitmachen will, die Frage prüfen.

Die Beratung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, der die Aufhebung der Turnhallenperre gegen den Turnverein „Fichte“ forderte, mußte in vorgerückter Stunde vertagt werden, zur großen Enttäuschung der vielen auf der Tribüne sitzenden „Fichte“-Turner. Wir erfahren übrigens, daß in der Schuldeputation bereits Neigung vorhanden ist, dem Verein die Turnhallen der Stadt wieder zu überlassen.

Eingegangene Druckschriften.

Der Fall Simon. Ein Dyster jesuitischer Ränke. 50 Pf. Freidauer Verlag, Dresden-N.

Der Mensch und die Erde. Heft 106-110. Herausgeber: G. Kraemer. 120 Heft. a 60 Pf. Bong u. Co., Berlin W. 57.

Rapunzel. Von L. Fuchs. (Gausbücherei Bd. 33.) 1 M. Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung, Hamburg-Großhörn.

Aus dem Regen in die Traufe. Von O. Ludwig. 25 Pf., geb. 55 Pf. (Gausbücherei Bd. 23.) Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung, Hamburg-Großhörn.

Jahrbuch für 1909-10 und Protokoll des siebenten Verbandstages des Zentralverbandes der fernöstlichen Arbeiter Deutschlands. 269 Seiten. P. Müller, Berlin SO. 16.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Ständestrasse Nr. 60, vorn über Treppen - 7 a b u d - , wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachname und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trägt man in der Sprechstunde vor.

R. Tegel. 1. Wenn der Rekurs erbracht werden kann: ja. 2. Ja, falls Sie für allein schuldig erklärt werden, für diesen Fall 3. Rein. 4. Für beide Kinder. 5. Um 5 M. 6. Ja, sofern Sie für allein schuldig erklärt sind und die Frau sich nicht allein ernähren kann. 7. und 8. Die zur Führung eines getrennten Haushaltes nötigen Sachen kann die Frau herausfordern, sofern ihr ein Erhebungsgrund zur Seite steht. 9. Ja. - W. S. 100. Sie haben, soweit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, keinen Anspruch auf Erlass der Kosten für die Treppe. - W. 12. Das ist nicht notwendig, aber zweckmäßig. - W. 13. Die vertragliche Kündigungsklausel ist maßgebend. - W. S. 21. 1. Unverständlich. 2. Ja. 3. Nach Ablauf eines Jahres nach Aufhebung des Verhältnisses. - G. G. Weib. 1. Antrag an das Vormundschaftsgericht. 2. Ja, sofern die Arbeiterin in Berlin wohnt. - G. R. 15. Wir raten, sich an die Gerichts-correspondenz von Carl Thiele, Calbeinstr. 14, von der die meisten Redaktionen derartige Gerichtsbescheide beziehen, zu wenden, auch an die in Frage kommenden Redaktionen zu schreiben. - G. R. Nr. 22. Sie können den Wunsch der Mutter erfüllen. - G. S. 1. Ja. Die Kosten sind verschieden, je nach dem Umfang des Gewerbes. 2. Ja, sofern Sie Wert auf Erhaltung der Staatszugehörigkeit legen. 3. Ja. - G. S. 125. Ihre Anträge ist in der Nr. 201 des „Vorwärts“ vom 28. August beantwortet. Wenn die Zurückbehaltung nicht im Interesse des Sohnes liegt, so muß beim Vormundschaftsgericht beantragt werden, daß der Vater zur Herausgabe anzuhalten ist. - W. S. 1. Bereits am 13. August (Nummer 168 des „Vorwärts“) haben wir Ihre Anfrage beantwortet. - O. N. G. Rein. - Ausland 100. 1. Wenn in Bremen wohnhaft, ja. Die Scheidung ist aber nur möglich, wenn die Gesetze des Heimatstaates das zulassen. 2. Rein. - M. 2. 76. Sie sind erst dann zur Herausgabe an die Eheleute verpflichtet, wenn Sie vollständig beschädigt sind. Ihnen stehen Ihnen von dem Zeitpunkt der Eingabe des Darlehens nur dann zu, wenn das vereinbart ist. Ist nichts vereinbart, so haben Sie 4 Prozent vom Tage der Fälligkeit zu beanspruchen. Ein den angeblichen Käufer dürfen Sie die Pfandsumme nur mit Zustimmung desjenigen, auf dessen Namen sie ausgestellt sind, abzurufen. - M. S. 82. 1. Die gesetzliche Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen vor jedem Quartalsersten. 2. Auch mündliche Vereinbarung einer kürzeren einmonatlichen Kündigungsfrist ist zulässig. 3. Nach Ihrer Darstellung erst am 1. Oktober. 4. Rein. - 301 Weihenstephan. 1892. - de S. 60. Sonntag vormittag 9-12, Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag abends 7-10. Redaktionen beim Diebstahl. W. Weibel, Kanonenstr. 12. - S. W. 100. 1. Rein. 2. Es kann Strafanzeige erstattet werden. - W. W. Weihenstephan. 1. und 2. Ja. - M. S. 100. 3. Januar bis 18. Februar 1909. - G. S. 22. Die Verpflichtungen sowohl der Krankenkasse als auch der Hilfskassen gehen auf die Versicherungsanstalten über. - R. 20. Falls der Mann vor den Eltern verstorben ist: nein, sonst ja. - G. W. 3. 1. Sie haben Bestrafung zu erwarten. Die Missethate ist ein Tag Gefängnis. 2. und 3. Die Gemeinde Ober-Schönau kann die Steuern beanspruchen. Haben Sie sich in Chemnitz abgemeldet, so reklamieren Sie. Die Ansicht der Chemnitzer „Volkstimme“ ist insofern richtig, als es sich um einen Lohn von unter 25,25 M. mündlich handelt. - M. S. 95. Der Lohn für den Mann steht Ihrer Schwester unseres Erachtens zu. Zukünftig ist das Gemeindegeld, wenn Ihre Schwester abwesend für das Gewerbe des Schuldners beschlagnahmt war. Wurde sie überwiegend in der Hauswirtschaft beschäftigt, ist das Amtsgericht zuständig. - G. S. 111. Die Zahlung der Forderungen muß rechtzeitig vor dem Hauptverhandlungstermin bei dem erkennenden Gericht beantragt werden, unter Angabe der Tatsachen, die die Forderungen begründen sollen.

„Silesia-Bad“
 552* Schlesische Str. 31
 Alle Arten medizinische Bäder.
 Lieferant aller Kassen.

Hut-Salinger Begründet 1873
 Engros Spezialhaus für Neuheiten Export
 in Filzhüten, Zylinderhüten, Chapeau claque, Strohhüten
 echten Panamas.
 Einzelverkauf zu sehr billigen
 und streng festen Preisen.
 Neue Königsstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
 Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
 erstklassiges Fabrikat
 (5mal prämiertes Staats-
 medaille) in allen Holz-
 und Stilarten von
 wunderbarer Tonfülle.
 (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
 ohne jeden Preisaufschlag. 97/10
 Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1
 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

Möbel
 liefert auf **Teilzahlung**
 bequem bei kleinster Anzahlung in be-
 kannter Güte
 (mit größter Rücksicht bei Krank-
 heit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Arbeiter-
Bekleidung — Berufsbekleidung.
 Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Geschäft Alexanderstr. 12.
 Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Nur ein Preis!
Gänse 0,65
 Nur allererste Qualität
 Gänserdünge, 1/2 Gänse.
 Fette Suppenhühner, jge. Brathühner.
 P. Wegner, SO, Mariannenstr. 84.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 dicht am
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Theater und Vergnügungen

Freitag, 9. September.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Königl. Opern-Theater.
 Don Juan.
Königl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
 Anfang 8 Uhr.
Deutsches Amphitheater.
 Romanesque. Simson und Delila.
Reisinger, Lantier der Karr.
 Romische Oper. Nigamerlebe.
Berliner Musikanten-Gesellschaft.
 Kleines Lustspiel.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Westen. Die geschiedene Frau.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
 Goldene Herzen.
Schiller Charlottenburg. Die Liebe macht.
Berliner Volksoper. Der Flieger.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Zuilen. Die Brüder von Sanft.
 Bernhardt.
Modernes. Die Wespe.
Trianon. Flade der Jugend!
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Zustellhaus. Das Leutnantsmündel.
Sternwarte. Wenn zwei dasselbe tun.
 Das starke Stück.
Wiese. Dorf und Stadt.
Holländische. Der schwarze Schimmel. — Das alte Ghetto.
 (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
 Wiederleute.
Puhmann. Verbotene Frucht.
 (Anfang der Spezialitäten 1/2 Uhr.)
Metropol. Hallo!!! — Die große Revue.
Kajano. Der Schneidige Rudolf.
Apollo. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Prater. Der Bettelstudent von Berlin.
Reisinger. Vater und Sohn.
Schwärzer-Garten. Spezialitäten.
Max Klemm. Spezialitäten.
Wolgarten. Die Anna-Die.
Neues Schauspielhaus. Ge-
 schlossen.
Urania. Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr: Die Welt aufstellung
 in Brüffel.
Sternwarte. Anwaltsstr. 57-58.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 Heute abends 8 Uhr:
**Die Weltausstellung
 in Brüffel.**
Berliner Volksoper
 Belle Allancetrage 7/8.
 Heute 1/2 Uhr:
 Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:
Der Flieger.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Anfang 8 Uhr.
Die 300 Tage.
 Schwan in 3 Akten von Sebault-
 Charoch.
 Dienstag, 13. Sept., zum erstmal:
Noblesse oblige.

Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr Premiere:
Die Brüder v. St. Bernhard.
 Schauspiel in 5 Akten v. H. Horn.
 Sonnabend: Die schöne Ungarin.
 Sonntag nachm. 3 Uhr zu er-
 mäßigten Preisen: Egmont. Abends
 8 Uhr: Die Brüder v. St. Bern-
 hard.
 Montag: Egmont.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 152.
 Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Dorf und Stadt.
 Schauspiel in 5 Akten von Charlotte
 Birch-Blieffer.
 Morgen: Dorf und Stadt.
 Auf der Gartendüne: Theater-
 vorst., Spezialitäten. Gr. Konzert.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
 In 8 Bildern von Jul. Freund.
 Musik v. Paul Lincke. In Szene
 gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
 9 1/2 Uhr:
Verbotene Frucht.
 (In Hamburg seit 5 Monaten vor
 ausverkauften Häusern u. Stadtgepr.)
Gisela Schneider-Nissen.
Das verrückte Hotel
 sowie 8 für Berlin vollständig neue
 Attraktionen.

WINTERGARTEN
12 Attraktionen
 das
 von Publikum und Presse
 glänzend beurteilten
Eröffnungs-Programms!
 Der Gipfel der
 illustren Varieté-Kunst!

Herrnfeld Theater
 Die größten Schlager
 der letzten Saison:
Das starke Stück und
Wenn zwei dasselbe tun
 mit Autor und Donat Serranfeld.
 Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Sonntag nachm. 4 Uhr: Wenn
 zwei dasselbe tun.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
 Freitag, abends 8 Uhr:
Goldene Herzen.
 Volksstück in 4 Akten von G. Karlowitz.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
 Operauf: In Zivil.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Bibliothekar.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Liebe wacht.
 Lustspiel in 4 Akten von G. H. de
 Callabel und Robert de Fiers.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
**Robert und Bertram oder:
 Die lustigen Vagabonden.**

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor.
 Heute und folgende Tage:
Original Münchener Herbstfeste Juhu!!!
 Oberlandler Kapellen ♦ Kirchweih- und Schützenfest.
 Bei ungünstiger Witterung im Saal.
 Abonnenten des „Vorwärts“ haben wochentags freien Eintritt.
 Diese Annonce ist am Eingang vorzusetzen.

Luna-Park
**TERRASSEN
 HALENSEE**
 Größter Vergnügungspark
 des Kontinents.
 Eintrittspreis 50 Pf.
 mit Ausnahme von Elitetagen.
 Sensationelle Attraktionen × Militärkonzert × Oberbayerische
 Sänger und Schupplattler × Tanaga-Theater × Mon Plaisier!

Passage-Theater.
 Das Eröffnungs- Progr.
 der
Winter-Saison!
 Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff
 mit ihren neuen Schlagern
 von Walter Kollo.
**Collins 10 eng-
 lisch. Backische.**
 Polmey u. May, unerreichten.
George Barrington
 und 12 Starsummern.

**Moabiter
 Gesellschaftshaus**
 Wielestr. 24. Emdener Str. 40.
 Größtes
Kientopp-Theater
 Moabits.
 Wöchentlich zweimal neues Programm.
 Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Der schwarze Schimmel.
Bunter Tell:
Das alte Ghetto.
 Vorverkauf 11-2, abends ab 6 Uhr.

Passage-Panoptikum.
 Bodhas dunkles Geheimnis.
**Der Mann mit dem
 eisernen Schlund!**
 Von 4-7 Vitaskop-Theater
Aguanoptikum
 Experiment aus der 4. Dimension.
 Alles ohne Extra-Entree!

Burgtheater-Kinematograph
 vorm. Grotzerjan, (Jahab.: Rud. Marx,
 Schönhauser Allee 129. Tel. 8. 9353.
Lebende Photographien.
 Während der Sommermonate nur
 Sonnabend, Sonntag u. Montag.
 Eintritt 30 u. 40 Pf. Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntag 4 u. Vorverkauf,
 nur mocht. gültig. 25 Pf. auf allen
 Plätzen. Stets wech. Progr. Jed.
 Sonntag 1. Oberlauf: Rühlerkonzert.
 Entree 15 Pf. Garbode 10 Pf.
 R. d. Konzert: Familien-Kränchen.
 Täglich: Freikonzert.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
 Spezialitäten.**
Casino-Theater
 Holzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
 Die urkomische Besse
Der Schneidige Rudolf.
 Rudolf Schimpfmann: Dir. G. Berg.
 Vorher das glänzende bunte Progr.
 Nur Attraktionen ersten Ranges.
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Der Hochmutsstapel.

Königsstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 79. Ecke Alexanderstraße.
 Wiederauftreten von
Franz Sobanski.
 Dazu das außerordentl. Sept. Progr.
Der Herr Bankier.
 Volksstück in 1 Akt von Max Lantier.
Volgt-Theater
 Gesundbrunnen Badstr. 58.
 Freitag, den 9. September 1910:
Vater und Sohn.
 Gr. Lebensbild in 5 Akten
 von G. Müller.
 Stoffereöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Freie Volksbühne
 Heft 1-5 der Monatschrift Freie Volksbühne
 (Jahrgang 1910/11) kann von allen Mitgliedern aus ihrer
 Zahlstelle abgeholt werden.
 Sonntag, den 11. September, 3 Uhr
Thalia-Theater | **Lessing-Theater**
 10/11. Abteilung (44-48). | 6. Abteilung (23-29).
Kampf. | **Das Konzert.**

CIRCUS
Cyril Hallé
 Das Monstrum aller europäisch. Zeit-Circusse
 Berlin N., Triftstraße
 Ecke Tegeler Straße
 (nächst der Müllerstraße).
 Sonnabend, den 10. September
 abends 8 1/2 Uhr:
Gala-Premiere
 mit den sensationellen
 equestrierten und artisti-
 schen Schlegeln. Zu den
 bekannten bisher unerreicht
 wohlfeilen Wochentags-
 preisen. Preise der Plätze:
 Wochentags: 30 Pf., 60 Pf.,
 80 Pf., 1 M., 1,50 M., 3 M.,
 4 M. Sonntags: 40 Pf.,
 80 Pf., 1 M., 1,50 M., 2 M.,
 3 M., 4 M. — Vorverkauf:
 Looser & Wolff, Zigarren-
 geschäft, Chausseestr. 21.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
 30. April bis 2. Oktober.
 Im Park täglich Doppel-Konzert.
 Eintritt: 10-6 Uhr 1 Mk., u. 6 Uhr ab
 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert 6 Mk.

ZOO
**LOGISCHER
 GARTEN**
 Täglich:
**Großes Militär-
 Doppel-Konzert**
 Eintritt 1 Mark.
 von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
 unter zehn Jahren die Hälfte.

Volksgarten-Theater
 früher Weimann.
 Badstr. 8, Besim. u. Seltmannstraße.
 Täglich:
Die Anna-Lise.
 Historisches Lustspiel in 5 Aufzügen.
 Spezialitäten ersten Ranges usw.

Ausstellungshallen am Zoo
Riesen-Kinematograph.
 6-11 Uhr.
Rauchen überall gestattet
Karl Haverland-
 Anfang Theater präz. 7 1/2 u.
 7/79 Kommandantenstraße 7/79.
 Das wunderschöne
Eröffnungs-Programm.

Puhmanns Theater
 Schönk. A. 148 — Kastanien-A. 97/98.
 Im Garten oder gr. Saal: 9 Uhr:
Helva, die russische Waise.
 Käto u. Karl Reich in den Hauptrollen.
 1/2 Uhr: Die Hochzeitsreise.
 Dazu neue Spezialitäten. Anf. 1/2 u.
 Mittwoch, 14. September: Mathilde
 oder: Das Frauenherz.

Sanssouei
 am Kottbuser Tor.
Beifallsstürme
 entfesselt allabendlich das
**grandiose Eröffnungs-
 Programm.**
 Käto Gütlich, moderne Jongleuse.
 Maxes und Mad, franz. Exzentriker.
 Schonk Marvely-Truppe, Akrobat
 Willy Schröder, Humorist.
 The Morisoff mit ihrem urkomisch.
 Ring- und Boxkampf.
 Hierauf die Posse:
Nu hat's geschnappt.
 Musik v. P. Lincke. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Walhalla-
 Variete Theater**
 Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
**Die amüsantesten
 Spezialitäten.**

Berliner Prater-Theater
 Kastanienallee 7-9.
 Heute:
Der Bettelstudent von Berlin.
 Spezialitäten, Konzert und Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Klemm Sommertheater
 und Festsäle.**
 Inh.: Rudolf Krüger.
 Hasenholde 13/15, vis-à-vis v. Turmpl.
 Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
 Vorstellung.**
 Artist. Leitung: Walter Gravenitz,
 Kapellmeister: Max Wolftholm.
 Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
 Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Pfade der Jugend.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 (Meysel, Britton,
 Schrader usw.)
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr
 Sonntags
 7 Uhr.

Vereins-Brauerei
 Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
 Oekonom: Max Wendi.
Täglich:

Gr. Militär-Konzert.
 Anfang wochentags 7 Uhr.
 Sonntags 4 Uhr.
 Für den Inhalt der Zusätze
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

V. Wahlkreis. Die Genossinnen der I. und II. Abteilung werden gebeten, am Sonntag, den 11. September, nachmittags 3 Uhr in Friedrichsfelde, Lindenpark zu einem gemütlichen Kaffeeloch zu erscheinen.

Steglitz. Die Bibliothek des Wahlvereins ist morgen, Sonnabend abend von 8-9 Uhr geöffnet.

Dobendorf bei Jossen. Am Sonntag, den 11. September, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal Herters Wald- und Seeschloß eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Die arbeitende Bevölkerung im Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft.

Wannsee. Morgen Sonnabend, abends 1/2 9 Uhr, im Restaurant Fürstenthor, Wahlvereinsversammlung.

Weißensee. Am Sonntag, den 11. September, findet eine Agitationspartei nach den zu unserem Bezirk gehörenden Landorten statt. Wir bitten die Genossen, die sich bereits gemeldet haben, pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Vorsigtalbe. Am Sonnabend, den 10. September, abends pünktlich 8 Uhr, beginnt in Trapps Festsälen, Zegel, der Lichtbildvortrag des Genossen Graf über die Geschichte unserer Erde.

Zegel. Morgen Sonnabend, den 10. September, abends 8 Uhr pünktlich, beginnt in W. Trapps Festsälen, Bahnhofstr. 1, der Lichtbildvortrag des Genossen Graf über: Die Geschichte unserer Erde.

Berliner Nachrichten.

Eine Galerie des Glends.

Was ist los? Die Leute bleiben in der vom dichtesten Verkehr durchzogenen Straße stehen, schauen, lächeln, gehen weiter, bleiben wieder stehen, lächeln wieder.

Ein seltsamer Zug naht sich, im wahrsten Sinne ein Zug „schwankender Gestalten“. Nicht schwankend von Trunkenheit, wohl aber geduckt, gebeugt von Krankheit, Sorge und Glend.

Der Zug eröffnet ein großer breitschulteriger Mann mit einem martialischen Schnurrbart. Sein Rock ist von der Sonne ausgebleicht und fadenförmig. Im Knopfloch baumelt ihm so 'ne kleine Kupfermedaille, Gott weiß für welche „Verdienste“.

Der zweite ist ein noch junger Mann, lang, schmal, mit flacher Brust; aber das Gesicht! Es ist erdfahl, die Knochen springen weit vor und die dunklen, schönen Augen sind von tiefen Schatten umrandet.

Der dritte ist ein kleines Kerlchen, dem ein dünnes Schnurrbärtchen melancholisch über die Rundwinkel hängt. Sein Hut hat wohl schon hundert Regengüsse ab bekommen und seine „Trittlinge“ sind irgendwo aus einer Müllkute ausgelesen.

Der vierte eine richtige Apselgestalt, dessen einziger Trost auf dieser Welt die Flasche ist. Das Gesicht breit, ausdrucklos, aufgedunsen, verschwommen. Die Nase bläulichrot. Kleine, blinzelnde, wässrige Augen, die stumpf sinnig vor sich hinblicken und nur mitunter ängstlich und schüchtern zur Seite schielen.

Der fünfte ein untersehler, vertieft ausschender Mensch. Er trägt ein altes grünes Filzhütchen fest auf einem Ohr und kaut an einem Strohhalm. Sein Zeug weist Spuren einer ehemaligen Eleganz auf.

Und nun der sechste! Das ist ein kräftiger, stämmiger Mann mit derben, ausgearbeiteten Fäusten. Sein Anzug ist alt, schäbig und vielfach gestickt, aber peinlich sauber. Drei tiefe Falten graben sich über der Nasenwurzel tief in die Stirn ein und die Augen, die von starken Brauen beschattet werden, sind beharrlich und trotzig auf den Apsel gerichtet.

Strüppel, der sich mühsam fortzieht. Weiter, immer weiter geht der Zug, wohl an die vierzehn Mann. Jeder trägt ein Schild, darauf prangt in großen grellen Lettern: „Venushallen. Elegantes Varietè der Residenz.“

Vor unserm innern Auge aber entsteht ein Zug, ein unabsehbarer langer Zug. Rote Fahnen flattern im Wind, darauf steht: „Freiheit! Freude! Gleichheit! Gerechtigkeit! Brüderlichkeit!“

Diebesorganisation in Alt-Berlin. Die Berliner wurden nach den Freiheitskriegen ungewöhnlich stark durch Verbrechen gegen das Eigentum beunruhigt. Einen wahrhaft erschreckenden Charakter nahmen diese mit dem Beginn des Jahres 1826 an. Dabei waren die verwegendsten Einbrüche, sogar diejenigen in gut bewachte öffentliche Kassen, von so auffallender Gleichmäßigkeit, daß auf eine wohlorganisierte Diebesbande geschlossen werden mußte.

„Der wahre Jacob“ (828) ist nachgedruckt worden und gelangt von heute früh ab in der Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69, erneut zur Ausgabe.

Ueber die mangelhafte Bahnverbindung nach dem Zentralfriedhof in Stahnsdorf laufen bei der Berliner Stadtsynode fortwährend Klagen und Beschwerden ein. Wie bekannt, wurde seinerzeit von Wannsee aus nach dem neuen Friedhof Automobilomnibusverkehr geschaffen, doch sind nur drei derartige Befehle in Betrieb, die im ganzen 45 Personen bei einer Fahrt befördern können.

Das fehlende Gemeindefiegel.

Die Gemeinde Zehlendorf hat einen Prozeß gegen die Zehlendorfer West-Terrain-Gesellschaft durch alle Instanzen verloren, weil einem Vertrage mit dieser Gesellschaft das Gemeindefiegel nicht beigegeben war. Dadurch wurde der Vertrag hinfällig.

Zum Nachfolger des ärztlichen Direktors der inneren Abteilung des Rudolf-Birchow-Krankenhaus, Geh. Med.-R. Prof. Dr. Goldscheider, der die Königl. Klinik übernimmt, ist der dirigierende Arzt der inneren Abteilung derselben Anstalt, Prof. Dr. Kuttner, vorgeschlagen worden.

Die Cholerafahrgefahr gänzlich beseitigt. Aus Berlin und Spandau liegen vom gestrigen Tage so günstige Nachrichten über das Befinden der unter Quarantäne stehenden choleraverdächtigen Personen vor, daß man die Cholerafahrgefahr als völlig beseitigt betrachten darf.

Aus der königlichen Sanitätskommission.

Man schreibt uns: Mit vollem Recht hat jüngst der „Vorwärts“ die Wirksamkeit der Berliner Sanitätskommission, die dieser Tage nach längerer Pause im Berliner Polizeipräsidium eine Sitzung abhielt, um über Sicherheitsmaßnahmen gegen die Cholera zu beraten, mit dem Beifallen verglichen, das im Verborgenen blüht.

und der erste Garnisonarzt als Vertreter der Militärbehörde, endlich die Vertreter der Stadt Berlin, ein Magistratsmitglied und acht Stadtvorordnete. Die sozialdemokratische Fraktion ist nur durch ein Mitglied, den Genossen Dr. Wehl, vertreten. Die Kommission war nicht etwa zusammenberufen worden, weil zurzeit die Cholerafahrgefahr eine besonders drohende ist, sondern lediglich im Hinblick auf die Möglichkeit einer Einschleppung der Seuche.

Zu der gemeldeten Seuchensperre auf dem Berliner Viehhof ist noch zu bemerken, daß eine Desinfektion des Viehhofes nicht angeordnet worden ist, sondern lediglich eine gründliche Reinigung, da die von der Seuche befallenen Tiere — zwei Rinder und ein paar Schweine — nicht erst auf dem Viehhof ausgeladen, sondern sofort nach dem Seuchenhof gebracht worden sind.

Ueber eine Verschärfung der Ueberwachung von Stadtbahnzügen wird berichtet: Auf Veranlassung der Eisenbahnverwaltung hat die Polizei angeordnet, daß die geheimen Patronen, welche die Züge des Süd- und Nordringes begleiten, in erheblichem Maße zu verstärken sind.

Eine ausgedehnte Straßenbahnbetriebsstörung ereignete sich am Mittwochmittag gegen 2 1/2 Uhr in der Hofenheide. Dort verlor ein schwer beladener Gerüstwagen der Firma G. Arnold, Prenzlauer Allee 103, die Straßenbahngleise zu kreuzen.

Ueberfahren und tödlich verletzt wurde das 5 Jahre alte Mädchen Charlotte Kimpel aus der Günterstr. 88. Das Kind wurde am Dienstag vor dem Hause Müllerstr. 128 von einem zweispännigen, beladenen Deulwagen, der in den Torweg einbog, überfahren und schwer verletzt.

Ein Opfer der Eifersucht ist nach langem Krankenlager der 27 Jahre alte Schriftsetzer Bernhard Wiel aus der Prinz-Albert-Strasse zu Nummernburg ge worden. Der junge Mann hatte 1 1/2 Jahre lang ein Verhältnis mit einer 19 Jahre alten Buchhalterin Fraulein Helene F. aus der Gartenstraße.

Eine Bande von „Platterfahrern“ treibt in den fäddelichen Stadtteilen ihr Unwesen. Täglich gehen den dort belegenden Polizeirevier Meldungen über Bodeneinbrüche zu und die Art der Ausführung der Diebstähle deutet mit Sicherheit darauf hin, daß es sich stets um ein und dieselben Täter handelt.

Unangenehm überrascht wurden Donnerstag früh gegen 4 Uhr zwei Einbrecher, die in der „Apothekerbank“, Lindenstr. 74, ihr Heil suchten. Der Wächter des Hauses bemerkte die Diebe und schloß sie ein.

Der „Bund der Laubkolonisten Berlin und Umgegend“ hält seine achte allgemeine Ausstellung von selbstgezeugenen Gemälden, Blumen, Früchten, Hühnern, Tauben und Kanarienvögeln am Sonntag, den 11., und Montag, den 12. September, in den „Sophienfälen“, Sophienstr. 18, ab.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdsdorf.

Aus der Stadtvorordnetenversammlung. Das Hauptinteresse der am Mittwoch abgehaltenen ersten Stadtvorordnetenversammlung nach den Ferien nahm die Auslösung der Ende dieses Jahres auslaufenden Stadtvorordneten in Anspruch.

Pulver, als Vertreter des 1. Wahlbezirks (Salensee, Friedrichstraße, Bornimer Straße, Joachim-Friedrichstraße usw.);
Gusch, als Vertreter des 8. Bezirks (Alter Ortsteil, Wilhelmstraße, Auguststraße usw.);
Wenzel und **Schulze**, als Vertreter des 9. Bezirks (Wingelstraße, Holsteinische Straße usw.);
Ränge, als Vertreter des 10. Bezirks (Ringbahnstraße, Kaiserplatz, Hildegardstraße usw.).

Verschiedene dieser Bezirke sind für die Sozialdemokratie durchaus günstig, so daß bei intensiver Agitation gelingen muß, unserer Partei endlich die im allgemeinen Interesse bringende notwendige Vertretung zu erobern.

In der zweiten Wählerabteilung wurden die Stadtverordneten Dr. Seidig, Müller, Mittag, Rosenbaum und Zimmermann, in der ersten Abteilung die Stadtverordneten Hebebrand, Koch, Hollmann, Waldschmidt und Bickmann ausgelost. An der Auslosung nahm die Stadtverordnetenversammlung recht lebhaften Anteil. Als der Name des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Seidig unter den Ausgelosten genannt wurde, hörte man einzelne Drapenrufe. Sehr geschmackvoll war das eben nicht. Herr Seidig ist als Scharfmacher wahrlich nicht unser Freund; aber was die zum Stadtverordnetennamte erforderlichen Kenntnisse betrifft, so gerät er sich in dieser Hinsicht zu seinem Vorteil vor einer Anzahl seiner gegenwärtigen Kollegen aus.

Unter den übrigen in der Sitzung verhandelten Gegenständen haben wir zunächst einige Mitteilungen des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers Dr. Heintz herzu. Danach will der Magistrat hinfür jedes Jahr zwei Wohnungsaufnahmen veranstalten; ferner hat der Magistrat für die im städtischen Dienst tätigen Arbeiter eine neue Arbeitsordnung erlassen sowie die Wahlen zu einem Arbeiterratsrat angeordnet. Auf eine Beschwerde, die der Magistrat im Einverständnis mit der Stadtverordnetenversammlung dagegen erhoben hat, daß 100 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer statt der bisher erhobenen 90 Proz. angeordnet wurden, ist vom Ministerium ein Bescheid eingetroffen, der in zwar kurzer, aber von beträchtlicher Sachkenntnis zeugender Begründung den Aufsichtsbehörden recht gibt.

Eine recht beachtenswerte Auseinandersetzung gab es aus Anlaß einer vom Stadtverordneten Koll an den Magistrat gerichteten Anfrage wegen Vermehrung der Zahl der Stadtverordnetenmandate. Würde dem Sinne der Städteordnung gemäß die Einwohnerzahl der Stadt als Maßstab gelten, so müßten statt der bisher 48 fortan 60 Stadtverordnete über das Gesicht des Ortes berufen werden.

Stadtverordneter Hebebrand erklärte sich im Namen des Magistrats gegen die Vermehrung der Stadtverordnetenmandate, solange nicht durch eine neue Volkszählung die Einwohnerzahl von Wilmsdorf festgestellt sei.

Die Stadtverordneten Dr. Wolff und Dr. Edel wiesen auf der Städteordnung nach, daß die Vermehrung der Stadtverordnetenmandate von dem Resultat der Volkszählung unabhängig ist, sobald anderweitig einwandfrei die erforderliche Vermehrung der Einwohnerzahl festgestellt werden kann. Der Mehrheit war aber augenscheinlich nicht viel an einer Erörterung dieses heiklen Gegenstandes gelegen, denn die Debatte wurde nach Beendigung der eben erwähnten Ausführungen geschlossen, ohne daß der Magistrat eine weitere Entgegnung für nötig hielt.

Eine Anfrage, die sich auf Unterabteilungen in der Stadtkasse bezog, richtete der Stadtverordnete Cohn an den Magistrat. Sie wurde vom Stadtkassier Rohde mit der Versicherung beantwortet, daß die Kontrolle fortan verschärft werden solle.

Bei der Erörterung einer Magistratsvorlage über die Aufteilung des früheren Meyerischen Grundstücks an der Auguststraße und Wilhelmstraße regte Stadtverordneter Pulver an, einen Teil des Grundstücks als Spielplatz zu reservieren. Herr Pulver betonte, daß die Wilmsdorfer Schulgrundstücke nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen, und er wies dabei auf das von der Stadt Charlottenburg gegebene Beispiel hin, die ein Grundstück im Werte von 2 Millionen Mark mit einem Kostenaufwande von 65 000 Mark kürzlich als Spielplatz hat herrichten lassen.

Für diesen Antrag befanden die übrigen Stadtverordneten jedoch keinerlei Interesse. Sie waren von der für sie viel schwerer wiegenden Sorge geplagt, ob der Magistrat, der einen beträchtlichen Teil des genannten Grundstücks an Spekulanten verkaufen will, auch zu hohe Preise angeht haben könnte. Herr Heffe machte aus, daß ein Spielplatz an der erwähnten Stelle die übrigen verbleibenden Parzellen des Grundstücks unverkäuflich machen würde, und Herr Müller empfand ein lebhaftes Mißgefühl mit den Steuerzahlern, deren Interesse durch den Antrag Pulver verletzt würde. So war es denn kein Wunder, daß die von Herrn Pulver zur Förderung seines Antrages gewünschte Ausschussberatung abgelehnt und der Magistratsantrag angenommen wurde.

Bei der Beratung eines Magistratsantrages betr. Rückzahlung der erhöhten Remunerationen an die Hilfslehrkräfte der höheren Schulen für 1908 und 1909 wurde ein Zusatzantrag Pulver angenommen, wonach auch den Hilfskräften an den Volksschulen, soweit sie heute noch im Dienste der Stadt tätig sind, die Beträge nachgezahlt erhalten sollen.

Die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird sich mit einem Antrage des demokratischen Stadtverordneten Koll zu befassen haben, wonach der Magistrat aufgefordert werden soll, wegen Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung bei der Regierung vorstellig zu werden.

Die Liste der wahlberechtigten Bürger wird bis einschließlich 15. September dieses Jahres an den Wochentagen von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 2 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 9 bis 12 Uhr in der Melde- und Wahlabteilung, Gasteiner Str. 11, 2 Treppen, zur Einsicht öffentlich ausliegen. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind während der Dauer der Auslegung bei dem Magistrat zu erheben. Die 8. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 291,40 Mk.

Diejenigen Parteigenossen, denen es an Zeit mangelt, die Liste selbst nachzusehen, werden ersucht, mündlich oder schriftlich ihre Adresse an eine der folgenden Stellen abzugeben: Gleditsch, Auguststraße 23, Hth. I; Hausboldt, Pariser Straße 60; Frau Markewitz, Weimarsche Str. 12; Pieper, Nigarrenhandlung, Berliner Str. 46; Schöder, Heidelberger Platz 2, III; Schuber, Wilhelmstraße 26; in Salensee bei Kempfer, Joachim-Friedrichstr. 29, vorn IV.

Charlottenburg.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins, die am 6. d. M. im „Volkscafé“ stattfand, sprach Genosse Groger-Nibdorf über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in den Kommunen.“ In anschaulicher Weise gab der Referent ein Bild von den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen in fast allen preussischen Gemeinden, die ihren Grund haben in dem elenden Dreiklassenwahlrecht. Dann schilderte der Referent die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und legte dar, daß die kleinen Verbesserungen für die unteren Schichten, die einzelne Kommunen hier und da einführen, fast ausschließlich auf das Wirken der sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindekörperschaften zurückzuführen sei. Redner schloß mit der Aufforderung an die Versammelten bei den kommenden Wahlen womöglich noch mehr als bisher für die sozialdemokratischen Kandidaten zu werden. — Für die im fünften Kommunalwahlbezirk stattfindende Erstagwahl wurde der Genosse Wilhelm Richter als Kandidat aufgestellt. — Zum Schluß teilte Genosse Gerlach noch das Winterprogramm des Bildungsausschusses mit und wies insbesondere auf die am 22. September im „Volkscafé“ stattfindende Aufführung von Max Halbes „Jugend“ hin. — In der Versammlung wurden 146 neue Mitglieder in den Wahlverein aufgenommen.

Ober-Schöneweide.

Schuländer. In Verfolg eines von einem Nestor an die Gemeindeverwaltung gelangten Antrages werden jetzt Erhebungen veranstaltet über die Brauchbarkeit und Durchführbarkeit der Benutzung

der Schulbrausebäder während der ganzen Jahreszeit. Bisher konnten die Bäder nur in der warmen Jahreszeit in Gebrauch genommen werden; es soll nun sowohl eine Erwärmung des Brausewassers, als auch eine Durchheizung der Baderäume stattfinden. Die Vorgelegenheit ist in drei Schulgebäuden eingerichtet.

Marktgraspiele.

Ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter. In der hiesigen Gemeinde, in der bekanntlich unsere Genossen bereits die Mehrheit in der Gemeindevertretung haben, wurde unser Genosse Otto Grassnik mit 11 gegen 9 Stimmen zum Gemeindevorsteher gewählt. Da Marktgraspiele aber zu Preußen gehört, dessen reaktionäre Regierung — jeden Sozialdemokraten zur Ausübung eines solchen Amtes für untauglich erklärt, so dürfte die Gemeindevorsteherpflicht wohl nicht allzu lange dauern.

Weißensee.

Ein neues Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung ist gegen den besoldeten Schiffsen Dr. Pape eingeleitet worden; es finden bereits Vernehmungen vor dem Disziplinar-Kommissar statt. P. soll in verschiedenen Artikeln der eingegangenen „Bürgerpost“ die Gemeindeverwaltung herabgesetzt, das Dienstgeheimnis verletzt sowie noch andere Verfehlungen sich zu schulden gemacht haben.

Treptow-Baumtschulenweg.

Die Gemeindevahl für das ungültig erklärte Mandat unseres Genossen Heniel ist, wie amtlich bekannt gemacht wird, auf den 20. September von 1—7 Uhr nachmittags festgesetzt.

Bruchmühle-Radebrück.

Daß unsere Gegner bei der bevorstehenden Gemeindevertreterwahl alles aufboten, um den Sieg zu erringen, zeigte eine von einigen Mitgliedern des Vorortvereins einberufene öffentliche Versammlung, die am Sonntag bei Regen in Bruchmühle stattfand. Herr Lehrer Strube betonte in seiner Ansprache, die wie eine Ermahnung an Schulkinder gerichtet, daß in die neue Gemeinde nur charakterfeste, unpolitische Männer zu wählen sind und gab auch gleich die Liste der Kandidaten bekannt, natürlich nur Hausbesitzer. In der Diskussion gingen die Herren aus wohlweislichen Gründen auf die Ausführungen unserer Genossen nicht ein, sondern sprachen immer nur von den großen Opfern, die der Verein gebracht hätte. Mit rührender Stimme führte Herr Gleiche die Summen an, die einzelne Mitglieder gegeben. Daß ihr Opferbringen aber bloß auf eine Interessenspolitik hinausläuft und die übrigen Steuerzahler auch Rechte zu beanspruchen haben, wollte den Herren absolut nicht in den Sinn. Unsere Genossen werden alles daran setzen, um den Herren einen Strich durch die Rechnung zu machen.

Spandau.

Am Sonntag, den 11. September, findet auf dem großen Erkerplatz ein Fußballwettbewerb zwischen der Freien Turnerschaft Charlottenburg und der Freien Turnerschaft Spandau statt. Die Wettspiele beginnen nachmittags um 3 Uhr. Nach den Wettspielen werden noch verschiedene Gesellschaftsspiele vorgeführt, an denen sich die Arbeiterschaft beteiligen kann.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Berlin, Abt. XVI. Sonnabend, den 10. September, abends 8 Uhr, bei G. Reumut, Marktstr. 18: Versammlung. Vortrag des Herrn G. Reumut. Gäste willkommen.

Freie Jugendorganisation Steglitz und Umgegend. Sonnabend, den 10. September, abends 8 Uhr, findet bei Stein, Friedenau, Handwerkerstraße, Ecke Rönnebergstraße, unsere Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Herrn Friedrich-Rosenberg: „Wanderung durch die Natur“. Wir erlauben hiermit die Arbeiterkassen von Steglitz und Friedenau, ihre Söhne, Töchter und auch jugendliche Bekannte auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Aus der Frauenbewegung.

Inserate.

Man schreibt uns: Das Studium der Inserate sollte ernstlicher betrieben werden. Es eröffnet einen tiefen Blick auf kaum geahnte Gefilde. Daß sich z. B. unter den Heiratsannoncen, Stellenannoncen in bürgerlichen Blättern oft die schreilichsten Angelegenheiten verbergen, ist eine bekannte Tatsache. Aber auch Annoncen wie nachstehende verlangen Beachtung. Ich hatte gleich über diese Annonce und meine damit gemachten Erfahrungen schreiben wollen, kam aber durch angelegene Arbeit darüber fort. Erst als ich vor einiger Zeit vom Ausgehen eines Spielflubs in der Wilhelmstraße las, fiel es mir die durch die Annonce verlorene Stunden wieder ein. Die Annonce erschien am 1. Juli, ein Termin, zu dem sicher viele Stellen ausgeschrieben werden, im „Berliner Tageblatt“ und lautete:

Verwitwete, geschiedene und alleinstehende Frauen finden selbständige Tätigkeit mit gutem festem Gehalt und Provisionen, wenn sie instande sind, Kundenschaft zu besuchen. Ausführliche Offerten unter J. B. 522 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Auf die Annonce meldete ich mich. Darauf erfolgte die prompte Antwort: „Auf Grund Ihrer geschätzten Offerte beabsichtige ich Sie zu engagieren und bitte um Ihren gefl. pünktlichen Besuch am 5. Juli cr., vormittags 12 Uhr.“

Hochachtungsvoll Ratisle.

Auf der Rückseite der kurzen Mitteilung waren 22 Routen angegeben, die alle zum Bureau Ratisle führen. Natürlich schlug ich (und wieviel andere wohl?) nach Empfang der Mitteilung das Adreßbuch auf, zu sehen, wer der Herr Ratisle sei. Direktor, meldete es lakonisch. Also warten. Zum festgesetzten Termin begab ich mich in die elegante zweite Etage, Wilhelmstraße 19. Ich wurde in ein kleines Kontor geführt, wo schon zwei „geschiedene“ Frauen warteten, eine festsche Bienerin und eine Inhaberin eines Berliner Schneidereiwerks. „Haben Sie eine Ahnung, um was es sich handelt?“, fragten sie mich. „Nein“, mußte ich sagen, entdeckte aber im selben Augenblick einige „Tätigkeitsberichte“ auf dem Schreibtisch, wie sie die Versicherungsgesellschaften zu verwenden pflegen. „Es scheint mir, . . .“ „Ja, es scheint uns auch“, fielen sie mir beide ins Wort, „als ob wir hereingefallen sind!“ Wir warteten trotzdem, hätten uns ja kaufen können, bis 12 Uhr 20 Minuten. Dann wurden wir in ein sehr großes und feines Zimmer geführt, ich konnte mir denken, daß es als Spielzimmer sehr gut zu benutzen wäre. Dort empfing uns ein Herr in den fünfzigern. Er lud uns höflich ein, Platz zu nehmen und entwickelte uns in einem eine halbe Stunde währenden Vortrag die Herrlichkeiten der Versicherungsbranche. „Nicht wahr, meine Damen“, so begann er: „wenn Sie gewußt hätten, daß es sich um die Versicherungsbranche handelte, würden Sie wahrscheinlich alle nicht ersehnten sein?“ — „Nein“, riefen mir alle drei. Die imaginären Verdienste, die uns dieser Vertreter der „Victoria“, denn um diese handelt es sich, ausmalte, will ich hier natürlich nicht wiederholen. In Sonderheit schien dem Herrn die sogenannte „Vollversicherung“ der Victoria am Herzen zu liegen. Das gute feste Gehalt und Provisionen standen vorläufig im Vordergrund, die Kundenschaft, die zu besuchende, sollten wir selbst erst erwerben. Wir sollten schon vom nächsten Morgen an zu den Einweihungsfesten des Herrn Ratisle erscheinen, sollten in die Internia des Versicherungsgeschäftes der Victoria eingeweiht werden und falls man uns dann im Verlauf einer Woche oder so für diese Sache, wofür Herr Ratisle plötzlich sein frauenrechtliches Interesse entdeckt hatte, geeignet befände, dann sollten wir nicht etwa mit einem festen Gehalt begahnt werden, son-

dern für den Fall, daß wir fest angestellt würden, sollten wir so viel Provision erwerben, daß diese 120 Mk. ausmache, was, immer wohlgeachtet, bei fester Anstellung daran fehle, das lege die noble Gesellschaft zu. Ich glaube gern, daß es schwer fällt, noch Leute in die Versicherungsbranche zu bekommen, der Volksmund behauptet ja, das Versicherungsgeschäft läme gleich nach dem Pferdebahnen, daß aber eine so große Gesellschaft mit solchen Finten arbeitet, um fleißige, besonders schwer um ihre Existenz ringende Frauen um Stunden ihres Daseins zu bringen, denn mit der Vorstellung bei Herrn Ratisle gehen außer dem Fahrgehalt, Stunden verloren, und daß eine solche Gesellschaft erwerbende Frauen auf diese Weise in die unsichere Existenz einer Versicherungsbranche zu lotfen sucht, muß doch sehr befremden. Denn auf meine Frage an den Herrn Ratisle: „Werden wir während der „Einweihungstage“ salarisiert?“ erfolgte ablehrender Bescheid. Ja, ja, die Versicherungsgesellschaft scheint wenig männliches Personal für Vollversicherungsfang bekommen zu können, nun sucht sie dumme Frauen für den Posten. Herr Ratisle muß uns am anderen Morgen vergeblich erwartet haben und vielleicht auch noch an den nächstfolgenden Tagen, trotzdem wir nicht zu kommen versprochen hatten. Wenigstens empfing ich noch einmal am 15. Juli das untenstehende Schreiben:

„Sie haben sich bei uns um Stellung beworben, haben sich die Bedingungen angehört und haben zugestimmt zu ersehen, was bis jetzt nicht geschehen ist. Sie hätten uns doch wenigstens den Grund sofort angeben sollen, damit wir nicht erst mit der Direktion wegen Ihrer Anstellung verhandeln brauchten. Ihrer Anstellung sieht nichts im Wege und haben Sie besondere Wünsche, so wollen Sie uns diese mitteilen, aber persönlich, nicht schriftlich. Wir glauben, Ihre Ansprüche und Wünsche werden nicht so groß sein, als daß wir sie zu befriedigen nicht in stande sein werden. Ihr recht baldiger Besuch, zwischen 9—10 Uhr vormittags, wäre uns angenehm.“

Hochachtungsvoll

Die Generalagentur Ratisle.

Wo bleibe ich nur mit den vielen Versicherungspapieren, die und Herr Ratisle als sein „Evangelium“ beim Abschied in die Hände drückte?

Hilfe gegen häufigen Dienstbotenwechsel.

Nach bekanntem Muster klagen auch die Charlottenburger Dienstherrschaften vielfach über unbotmäßige Dienstboten und häufigen Stellenwechsel. Da kamen Mitglieder des Charlottenburger Sparkassenvorstandes auf den pfiffigen Gedanken, die Dienstboten dadurch mehr an eine Dienststelle zu fesseln, indem man ihnen als Belohnung für längeren Verbleib bei einer Herrschaft Sparprämien in Aussicht stellte. Der Sparkassenvorstand sei ja berechtigt, von dem Ueberschuß der Kasse Aufwendungen „für gemeinnützige Zwecke“ zu machen. Der Regierungspräsident werde dazu die Genehmigung jedenfalls nicht verweigern. Es wurde im Vorstande ein Antrag eingebracht, Dienstboten, die nachweislich während der letzten fünf Jahre bei ein und derselben Herrschaft gedient und während der Zeit Sparleistungen bei der Sparkasse gemacht haben, Prämien von 10, 15 und 20 Mk. zu ihrem Sparkonto zuzuschreiben und für diesen Zweck 3000 Mk. auszugeben. Zwar machte ein Mitglied des Sparkassenvorstandes darauf aufmerksam, daß dieser Antrag nur die Wirkung haben könne und solle, Dienstboten längere Zeit an ihre gegenwärtige Dienststelle zu fesseln, was man nicht immer für einen gemeinnützigen Zweck erachten könne. Das erwünschte Ziel könne man durch bessere Bezahlung und Behandlung der Dienstboten einwandfreier erreichen. Aber der Antrag wurde gegen diese eine Stimme angenommen und zum Beschluß erhoben.

Nun können sich etwa 150 bis 200 Charlottenburger Dienstherrschaften freuen, daß der Sparkassenvorstand mit seinem Wohlwollen Streben, den Sparerspar angzufeuern zugleich auch sie vor dem so unangenehmen häufigen Dienstbotenwechsel zu schützen sucht. Manche Sparerspar werden sicherlich keine Lust verspüren, die Kasse in dem Bestreben, für reiche Leute billige Dienstboten zu sichern, durch Einlagen zu unterstützen.

Deutscher Arbeiter-Adressenbuch. Ortsgruppe Berlin. Heute abend pünktlich 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Saal 8: Vortrag des Genossen Langner über „Städtebau“. Gäste willkommen.

Amthlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktwoche: Fleisch: Zufuhr fast, Geschäft etwas reger, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. **Wid:** Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. **Geflügel:** Zufuhr in Gänzen reichlich, sonst nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gewürz, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft lebhaft, Preise gedrückt.

Witterungsüberblick vom 8. September 1910, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer hoh mm	Wind- richtung	Wolke- nichte	Temperat. in °C	Station	Barometer hoh mm	Wind- richtung	Wolke- nichte	Temperat. in °C
Bismarck	761,9	3 wölfig	16	Charlottenburg	771,2	2 wolld.	17		
Damburg	764,8	3 bedekt	13	Petersburg	766,0	2 bedekt	13		
Berlin	761,9	3 bedekt	14	Seitz	769,0	1 wölfig	13		
Frankfurt	763,9	3 wölfig	13	Worms	771,3	1 heiter	17		
München	764,8	bedekt	11	Wien	766,9	1 wölfig	18		
Wien	762,2	2 wölfig	14						

Wetterprognose für Freitag, den 9. September 1910. Nacht etwas kühler, am Tage ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. **Berliner Wetterbureau.**

Wasserstands-Nachrichten
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner
 Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	7. 9.	6. 9.	7. 9.	6. 9.		7. 9.	6. 9.	7. 9.	6. 9.
Wemel, Lucht	151	-6	am	am	Saale, Spandau	94	+8	am	am
Bregel, Ankerburg	19	+2	am	am	Saale, Spandau	81	+4	am	am
Beigels, Thom	88	+6	am	am	Saale, Karbenom	85	+2	am	am
Oder, Rastorf	596	+250	am	am	Spree, Sorensberg	120	0	am	am
• Krotzen	164	+29	am	am	• Beestow	175	-1	am	am
• Frankfurt	174	-8	am	am	• Wetzlar, Rindben	39	+4	am	am
• Barthe, Schrimm	6	+6	am	am	• Rindben	23	-2	am	am
• Landsberg	-10	+2	am	am	• Rhein, Maximilianbau	505	-27	am	am
• Wehe, Vordamm	1	0	am	am	• Sand	329	+5	am	am
• Elbe, Leimertz	121	-5	am	am	• Rölln	336	+9	am	am
• Preußen	6	-2	am	am	• Redar, Goldbrom	165	-10	am	am
• Darby	223	+54	am	am	• Rain, Berghelm	145	-2	am	am
• Radeberg	168	+59	am	am	• Roßel, Trier	170	+56	am	am

+) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterpaßel.

Das Hochwasser im Odergebiet hat weiter zugenommen; der Strom selbst ist von gestern bis heute morgen bei Rastorf noch um 62 cm auf 608 cm gestiegen und stieg noch. Die Gläher Reille, die nächst den Duesflüssen von besonders entscheidender Bedeutung für die Größe des Oderhochwassers ist, hat bei Bartha am Ausgang aus dem Gläher Reisel gestern den höchsten bekannten Wasserstand um 15 cm überschritten und lag heute bei Weisse nur noch 30 cm unter dem allerhöchsten bekannten Wasserstande, der dort Juli 1903 eingetreten ist, wobei sie noch flieg. Das Hochwasser ist bedeutender als dasjenige vom Juli 1907. Zu der Entscheidung, daß es ähnlich verdeckert werden könnte wie das vom Juli 1903, ist bis jetzt noch kein Anlaß; die endgültige Entscheidung läßt sich aber noch nicht übersehen, da das Wasser heute morgen an der oberen Hohenplog auf neue stieg.